

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 1,10 Mark pro Monat; 1,10 Mark pro Quartal; 3,30 Mark pro Semester; 11,00 Mark pro Jahr. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage. Die neue Welt 10 Pf. Postgebühren in die Postgebührenzone für Deutschland und Österreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Dänemark, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehtgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengelände und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 8. März 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Geistiger und moralischer Bankrott.

Die Deutschen, die schon früher immer Klage darüber erhoben, daß die Reichstagsverhandlungen auf ein immer tieferes geistiges Niveau herabsankten, hätten nach den Debatten des neuen Reichstags alle Ursache, schmerzlich ihr Haupt zu verhüllen. Denn wenn schon der alte Reichstag in seinen Debatten nur selten einen höheren Flug nahm, haben die Verhandlungen des neuen Parlaments geradezu den geistigen Bankrott des bürgerlichen Parlamentarismus bewiesen.

Seitdem die bürgerliche Opposition ihren prinzipiellen Charakter abstreifte und sich nicht nur im Prinzip zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung bekannte, sondern diese „beste aller Welten“ sogar in der spezifisch bourgeoischen Form anerkannte; seitdem sich der Liberalismus mit der ostelbischen Knotenkultur und den junkerlichen Stallmanieren ausöhnte, hat die bürgerliche Opposition geistig vollständig abgedankt. Seitdem die aus einer verächtlichen Weltanschauung über die politischen, sozialen und kulturellen Zustände resultierende prinzipielle Bekämpfung der feudalen und pfläffischen Reaktion verschwand, ist die liberale Opposition zu einer kleinlich nörgelnden Interessengruppe politischer Spekulanten herabgesunken. Nicht nur in dem Kampfe gegen das persönliche Regiment, gegen die junkerlichen Annahagen hat die Sozialdemokratie für den Liberalismus die Schlachten schlagen müssen, nicht nur im Kampfe gegen den Zollwucherer ging die Führung auf die Sozialdemokratie über, sondern sogar in der Verzweigungskampagne, wo es die moderne Weltanschauung gegen die plumpe Lüge heuchlerischer Reden und banausischer Barbaren zu verteidigen galt, mußte sich in erster Linie die Partei des Proletariates der Interessen der liberalen Intellektuellen, der bürgerlichen Kultur annehmen, da es der spezifischen parlamentarischen Vertretung dieses Bürgertums, dem Liberalismus, bei diesem Kampfe sowohl an Energie wie an intellektuellem Rüstzeug fehlte.

Immerhin kämpfte bei der Heine-Kampagne, in der Kolobstruktion doch immerhin noch ein Teil des Liberalismus Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie. In der Folge aber ging es mit diesen Resten der bürgerlichen Opposition rapid abwärts. Prinzipielle und Weltanschauungsfragen spielen in dem ausgeleiterten Mechanismus unseres bürgerlichen Parlamentarismus keine Rolle mehr. Selbst wenn die liberale Presse noch einmal — freilich nur zur Maskierung ihrer skrupellosen kapitalistischen Raffgier — kulturkämpferische Töne angeschlagen hat: die liberalen Parlamentarier leugnen tapfer jede kulturkämpferische Absicht! Heute sind unsere Liberalen selbst der äußersten Linken „überzeugte“ Monarchisten. Die Demokratie ist für sie ein Dingenpfeil, das den Köpfen weltfremder Phantasten entspringen ist, aber im imperialistischen, kapitalprofitgegneten Deutschland keine Geltung mehr hat. Und Fragen der Kultur, der Humanität, der internationalen Völkersolidarität? Was: Die gesunde „Realpolitik“ der Verankerung der bestehenden Schichten spottet hochmütig der „Träume“ der geistigen Heroen des aufstrebenden Bürgertums, der Ideale vergangener Generationen!

Schon früher bildeten die Sozialistendebatten seltene Höhepunkte unseres Parlamentarismus. Da galt es, sich mit der Weltanschauung jenes „vierten Standes“ auseinanderzusetzen, der die demokratischen und humanistischen Ideale der tiefsten Geister des Bürgertums von ebenedem in sich aufgenommen, systematisch ausgebaut und wissenschaftlich vertieft hatte. Wie schlecht es immer um die geistigen Waffen der Sozialistenkämpfer von ebenedem, der Stamm, der Eugen Richter, der Stöcker ausgehoben haben mag: die Sozialistendebatten von ebenedem standen immerhin himelstreichend über dem saden und trostlosen Geschwätz, mit dem heute von den Regierungsvertretern und den Parlamentariern solche Debatten bestritten werden. Damals suchte man doch noch auf grundsätzliche Fragen der Theorie, der Weltanschauung einzugehen. Damals stritt man doch noch um den „Zustandsstaat“, selbst wenn man sich ihn so kretinistisch philisterhaft vorstellte wie die Herren Richter und Stöcker. Heute jedoch ist den Klöpfelstern des Bürgertums vom Reichstanzler bis zu Herrn Ruggan und Herrn Liebert nicht mehr die sozialistische Theorie der Gegner, den man niederzurennen sucht: heute bekämpft man in endlosen läppischen Verleumdungen und Verdrehungen die angebliche sozialdemokratische Praxis. Ob Herr Ruggan, ob Fürst Bülow oder ob der neue Komiker des Reichsverbandes, Herr Liebert, die Sozialdemokratie angreift: stets handelt es sich nur um das Auspacken einer Anzahl von albernen Anekdoten und Schnurren. Und die Reichstagsmehrheit, der sich jetzt auch der ehemals Barth'sche Freisinn und die süddeutsche Demokratie zugesellt haben, spendet solchen polemischen Glanzleistungen begeisterten Beifall.

Die jammervolle polemische Leistung des Reichstanzlers gegen Bebel haben wir seinerzeit bereits hinlänglich gewürdigt. Aber Bülow ist bei aller Trivialität doch

wenigstens noch ein Causeur, der seine unsäglichen Nichtigkeiten für anspruchslose Gemüter noch mit einem gewissen äußerlichen Charme vorzutragen weiß. Herr Dernburg dagegen, die neueste Akquisition der Regierung, ist bei aller inneren Hohlheit auch noch ein kümperhafter Redner. Man errötet deshalb förmlich für die Herren Gegner, wenn man wahrnehmen muß, wie selbst seine trüffelsten Geistlosigkeiten den Applaus des konservativ-liberalen Blocks entfesseln.

Bei der Kolonialdebatte am Mittwoch hatte Ledebour die himmelschreienden Sünden unseres weltpolitischen Kurjes, die Schwindel- und Standalwirtschaft unwiderleglich unter Beweis gestellt und mit grimmiger Satire gegeißelt. Und was tunkte Herr Dernburg, der liberale Staatsmann, zuentgegen? Mit nichts als einem ihm von irgend einem Narren apportierten Zitat aus Bebel's „Frau“, worin die Fruchtbarkeit gewisser asiatischer und afrikanischer Gebiete erwähnt wurde. In Asien und Afrika, hieß es da, wüchsen auf dem Morgen (1/2 Sektar) 200 Dattelpalme. Und mit der Erwähnung dieser Tatsache glaubte Herr Dernburg seine Münchhausenjagd, daß in Bütwest aus einer liegen geliebten Dattelpalme ein Palmenhain entstanden sei, beschönigen zu können! Und der Totentollentoch jauchzte über diese „geistvolle“ Entgegnung auf die zerschmetternden Anklagen des sozialdemokratischen Redners. Wahrhaftig, tiefer kann das intellektuelle Niveau eines Parlamentes nicht sinken!

Aber das „Berliner Tageblatt“ gibt in seiner Nummer vom Donnerstagsabend die Lösung dieses psychiatrischen Phänomens. Das freisinnige Blatt meint, die Dernburgsche Dattelpalmengegeschichte sei ja „etwas lügenhaft zu erzählen“, aber ohne Optimismus komme man eben im politischen Leben nicht aus. Und wenn die Sozialdemokratie mit ihrem Zukunftsstaat drei Millionen Anhänger gewonnen habe, warum sollte da nicht auch die Bourgeoisie an ihre kolonialen Dattelpalmen glauben!

Welch ein Vergleich! Der sozialistische Zukunftsstaat ist der Ausdruck aller Menschheits- und Kultursehnsucht. Er will das Jahrtausende alte Problem lösen, alle Menschen zum Menschheitsbewusstsein erwecken, sie alle Anteil nehmen lassen an allem, was die Kultur zu bieten vermag! Und was verheißt selbst die kühnste Illusion der Dernburgschen Dattelpalmengläubigen? Nichts als fette Profite für etliche Taufendstel des Volkes, die aber erkauf werden durch Verflüchtung und schamlose Ausbeutung (Zeldkloß!) der Eingeborenen und Ausföngung der eigenen Nation zugunsten einiger weniger Börsenspekulanten, Kaufleute und Kolonialagrarien!

In der Tat, trauer konnte der geistige, der kulturelle und moralische Bankrott des Bürgertums nicht gekennzeichnet werden, als durch die freisinnige Parallele zwischen den sozialistischen Menschheitsidealen und der Dattelpalme des liberalen Dernburg-Robbs!

Die russische Revolution.

Vom Terror.

Die „Russische Korrespondenz“ erhält das nachstehende Telegramm:

Helsingfors, 6. März. Auf einer Konferenz der Sozialrevolutionäre Rußlands wurde beschlossen, Konsulte in der Duma nicht zu provozieren. Wenn ein Konflikt unvermeidlich sein sollte, so soll er nur zum Austrag gelangen um Fragen, deren große Bedeutung der gesamten Bevölkerung klar ist, so daß die Schuld der Regierung unwiderleglich wäre. Lokale Organisationen haben terroristische Akte einzustellen, die während der Tagung der Duma nur auf Beschluß des Zentralkomitees unternommen werden dürfen. Die Regierungsgorgane gedenken es munter weiter mit dem Terrorismus zu halten, wie folgendes Telegramm beweist:

Petersburg, 7. März. Mehrere Gouverneure weigern sich, die Klagen der Wohlwänner wegen Fälschungen bei der Stimmenabgabe der Reichsduma zu übergeben! Die Provinz meldet aus zahlreichen Ortschaften harte Maßregeln von Personen, welche sich an einer Demonstration bei der Abreise der Deputierten beteiligten.

Ich erhalte Kenntnis von einem geheimen Ulas, der die sofortige Verhaftung aller Personen anordnet, welche an Militär irgend welche auflärende Literatur verteilen, und zwar wird ausdrücklich bestimmt, daß auch die Deputierten in solchem Falle zu verhaften sind!

Vorläufig —

Petersburg, 7. März. (D. S.) Die Hinrichtung politischer Verbrecher soll, wie der Jar dem Dumaspräsidenten Golowin während der Audienz mitteilte, vorläufig sistiert werden, doch bleiben die Feldkriegsgerichte vorläufig in Kraft.

„Gefälscht“.

Petersburg, 7. März. Der in der Nordaffäre Herzenstein kompromittierte Führer der Kampforganisation der Schwarzen Hundert, Tschewitsch, ist in das Ausland geflüchtet, statt sich den finnischen Gerichten zu stellen, die nach ihm suchen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 7. März 1907.

Wehe den Weinschmierern!

Die Unmöglichkeit, den Etat bis zum Ablauf des Etatsjahres, bis 1. April fertig zu stellen, hat die Regierung veranlaßt, ein Notgesetz beim Reichstag einzubringen, das eine vorläufige Bewilligung von zwei Zwölfteln des Etats zur Fortführung der Geschäfte des Reichs verlangt.

Ohne wesentliche Debatte wird das Notgesetz an die Budgetkommission verwiesen.

Der bekannte Säupfing des Bundes der Landwirte, Abgeordneter Köfide, sowie einige nationalliberale Abgeordnete haben eine Interpellation, betreffend Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit Wein eingebracht, die — nachdem der Staatssekretär Graf Posadowsky die Beantwortung zugesagt hatte, zur Beratung kam.

In langatmiger Rede begründete der Abgeordnete Köfide die Interpellation, forderte buchmäßige Kontrolle und hohe Strafen gegen die Verfälschung des Weines. Und Graf Posadowsky spamm in seiner Antwort denselben Jaden. Er meinte, der hohe Gewinn, den die Weinverfälschung einbringt, stehe in einem argen Mißverhältnis zu den im Gesetz ausgelegten Strafen, so daß zu erwägen sei, ob man nicht Geldstrafen überhaupt auslassen und nur Gefängnisstrafen auswerfen solle.

Auf diese Antwort folgten Reden der Weinbauern Schüler, Zentrum und Blankenhorn, nationalliberal, die in das gleiche Horn stießen und die Weinpantcherei als ein Werk des Teufels hinstellten, das die Rehle des Weintrinkers um den Genuß der edelsten Gottesgabe betrüge. Aber hinter dieser aus ideellen Gründen zu verurteilenden Weinpantcherei lodt das gleißende vom Gewinnteufel begehrte Gold, von dessen Glanz die Pantcher geblendet das schandbare Werk begeben. Natürlich wollen die Köfide und Konforten angeblich nicht nur die Interessen der Konsumenten, sondern auch der kleinen Winzer schützen.

Genosse Ehrhardt machte einen Strich durch die Demagogie des Bundeshäuptlings Köfide, dem er entgegenhielt, daß er seine Argumente, die er als funkelgelbener Anpreis, aus den vorjährigen Reden über das Gesetz, besonders aber den von sozialdemokratischen Abgeordneten vorgebrachten entnommen habe. Ehrhardt gab wiederum ein anständliches Bild von der Verschmittheit der Weinpantcher. Auch bei dieser Profitmacherei sei es, wie bei der in jeder anderen Branche betriebenen, nämlich, daß die minderwertigen Waren der größten Verfälschung und Verteuerung ausgelegt seien. Es lasse aber auch die Handhabung des bezüglichen Gesetzes gegen die Weinfälscher viel zu wünschen übrig. Tatsache sei, daß die größten Fälscher den reicheren Klassen angehören. Eine Revision des Gesetzes sei unumgänglich.

Dagegen will der Abgeordnete Oeser, freisinnig, keine Änderung, sondern nur eine schärfere Handhabung des Gesetzes.

Der Abgeordnete Stauffer behauptete, die Hälfte sämtlicher deutschen Weine sei gefälscht; darum sei die Hauptfrage: Wie wird gefälscht? So raffiniert, daß die Fälschung oft nicht festgestellt werden kann. Redner schildert in erschütternden Tönen die daraus entspringenden Schmerzen der Weintrinker und redet sie zur Rache gegen die Weinpantcher auf.

Eisenbahnetat.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Donnerstag die allgemeine Besprechung des Eisenbahnetats beendet. Die Debatte verlief sich vollkommen in Einzelheiten; prinzipielle Fragen wurden überhaupt nicht erörtert. Soweit man sich über diese von einem Gegenstands zum anderen schweifende Erörterung ein Gesamturteil erlauben kann, lautet es dahin, daß es wohl keinen einzigen Abgeordneten gibt, der mit den Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung völlig zufrieden ist. Fast von allen Seiten wurden Wünsche laut: teils auf Herabsetzung von Gütertarifen, teils auf bessere Einrichtung der Wagen, natürlich vor solcher Wagen, die die besser Situierten benutzen. — Dem einen schaukeln die Speisewagen in den D-Bügen so sehr, daß das Essen ihm kein Vergnügen bereitet, dem anderen gefallen die Durchgangswagen in den D-Bügen nicht. Der Klagt über die Aborte, jener über die Heizungsborrichtungen — kurz und gut, es gefällt eigentlich niemandem so recht. Auch die Ueberfüllung der Wagen auf der Berliner Stadtbahn und der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn wurde zur Sprache gebracht, ohne daß die Eisenbahnverwaltung darauf erwiderte. Ebenso wurde — wie schon wiederholt in früheren Jahren — die Ausdehnung des Vorortverkehrs auf andere Großstädte, z. B. Breslau, verlangt.

Zum Schluß der Sitzung gab es noch eine Geschäftsordnungsdebatte über die Geschäftsfrage des Hauses. Der Präsident v. Kröcher will mit Gemolt durch Dauer- und Abend-sitzungen den Etat wenigstens noch in zweiter Lesung vor Osiern erledigen, doch kößt er dabei auf wenig Gegenliebe. Die Dreihausenmänner wollen für 15 W. nicht länger als 5 Stunden täglich sitzen, es sind alles tariftreue Leute.

Am Freitag findet die Debatte über die Personentarifreform statt.

Staatsminister v. Böttcher.

Der frühere Staatssekretär im Reichsamt des Innern Dr. v. Böttcher ist am 6. März im Alter von 74 Jahren in Raumburg verstorben. Der Verstorbenen war ein geistreicher Bureaukrat, der das eigenartige Geschick hatte alles vertreten zu können. Er vertrat unter Bismard die Bismardische Politik mit demselben Geschick wie später die Caprivische. Er besaß zweifellos ein bedeutendes Redetalent und erwarb sich dadurch den Namen „Sprechminister“. In den Nekrologen der bürgerlichen Presse werden seine Verdienste um die Arbeiterversicherung besonders gelobt und es ist auch nicht zu verkennen, daß er die drei Gesetze, die er sämtlich

genau kannte, mit eigenartigem Geschick im Reichstage und auch in den Kreisen der Großindustriellen vertreten hat.

Ueber die Natur der Belege war er sich nicht im unklaren. Als er einst in einer Gesellschaft rheinischer Großindustrieller die Klagen über die Belastung der Industrie anhören mußte, tat er den Charakteristischen und zutreffenden Ausspruch: „Ja meine Herren, was wollen Sie denn, wir arbeiten doch nur für Sie.“

Er war sich darüber klar, daß die Industrie nur Vorteile von der Arbeiterversicherung habe. Die nun feststehenden Ausgaben für die Versicherung wurden als notwendige Ausgaben in Rechnung gestellt und müssen von dem Abnehmer mit bezahlt werden. Die früheren großen Risiken für Haftpflichtschäden waren beseitigt. Böttcher war zu Bismarcks Zeiten dessen hervorragender Kollege. Er blieb als Bismarck ging und wußte den Februarkurs des Jahres 1890 geschickt zu vertreten. Als aber Mitte der neunziger Jahre der Wind umschlug, war Böttcher ein angesehener Gast bei dem Zentralverband deutscher Industrieller, der mit lächelnder Miene die Wünsche des Verbandes entgegennahm und diese auch bei der 1897 geplanten Reform des Unfallversicherungsgesetzes befolgte. Damals vertrat Herr v. Böttcher im Godesgah zu dem Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Dr. Wediger die Wünsche der Großindustriellen. Allen Befehlen in der Politik vom Fürsten Bismarck zu Capri, von Capri bis zu Hohenlohe machte er mit, aber 1897 schied er plötzlich aus dem Amte und wurde Oberpräsident der Provinz Sachsen. Diesen Posten hat er bis zum letzten Sommer bekleidet. Dann zog er sich ins Privatleben zurück.

Deutsches Reich.

Kommunale Wahlrechtskämpfe.

Die Bewegung für die Revision der hannoverschen Städteordnung ist besonders in der Stadt Hannover wieder in Fluß gekommen. Anlaß dazu bietet die Eingemeindung von sieben Vororten, die zum 1. April perfekt werden soll. Nach dem Vertrage mit den Gemeinden soll innerhalb eines Jahres eine neue Einteilung der Bürgerortsgebiete (Stadtverordneten-) Wahlbezirke, bei denen die neu angeschlossenen Vororte gleiche Vertretung finden wie die bisherigen Stadtgemeinden, geschaffen werden. In Hannover werden nun nur 24 Bürgerortsgebiete gewählt und das Wahlrecht hierzu besitzen nur die Bürger, deren es etwa 8000 bei circa 50 000 Steuerzahlern gibt. Diese Anzahl von Bürgern wäre noch nicht vorhanden, wenn nicht jeder Hauswirt Bürger werden müßte, wofür 180 Mark Bürgergeld zu bezahlen sind. Königl. Beamte können unentgeltlich Bürger werden und tatsächlich besteht die Wählerliste für die Bürgerortsgebiete zum weitestgehenden Teil aus Hausbesitzern und Beamten.

In den Kreisen der bürgerlichen „Revisionisten“ hält man den jetzigen Zeitpunkt der Eingemeindung von Vororten für den geeignetesten, um wenigstens die zwei Kardinalforderungen: Vermehrung der Bürgerortsgebiete und Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Steuerzahler bei der Regierung und im Landtage durchzusetzen. Darum wird beabsichtigt, durch einen Petitionssturm, durch öffentliche Versammlungen und Verhandlungen mit Abgeordneten die Bewegung auf eine breitere Grundlage zu stellen. Bei alledem blieben nun die 24 Bürgerortsgebiete unbenutzt, und obgleich sie sich bei ihrer Wahl, für die Revision der Städteordnung einzusetzen, verpflichtet hätten, lehnten sie ein Eingreifen zugunsten der Bewegung teilweise ab. Um nun die ungünstige Meinung über die Bürgerortsgebiete, als seien sie Gegner der Bewegung, zu beseitigen, beschloß sich das Bürgerortsgebietskollegium kürzlich eine geschlagene Stunde lang mit der Frage.

Schon 1904 hatte das Bürgerortsgebietskollegium sich mit der Revision der Städteordnung befaßt und fünf Punkte für die Aenderung bedürftig erklärt. Darunter befand sich eine Forderung der Vermehrung der Rechte der Bürgerortsgebiete besonders bei der Wahl der Magistratsmitglieder. Heute werden die Magistratsmitglieder gewählt von allen vorhandenen Mitgliedern des Magistrats und einer gleichen Anzahl Bürgerortsgebiete. Gewöhnlich stimmen die Magistratsmitglieder geschlossen für ihren, die Bürgerortsgebiete geschlossen für den von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten. Wenn so kein Kandidat die Mehrheit erhält, muß der Magistrat beide Kandidaten der Regierung zur Auswahl präsentieren und die Regierung hat noch nie den Kandidaten der Bürgerortsgebiete zum Senator „ausgewählt“. Die Bürgerortsgebiete verlangen, daß sie bei der Wahl der Senatoren sächlich mitzuwirken oder allein, wie in anderen Städten, zu wählen haben. Außerdem fordern die Bürgerortsgebiete eine Vermehrung der Bürgerortsgebiete von 24 auf 48; aber eine Vermehrung der Wahlberechtigten wollten sie nicht.

Mit der den hannoverschen Bürgerortsgebietsangehörigen und anerzogenen Loyalität beabsichtigten die Bürgerortsgebiete mit dem Magistrat gemeinsame Sache zu machen. Das schien ihnen wertvoller als mit den Bürgern zusammenzugehen. Doch der Magistrat antwortete, daß er einzig und allein einer Vermehrung der Bürgerortsgebiete zustimmen werde und das auch nur unter der Bedingung, daß der Kreis der aktiv Wahlberechtigten wesentlich erweitert würde! Der Plan, an dem die Bürgerortsgebiete sich nun zu betätigen hätten, wäre bei den Bürgervereinen, die die Revision betreiben. Aber obgleich die Wogen der Bewegung höher und höher steigen, erklärten die Bürgerortsgebiete, sie könnten den Zeitpunkt der jetzt einsetzenden Bewegung für einen richtigen nicht halten, weil eine Erweiterung der Rechte der Bürgerortsgebiete jetzt nicht erreicht würde, wenn nur die Vermehrung der Wähler und Bürgerortsgebiete in den Vordergrund trete. Also wieder ist den Erwählten des Wahlbürgertums die Vermehrung der Rechte der Wähler eine höchst gleichgültige Sache, nur ihre eigenen Rechte wollen sie vergrößern. Und nun deduzierten sie allen Ernstes heraus, daß eine Vermehrung der Bürgerortsgebiete eine Schwächung der Rechte der Bürgerortsgebiete sei!

Schlau wie die hannoverschen Bürgerortsgebiete sind, erklärten sie: Heute hat die Stadt 17 Magistratsmitglieder, es müssen also, bei einer Neuwahl zu den 18 übrig bleibenden Senatoren 18 Bürgerortsgebiete gewählt werden aus der Mitte des Bürgerortsgebietskollegiums, das aus 24 Mitgliedern besteht. Käme von den letzteren haben also kein Stimmrecht bei der Senatorenwahl. Wenn aber 48 Bürgerortsgebiete gewählt würden, dann haben 32 kein Stimmrecht! Heute beträgt das Wahlrecht für die Senatoren also noch $\frac{1}{10}$, nachher nur noch die Hälfte, nämlich $\frac{1}{20}$. Und um die Hälfte dürfe sich doch ein Bürgerortsgebiet seine Rechte durch Vermehrung der Zahl der Bürgerortsgebiete nicht schmälern lassen. O sancta simplicitas! Wam der Grundjah weiter ausgebaut werde, so komme es zu lustigen Konsequenzen. 24 Bürgerortsgebiete hatte Hannover schon als es 50 000 Einwohner zählte, heute zählt es 250 000 Einwohner und hat auch nur 24 Bürgerortsgebiete. Damit ist die Macht der Bürgerortsgebiete auch erweitert, die Rechte der Wähler sind vermindert. Deshalb wird es wohl das Beste sein, man gebietet der vom Minister des Innern anerkannten Naturkraft ein Halt, damit nicht durch die Vermehrung der Menschheit die Rechte der heute Lebenden an der Erde verringert werden!

Aber auch gegen eine neue Einteilung der 24 Distrikte erhebt man Einspruch. Die Wahlbezirke im Innern der Stadt sind um den fünften Teil kleiner als die Außendistrikte. Eine gerechte Einteilung in gleichgroße Bezirke würde aus dem Innern einige Bezirke und damit einige der jetzigen Bürgerortsgebiete verschwinden lassen. Dann würden ja wieder die Rechte der Wähler, allein $\frac{1}{20}$ der Bürgerortsgebiete zu stellen, verlieren. Und all diesen Schmerzen kamen die Herren nicht heraus und so veränderten sie denn als ihre Meinung, daß sie die Revision der Städteordnung sehr

wünschen aber nur nicht im jetzigen Augenblick. Daneben wurde noch auf die „Folgen“ der Wahlrechtsveränderung hingewiesen und dies veranlaßte den Vorsitzenden der Mittelstandsvereinerung, Küster, zu erklären, daß einige Sozialdemokraten die Sache erst interessiert machten.

Nach alledem wird die Wahlrechtsbewegung für die Kommunalvertretung in Hannover ohne die erwähnten Leuchttürme der Bürgerortsgebiete werden müssen. Wie das ergögliche Schauspiel enden wird, darauf kann man gespannt sein. Man hat in allen Kreisen Angst vor der Sozialdemokratie, die jedenfalls die Bürger in der Bewegung vorwärts treiben muß. Wenn es der Sozialdemokratie seinen Nutzen brächte, dann wäre man freudiger bei der Arbeit, aber so wie die Sache liegt, arbeitet man zum Teil mit für die Sozialdemokratie und gern ließe man das „große Wort“ untergehen, wenn man sich nicht unsterblich blamieren würde. Darum muß man auf jener Seite schon etwas tun, denn die Sozialdemokratie heißt kräftig ein.

Verständliche Ansichten eines preussischen Landgerichtsdirektors.

Recht vernünftige Ansichten, wie man sie leider bei preussischen Richtern nicht allzu oft antreffen dürfte, entwickelte der jetzige Vorsitzende des Dortmund Schöffenrichters, Landgerichtsdirektor Dr. Goldstein, bei der Eröffnung der gegenwärtigen Tagung. In der Eröffnungsrede an die Geschworenen wies er auf die merkwürdige Erscheinung hin, daß es seit Jahren zum erstenmal vorkomme, daß statt der üblichen 14 Tage nur 10 Tage notwendig seien, um die vorliegenden Sachen zu erledigen. Es sei diese Ausnahme wohl auf die günstige Geschäftslage zurückzuführen, meinte der Redner, d. h. mit anderen Worten, die Leute verdienen augenblicklich so viel, daß sie nicht genötigt sind, Verbrechen zu begehen, um ihr Leben fristen zu können. Womit der Herr Landgerichtsdirektor zugegeben hat, daß nur zu oft die wirtschaftliche Misere die Ursache von Verbrechen ist. Herr Dr. Goldstein hat ausgesprochen, was von jeder von der Sozialdemokratie gelehrt worden ist. Wir freuen uns, daß ein Richter vorhanden ist, der ebenfalls den Zusammenhang gefunden hat. Leider besteht keine Hoffnung, daß sich viele Richter zu den Anschauungen ihres Dortmund Kollegen bekennen werden.

Herr Dr. Goldstein übertrifft aber noch weiter, indem er in derselben Rede einen scharfen Vorstoß unternahm gegen die übliche Art, Hauptzeugen an den Pranger zu stellen, in ihrem Vorleben herumzuspüren, um ihre Glaubwürdigkeit anzuzweifeln zu können.

Auch darin hat der Herr Landgerichtsdirektor recht. Die oft kommt es vor, daß Menschen, die zwar vor Jahrzehnten eine Jugendstrafe begangen und ehrlich gestraft haben, jetzt aber einen tadelloser Lebenswandel führen, plötzlich ungewollt vor Gericht als Zeugen erscheinen müssen. Sie sagen die Wahrheit und werden dafür an den Pranger gestellt, ihre Sünden, die längst vergessen sind, werden wieder hervorgehört, und wie oft mag es vorkommen, daß dadurch einem braven Menschen das letzte bürgerliche Lebensglück verneht wird. Herr Dr. Goldstein hat sich durch die Erweiterung und Verrückung dieses unerhörten, schmachvollen Mißstandes ein Verdienst erworben.

Ein Turner-Aufruf.

Von einem Turner wird uns ein an die deutschen Turner gerichteter Aufruf des Ausschusses der „Deutschen Turnerschaft“ in Leipzig zugefandt, in dem die turnende Arbeiterjugend aufgefordert wird, an dem Verband der deutschen Turnerschaft festzuhalten und nicht dem Arbeiter-Turnerbund beizutreten. We der Aufruf behauptet, treibt die Deutsche Turnerschaft im Gegensatz zum Arbeiter-Turnerbund, der sich der „vaterlandslosen Sozialdemokratie“ in die Arme geworfen habe, keine Politik. Alle politischen Parteistrebungen seien in ihren Reihen ausgeschlossen. Wie weit diese Behauptung auf Glaubwürdigkeit Anspruch machen darf, zeigen folgende Auswärtigen des im Stil einer absterben Kapuzinerpredigt gehaltenen sauberen Nachwerkes:

„Parteilich, Raubgierig, Massenherrschaft und tödlicher Haß gegen jeden, der nicht zur Höhe des sogenannten Proletariats schwärzt, — sie sind der Charakter der sozialdemokratischen Partei und ihres Arbeiterturnerbundes. Nur der organisierte, jeden anderen Menschen hassende Arbeiter soll herrschen, mag er auch noch so unerfahren und unreif sein. Es ist eine unwiderlegbare Tatsache, daß zur Deutschen Turnerschaft gehörende Arbeiter in manchen Fabriken von ihren organisierten Arbeitsgenossen empörend behandelt und von den Arbeiterorganisationen mit Maßregelung bedroht werden.“

Auch die große Lehre der sozialen Gleichheit aller, die fleißige und träge, kluge und unfähige, strebsame und gleichgültige Arbeiter alle in einen Topf wirft und dem tüchtigen Arbeiter verwehren will, mehr zu leisten als der Nichtstun, ist von Arbeiterturnerbund angenommen worden und gestiftet deshalb den Turnern den Weikampf nicht. Tüchtigkeit und ehrliches Streben der einzelnen hat im Sumpfe der ererbten allgemeinen Gleichheit der Zukunft eben keinen Platz!

In dieses lieb- und freudenlose Parteitreiben, in dem das Turnen nur als Lockmittel benutzt und Jähns hehre deutsche Schöpfung zur Mehe einer Partei gemacht wird, will man auch deutsche Turner, hinüberlocken! Jahn preist man als Freiheitshelden und Revolutionär — daß er aber den Vaterlandslosen in seiner Schwanzende einen Abgabebrief geschrieben, den sie nicht hinter den Spiegel stecken, — daß Jahn ebendort in herrlichen Worten ausgesprochen hat, daß Deutschlands, des Vaterlandes Einheit der Traum seines erwachenden Lebens, das Morgenrot seiner Jugend, der Sonnenschein seiner Manneskraft und der Abendstern war, der ihm zur ewigen Ruhe winkte — das verhasst die Herren, weil es ihnen nicht in ihren Kramp post!

Und nach solchen Leistungen behauptet der Ausschuss frech, frei, froh und fromm, er treibe keine Politik. Eine köstliche Einfalt ist kaum denkbar! Fast scheint es, als habe bei dem Ausschuss der Deutschen Turnerschaft die Anspannung der Arme- und Weimuskeln nachteilig auf das Gehirn und seine Funktionen eingewirkt.

Auch ein Wahlprotest.

Seit dem 25. Januar konnte man täglich in allen sächsischen bürgerlichen Wäldern lesen, daß die Wahl Kadens im vierten sächsischen Wahlkreise (Dresden-R.) wegen großartiger Wahlbetrügereien der Sozialdemokraten angefochten werden und der Wahlprotest sicherlich Erfolg haben würde. So wurde einige Tage nach der Wahl gemeldet, daß bereits für 130 Fälle „bis jetzt“ das Beweismaterial gesammelt worden sei. Der Wahlprotest ist nun zwar bei dem Reichstage eingegangen, doch wie sieht er aus! Da wird Beschwerde geführt, daß vier Wahlmeister und Oberfeuerwerker mitgewählt haben. Ein im Konkurs, sowie ein unter Vormundschaft stehender haben ihre Stimme abgegeben. Dasselbe Verbrechen haben sechs Wähler begangen, die das Jahr zuvor Armenunterstützung erhalten haben. Vier Wähler sollen doppelt gewählt haben. Ein Buchhalter habe seine Stimme abgegeben, nachdem für ihn bereits gewählt war. In einem Falle soll ein Wähler für einen Dritten das Wahlrecht ausgeübt haben. In zwei Fällen sollen den Wählern die nationalen Stimmzettel abgenommen und sozialdemokratische „aufgedrängt“ worden sein. Ein Schuhmacher ist zurückgewiesen worden wegen Steuererben, ein anderer, weil er angeblich nicht in der Liste stand, jedoch im Wahltrage verzeichnet war. Geradezu schauerhafte Wahlbeeinträchtigung müssen die Herren Reformen in folgenden Protestgründen schildern. In Radebeul ist der Zugang zum Wahllokal mit Menschen angefüllt gewesen, so daß man sich habe durcharbeiten müssen. In einem Wahllokal ist der Wahllokal von zwei Seiten unzugänglich gewesen, während in einem anderen Falle der Tisch an der Wand

gestanden habe. In einem Landort ist als Wahlzelle ein Nebenzimmer benutzt worden, das auch einen unbeschlossenen Ausgang nach dem Korridor gehabt habe. In einem Falle ist die Wahlzelle aus drei Transporttischen Eisenwänden hergestellt worden, auch habe ein Spiegel darüber gehangen. Von unleserlichen Wahlkontrollen wird die Darstellung dieses Falles als unrichtig bezeichnet. Doch muß der Wahlvorsteher wohl am besten hierüber Auskunft geben können, da er ja verpflichtet ist, sich vor Beginn der Wahlhandlung von der Erfüllung der gesetzlichen Formalitäten zu überzeugen. In einem Bezirk sollen die beiden Wahlbeisitzer erst nachmittags 5 Uhr verpflichtet worden sein und endlich habe man eine auf August Kadens lautende Stimme für gültig erklärt, während ein Stimmzettel mit Dr. Barge, Gymnasialoberlehrer, als ungültig erklärt worden sei.

Das sind die Protestgründe, die „130 Fälle“ von schwerem Wahlbetrug der Sozialdemokratie — denn die Sozialdemokraten haben die Wahlmeister, Oberfeuerwerker usw. benannt, rot zu wählen. Ein vernünftiger Mensch wird natürlich nach dem Vollkommenwerden der Gründe des Wahlprotestes sagen: Laßt alle Hoffnung fahren! Aber die antimilitarischen Jongleure glauben nicht nur wirklich daran, daß der Hurrareichstag den Wahlprotest umbeisehen für begründet ansehen, sondern — wegen der besonderen Schwere des Falles! — auch sofort die Wahl für ungültig erklären werde.

Gescheite Leute!

Christlich-nationale Wünsche.

Am Sonntag haben in Essen und Umgebung die Christlichen mehrere Versammlungen veranstaltet, in denen die Reichstagsabgeordneten Becker und Behrens, sowie der Arbeitersekretär Klotz redeten. In sämtlichen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, worin man die Erwartung ausspricht, daß angesichts der Niederlage der Sozialdemokratischen Regierung und Parlamente alles tun werden, die soziale Gesetzgebung zu fördern. Als dringendste Aufgaben bezeichnet die Resolution: 1. Erweiterung des Koalitionsrechtes im Sinne des christlich-nationalen Arbeiterkongresses in Frankfurt a. M.; 2. Schaffung eines freihändlerischen Reichsvereingesezes; 3. Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine unter Berücksichtigung der bereits im Reichstag gemachten Abänderungsvorschläge; 4. Schaffung von Arbeitskammern; 5. Rechtliche Sicherung der Tarifverträge; 6. Einführung des gesetzlichen Maximalarbeitstages für die Industriearbeiter; 7. Ausbau der Arbeiterversicherung und weitere Ausdehnung auf die Heimarbeiter, Landarbeiter und das Gefolge; ferner die Einführung der Arbeitslosen- sowie Witwen- und Waisenversicherung; 8. Schaffung eines Reichsberggesetzes.

Sind die christlich-nationalen Leute wirklich so kindlichen Geistes oder belügen sie sich absichtlich, wenn sie behaupten, daß „angesichts der Niederlage der Sozialdemokratie“ die sozialpolitischen Ansichten günstiger geworden sind? Die Christlichen haben sich mit einem Eifer, der an den Reichsverband erinnert, in den Stichwahlen für die bürgerlichen Kandidaten ins Zeug gelegt und in manchen Wahlkreisen mitgeholfen, den Sozialdemokraten zu Falle zu bringen. Sie werden bald von ihrem Wahnsinn geheilt sein, daß ihre Forderungen umsomehr Aussicht auf Erfolg haben, je mehr Arbeiterfeinde und Schatzmacher da sind, wo vorher Sozialdemokraten die Sache der Arbeiter verteidigten.

Stimmzettelfälschungs-Lügen.

Sind nicht nur in Nordhausen, so wie uns aus Duisburg geschrieben, sondern auch im Wahlkreise Duisburg-Rheinland von den „Nationalen“ fabriziert worden. Am Stimmzettel erschienen morgens in aller Frühe große Plakate, wo die Behauptung aufgestellt wurde, daß die Sozialdemokraten gefälschte Stimmzettel auf den Namen „Juni“ (der nationale Kandidat hieß „Juni“) herausgegeben hätten. Selbstverständlich war das eine Wahllüge, ein Trick. Kein Mensch hat einen solchen Zettel zu Gesicht bekommen. Und trotzdem der große Herzeinsall!

Eine gebotene Ordnungsfälle.

Die „Ahein-Beit“, 31.“ veröffentlicht einen Bericht aus dem rheinischen Stadt Oberhausen, in welchem der höchste Exekutivbeamte der dortigen Polizei, der Polizeikommissar und Amtsanwalt Weber, sehr schwere Verfehlungen beschuldigt wird. Das Blatt schreibt:

„Die Otilie Krag-Duisburg hat vor einigen Tagen in dem Goldwagengeschäft von Georg Kuhlmann drei Brillantringe im Werte von 165 M. Bei der Wisation kamen noch in anderen Lokalen gestohlene Sachen zum Vorschein. Die Diebin wurde ordnungsmäßig zur Anzeige gebracht, und ein polizeiliches Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet. Einige Tage nach dem Diebstahl ging nun ein Brief aus Oberhausen für die Diebin Krag ein, unterzeichnet: Otto Kuhlmann. In diesem Schreiben wurde die Krag um eine Zusammenkunft gebeten und ihr Vergünstigung und Flucht in Aussicht gestellt. Der Brief aber wurde von dem Vater der Krag geöffnet und Herrn Wöhne in Oberhausen übergeben, welcher ihn an Herrn Georg Kuhlmann hieselbst als den vermeintlichen Absender gab. Nach Rücksprache mit Herrn Kommissar Schwinderlauf wurde nun dem unbekannten Absender, da der Name Otto Kuhlmann nur ein fingierter gewesen, die Zusammenkunft schriftlich gewährt. Auch wurde beschloffen, an Stelle der Krag ein Fräulein Maria Ed zu dem Kradebous zu entsenden, um festzustellen, wer der Briefschreiber und Fälscher der Unterschrift war. Die Zusammenkunft sollte vormittags am neuen Amtsgericht stattfinden. Erkennungszeichen ein weißes Taschentuch in der Hand. Mäntellich war Fräulein Ed an der bezeichneten Stelle, noch früher aber der Briefschreiber, mit dem Erkennungszeichen. Es war der Polizeikommissar und Amtsanwalt Weber in Person selbst und in Zivil gekleidet. Er gab sich Jrl. Ed als den Briefschreiber zu erkennen und fragte: „Sind Sie Fräulein Krag? Sie sind doch so ein nettes Mädchen, Sie sollen nicht ins Gefängnis, ich führe Sie hin, wo Sie keine Polizei finden wird.“ usw. Jrl. Ed antwortete: „Ja, ich bin Otilie Krag, sind Sie denn Herr Kuhlmann?“ Weber antwortete: „Nein, dessen Bruder!“ Darauf aufharte er sich weiter, daß er ihre — der vermeintlichen Krag — mißliche Lage bedauere, in die sie durch den Diebstahl geraten sei, er, Weber, hätte es in seiner Macht, sie, die vermeintliche Krag aus der unangenehmen Lage zu befreien, damit ihr die Polizei nichts mehr anhaben könne. Da er, Weber, aber hier zu bekannt sei, soll sie, die Krag, mit ihm nach Düsseldorf fahren, um da weiteres zu vereinbaren und zu veranlassen; erst dort könne er weitere Anstalten geben. Herr Weber hat Jrl. Ed, der vermeintlichen Krag, auch 5 M. zur Reise an, was diese aber ablehnte. Später wurde Weber von der Ehefrau Georg Kuhlmann im Weisem der Jrl. Ed über sein Verhalten zur Rede gestellt. Er hatte zuerst die Stirn, die Begegnung und die Auktorschaft des Briefes abzuleugnen, fand es gut, in einem an Herrn Georg Kuhlmann gerichteten Schreiben sein Vernehmen als Amthandlung (!) hinzustellen und verlangte im Anschluß daran die Auslieferung des von ihm an die Krag gerichteten Schreibens von Herrn Polizeikommissar Schwinderlauf. Das geschah aber nicht. Die Strafanzüge gegen Weber liegt nunmehr auch der Staatsanwaltschaft vor. Im übrigen sollen dem Polizeikommissar auch noch andere Verfehlungen im Amte nachgewiesen sein. Wie wir von maßgebender Seite erfahren, ist heute die Disziplinäruntersuchung gegen Weber eingeleitet. W. ist 43 Jahre alt und 8 Jahre hier im Dienste.“

Ein recht interessanter Beitrag zum heutigen Polizeiwesen.

Die Vorgesellschaft aufpassen wollen in Magdeburg die Mittelwähler der nationalen Parteien. Dort geht der Eisenbahnbeamten-Konsumverein mit der Absicht um, eine eigene Wärderei und Kaffeebäckerei zu errichten. Der Hauptförderer des Plans soll der Scheinrat Madensen sein, der Filialleiter des Reichsligenverbandes in Magdeburg. Dieser Plan hat natürlich alle Kleingewerbetreibenden in hellen Aufbruch versetzt. W. fragten sie sonnenförmig in einer kürzlich abgehaltenen Versam-

Wahl, Warum tut man uns das? Und, die wir so eifrig für die Wahl des nationalen Kandidaten gearbeitet haben? Und drohend setzen sie hinzu: diesmal sei noch der nationale Kandidat gewählt worden, ob das beim nächsten Mal wieder der Fall sein werde, das sei sehr fraglich! Zunächst soll nun der Eisenbahnminister helfen. Den wollen die Mittelständler unter Hinweis auf ihre Gefühls-treue bei der Wahl ersuchen, seine Zustimmung zur Erziehung der Wäckerlei zu versagen. Das wird nichts helfen, so daß die Mittel-ständler mit fliegenden Fahnen zur Sozialdemokratie übergehen könnten, wenn — hier nicht die „sozialdemokratischen“ Konsumver-eine wären, die gleiche Schandtat treiben. Die Mittelständler kommen also aus dem Dilemma nicht heraus! —

Delbrück als Erzähler.

Der Eifer, mit dem sich Minister Delbrück gegen die Gruben-kontrollen aus den Kreisen der Arbeiterschaft ausdrückte, hat anseuernd auf die Scharfmacher im Baugewerbe gewirkt. In einer zu Düsseldorf abgehaltenen Versammlung der rheinisch-westfälischen Baugewerkschaften wurde ein Beschluß gefaßt, worin entschieden Verwahrung eingelegt wird, gegen alle behördlichen Bestrebungen, die auf Anstellung von Betriebs-kontrollen aus Arbeiterkreisen durch die Träger der Unfallversicherung hinführen. Diese Bestrebungen stellen sich als ein durch nichts gerechtfertigter Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Berufsgenossenschaften dar, und ihre Verwirklichung wäre bei der anerkannt ungenügenden theoretischen und technischen Vorbildung von Arbeiterkontrollen gleichbedeutend mit einer geradezu bedenklichen Verschlechterung des Arbeiterstandes, dem die Berufsgenossenschaften mit ihrem Geere von berufenen und qualifizierten Kräften bereits und mit gutem Erfolge ihre ganze Aufmerksamkeit zuwenden; und schließlich steht außer Zweifel, daß die Arbeiterkontrollen ihre Tätigkeit in der Hauptsache parteipolitischen Zwecken dienlich machen und somit ein friedliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vollends zerstören würden. —

Erstappte Verleumder!

Die „Brandenburger Zeitung“ schreibt: Als ein elender, falscher Geselle entpuppt sich jener „Geschäftsmann“, der kurz vor der Wahl im „Brandenburger Anzeiger“ in einem „Eingefandl“ behauptete, die Sozialdemokraten hätten ihre Kräfte durch Erpressung bei den Geschäftleuten. Es hatte dieser Vatzen versprochen, er wolle seine Kollegen vor diesen Erpressungen schützen, man solle nur vertrauensvoll unter einer gewissen Chiffre die Adresse Hauptpostlagernd Brandenburg niederlegen. Diese so dreist auftretende niederträchtige Verleumdung der Partei veranlaßte unteren Wahlvereinsvorsitzenden, Genossen Rothmann, der Sache auf den Grund zu gehen. Er gab unter der angegebenen Chiffre den nachstehenden Brief am hiesigen Hauptpostamt auf:

Brandenburg, 22. 1. 07.

Sehr geehrter Herr „Eingefandl“!

Obgleich ich überzeugt bin, daß weder Sie noch andere Geschäftsleute zu Beiträgen für den Wahlkampf der Sozialdemokratie gepreßt worden sind, wie Sie durch Ihr „Eingefandl“ im „Brandenburger Anzeiger“ glauben machen wollen, möchte ich Sie doch höflich bitten, mir sowohl Ihren eigenen Namen, als auch den des „Erpressers“ zu nennen. Falls Ihnen der Name des Letzteren unbekannt sein sollte, bitte ich um Angabe der Nummer der Sammelliste, welche Ihnen vorgelegt wurde. Ich habe als langjähriger Vorsitzender des hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins ein hohes Interesse daran, festzustellen, ob und inwieweit gegen Parteibeschlüsse verstoßen wird. Sie wollen die Sache derart beschleunigen, daß ich spätestens am Donnerstag, den 24. dieses Monats, vormittags 10 Uhr, im Besitze Ihrer Antwort bin. Erhalte ich keine oder doch keine genügende Antwort, so werde ich mir erlauben, die Sache in aller Öffentlichkeit, insbesondere in den am Donnerstagabend stattfindenden Versammlungen als das zu bezeichnen, was sie wirklich ist.

Hochachtungsvoll

Hr. Rothmann, Kurstr. 78.

Dieser Brief ist bis zu dem darin vermerkten Tage nicht beantwortet, ja er ist überhaupt nicht abgeholt worden, denn am Sonnabend, den 23. Februar, erhielt ihn Genosse Rothmann von der Post mit dem Vermerk zurück: „Nicht abgefordert!“ Der angebliche „Geschäftsmann“ des „Brandenburger Anzeiger“ ist also ein Schwindler, der an seine Erpressergeschichten selbst nicht glaubt. Es lag ihm gar nichts daran, festzustellen, ob wirklich jemand zu Beiträgen für die sozialdemokratische Parteikasse „gepreßt“ worden ist, er hat ja gar nicht nachgefragt, ob auf seine Aufforderung hin Briefe bei der Post eingegangen waren; er wollte nur die Brandenburger Geschäftsleute gegen die Sozialdemokratie wild machen. Dazu war ihm auch die schamlose Verleumdung recht und der „Brandenburger Anzeiger“ war das für dieses Schwindelmonder geeignete Feld. Man wird nach dieser Probe beurteilen können, welcher Wert den anonymen Sudeleien der „Eingefandl“-Säde des „Brandenburger Anzeigers“ beizumessen ist.

Som nationalliberalen Abgeordneten Schwabach erhalten wir nachfolgende Zuschrift mit der Bitte um Aufnahme:

Die Unwahrscheinlichkeit der im Wahlprotokolle der Konservativen im Wahlkreise Remel-Heidelberg gegen mich vorgebrachten Behauptung über Stimmverlust, Beschuldigungen usw., wird durch die Untersuchung der Wahlprüfungskommission erwiesen werden. Schon aus diesem Grunde glaube ich von einer Widerlegung im Einzelnen absehen zu sollen. Dies um so mehr, als, wie ich zuverlässig vernehme, eine Reihe der als bestochen und gekauft bezeichneten Herren teils schon deshalb klugbar geworden sind, teils jetzt die Klage wegen Verleumdung anstrengen werden. —

Wieder ein Majestätsbeleidigungsprozeß. Wegen Beleidigung des Kaisers wurde der Gelegenheitsarbeiter Friedrich Hermann Richter von der Strafkammer zu Freiberg zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Und da redet man von Einschränkung der Majestätsbeleidigungsprozeße! —

Husland.

Ungarn.

Lehrerelend. Das Kapitel Lehrerelend erfährt dieser Tage eine große Beleuchtung. Der vor Jahresfrist verstorbenen Millionär Wechselmann hatte u. a. eine Stiftung hinterlassen, aus deren Einnahmen notleidende Lehrer ohne Unterschied der Konfession eine jährliche Unterstützung von je 200 Kronen erteilt werden soll. Die Stiftung wird von der Pester israelitischen Gemeinde verwaltet. Auf die Einnahmen dieser Stiftung konkurrieren dieses Jahr die Lehrer so massenhaft, daß die israelitische Gemeinde an Postporto für Rücksendung der Gesuche nebst Beilagen ein tausenbachthundert Kronen zu verausgaben hatte! Wer Zeit und Lust hat, möge ausrechnen, wie viele notleidende Volksschullehrer sich um Unterstützung bewarben.

Die Begriffe Volkschullehrer und Hunger liegen auch in Ungarn gar zu nahe beieinander.

Frankreich.

Sonntagsruhe.

Paris, 7. März. (H. D.) Die Mehrheitsfraktionen der Linken der Kammer berieten gestern über ihre Stellungnahme in der Frage der Sonntagsruhe. Die geringsten, sowie die unabhängigen Sozialisten treten für die unbedingte Durchführung der Sonntagsruhe ein. Die radikale Linke und die demokratische Union sind für eine Lockerung des Gesetzes im Sinne einer Erweiterung der zu gewährenden Ausnahmen. Die radikal-sozialistische Linke ist geteilt. Der Minister der Arbeit Viviani wird bei der Fortsetzung der Interpellationsdebatte morgen den Standpunkt der Regierung bekannt geben. Man verwacht, daß Viviani angesichts der Haltung der Mehrheitsparteien das Zugeständnis machen wird, daß die Sonntagsruhe mit Zulassung gewisser Ausnahmen durchgeführt

werden soll. Unter diesen Umständen besteht keine Gefahr mehr für die Regierung. Die Kammer ist zudem entschlossen, sobald als möglich, jedenfalls aber vor dem 25. März, Ferien von fünf bis sechs Wochen zu nehmen.

Italien.

Zukunftsminister Gallo ist in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag plötzlich gestorben.

England.

Die Grasschaftswahlen behandeln nach dem Eintreffen der Einzelresultate „Daily News“ in einem Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

London ist dem Fortschritt verloren gegangen. Eine mächtige Welle der Reaktion verwandelte die fortschrittliche Majorität von 48 in eine Minorität der „Gemäßigten“ von 40 Sitzen. So endete die erste Phase des Kampfes zwischen Tammany und dem Wille für den Besitz von London. Kein Kampf in der Geschichte der City ist mit dem soeben beendeten zu vergleichen. Zum ersten Mal haben wir in unserem municipalen Leben die amerikanischen Methoden beobachtet können; alle Interessen haben sich zu einem gigantischen Ansturm vereinigt: Die städtischen Grundbesitzer, geführt vom Herzog von Norfolk, die finanziellen Interessen, vertreten durch Harry Marks, die Vertreter des Alkoholkonsums (Wirte, Brauer, Destillateure usw.), die Buchmacher und sonstigen Weltinteressenten, die Inhaber von Theater- und Musikhallen, die Grund- und Häuserkapitalisten, die Inhaber von Aktien der Elektrizitäts-, Omnibus- und Eisenbahngesellschaften und alle jene Leute, die ihre Sonderinteressen dem allgemeinen Interesse gegenüber vertreten. Auch die Kirche ist mit ihrer nicht geringen Macht zugunsten der Privatinteressen eingetreten; nicht offen, aber im geheimen hat sie ihren Einfluß ausgeübt.

Wir verglichen den Kampf, den die „Gemäßigten“ führten, andeutungsweise bereits mit dem Kampfe, den die deutschen Reichstagskandidaten in die Reichstagswahlen von 1907 eingeführt haben. Und in der Tat: Auch der Londoner Wahlkampf wurde in einer Weise geführt, wie nie zuvor. Nicht mit Argumenten, sondern mit persönlicher Verunglimpfung des Gegners arbeiteten die Vertreter des privaten Kapitals, das unter der Herrschaft der Progressiven sich geschädigt fühlte. Unter ihrem wahren Namen als Konservativisten hatten die Vertreter des städtischen Grundbesitzes in London kein rechtes Glück gehabt, sie suchten deshalb nach einem anderen Namen und glaubten ihn in „Municipal-Reformer“ gefunden zu haben. „Reformer“ klingt gut, und sie werden denn nun auch „reformieren“ — nach rückwärts. Schon nach den letzten Wahlen im Jahre 1904 begannen sie den jetzigen Wahlkampf vorzubereiten, und die Wahlen zu den Borough's Councils im November vorigen Jahres brachten ihnen bereits einen großen Sieg: Von den 29 Gemeinden fielen 27 in ihre Hände.

Die jetzigen Wahlen haben auch Ueberraschungen gebracht, ähnlich denen, wie wir sie bei den letzten deutschen Reichstagswahlen erlebten. So ging z. B. der Wahlkreis verloren, den John Burns in Battersea seit 18 Jahren inne hatte!

Bei dem Gedanken an den Rabenjammer, der dem Hauke folgen wird, in den sich die Freunde der „Reformer“ gestürzt haben, könnte man eine Art Schadenfreude empfinden, wenn nicht die Unschuldigen mit den Schuldigen leiden und die Suppe mit aulöffeln müßten, die ihnen da eingerührt worden ist. —

Schweden.

Das Verbrechen gegen Tschernial.

Die chemischen Untersuchungen haben die Sachverständigen zu der Annahme geführt, daß wahrscheinlich Arsenitgift, die bekanntlich schon in sehr geringer Menge tödlich wirken, den Tod Tschernials und seiner drei Leidensgenossen verursacht haben. Die Aufwärtlerin auf dem Schiffe hatte bei Reinigung der Lampenröhren sonderbare Flecken bemerkt, und an dem Lampenputzer, den sie benutzt hatte, fand der Göttinger Stadtchemiker Dr. Alen bedeutende Mengen Arsenit. Ebenso wurde an den Lampenröhren, an Heizrohren und an anderen Gegenständen in der Kajüte Arsenit gefunden. Uebereinstimmend erklärten die Sachverständigen die Kombinationen, die lediglich auf einen Unglücksfall hindeuten, für falsch! Es muß also ein Verbrechen vorliegen. Diese Annahme wird bestätigt durch den Bericht der Göttinger Polizei über das Verhör und die Untersuchungen an Bord des Dampfers. Die Vermutung, daß jener Franzose, der unter den vier Vergifteten war, ein russischer Spion sei, ist bei der Abfahrt nicht nur von Tschernial selbst, sondern auch vom Kapitän Wulff ausgesprochen worden. Die Schiffstele sagte im Polizeiverhör aus, daß sie in Salen und Kajüte einen sonderbaren Geruch bemerkt hatten, von dem sie nicht wußten, ob er von Schwefel oder Phosphor, von einer medizinischen Salbe oder von wo sonst herührte. Das hatten einige von ihnen dem Kapitän schon am Tage des Ereignisses mitgeteilt.

Die großen bürgerlichen Zeitungen Schwedens sprechen denn auch — ebenso wie die sozialdemokratischen — die Ansicht aus, daß Tschernial einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. So schreibt „Nya Dagligt Allehanda“: „Die Hypothese, daß Tschernial und jene, die das Unglück hatten, seine Meissegefährten zu sein, durch die Tat von Wörden umgekommen sind, ist durch das Gutachten der Sachverständigen in Göttingen man kann fast sagen zur positiven Gewissheit geworden. Die Arbeit, die diese Sachkundigen und besonders der wegen seiner hervorragenden Nüchternheit bekannte Dr. J. A. Alen geleistet haben, ist außerordentlich wertvoll. Nur das ist aufs Höchste zu bedauern, daß nicht Pachtlose von gleicher Tüchtigkeit in Antwerpen mit der Untersuchung betraut wurden. Wäre das geschehen, so hätte man wohl längst nicht nur Arbeit über die geheimnisvolle Ausführung der Untat geschaffen, sondern wahrscheinlich auch einen Leichnam gefunden für die Frage, wer der Verbrecher war.“ In der bürgerlichen Presse wird auch das Verhalten des schwedischen Generalkonsuls und Bizekonsuls scharf kritisiert. Zu den Angriffen des Ministers des Äußeren auf unseren Genossen Fronting in der Kammer schreibt „Dagens Nyheter“: „Die Vorwürfe gegen Fronting, daß er sich auf eine Sache gelegt habe, mit der er sich nicht habe befassen sollen, hätten mehr Wirkung gehabt, wenn die hohen Herren wertvollere Rüste gezeigt hätten als zu sitzen und zu warten. Was tatsächlich und unbestreitbar ist, das ist, daß unsere Vertretung im Ausland sich schlecht benommen hat, einer Aufgabe gegenüber, die doch offenbar nicht jenseits ihrer Befähigung lag.“

Al die Epiloge und Retrologe sind ja ganz gut und schön — viel wichtiger aber wäre es, wenn die Bourgeoise Standinaviens und anderer Länder aus der traurigen Tschernial-Katastrophe endlich die Lehre zöge, daß es höchste Zeit ist, den Annäherungen der russischen Regierung im Auslande energischer zu begegnen als bisher. —

Amerika.

Eine Untersuchung durch den Kongreß in Sachen der in Idaho gefangenen Führer der Bergarbeiter Moyer, Jaywood und Pettibone forderten die fünf sozialistischen Abgeordneten im Staatsparlament von Wisconsin. Sie hatten einen entsprechenden Antrag eingebracht, der schließlich an eine Kommission für Bundesangelegenheiten verwiesen wurde. Massendemonstrationen zum Protest gegen die Entlassung der Genannten fanden in vielen großen Städten statt. In Chicago war die Protestversammlung von über 5000 Männern und Frauen besucht; auch eine Strahendemonstration wurde veranstaltet. 2500 Mitglieder von Gewerkschaften zogen mit ihren Fahnen und Banner durch die Stadt und forderten Gerechtigkeit für Moyer und Genossen. Der Prozeß soll in diesem Monat beginnen.

Kommunales.

Stadtoberordneten-Versammlung.

8. Sitzung vom Donnerstag, den 7. März, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher-Stellvertreter Michalet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Die Bänke des Saales sind nur sehr lüdenhaft besetzt.

An Stelle des ausgeschiedenen Stadts. Heilmann (H. L.) werden gemäß: in die Rathshalle Deputation Stadts. Groh, in das Viehhofsuratorium Stadts. Gard, in die Verkehrsdeputation Stadts. Haberland.

Der Antrag Haberland betreffend die Beschleunigung der Wegschaffung größerer Säncemassen wird einstweilen von der Tagesordnung abgesetzt und soll später beim Etat der Straßenreinigung zur Beratung kommen.

Für den Neubau der Inselbrücke, den der Magistrat aus Verkehrsrücksichten für unternehmlich hält, ist die Entscheidung eines Teiles des Inselseicher-Grundstücks erforderlich. Nach dem Magistratsvorschlage soll sofort mit der Freilegung der Straße „An der Fischerbrücke“ in der gesamten, durch die Flusslinie zu Straßenland bestimmten Fläche von 1085 Quadratmeter vorgegangen werden.

Die Vorlage wird einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

In den Etatsentwurf für 1907 sind eine Reihe von Gehaltsaufhebungen für die städtischen Angestellten in Gestalt abgeänderter und neuer Gehaltslisten aufgenommen, um deren Genehmigung der Magistrat in einer besonderen Beschlusse nachsucht. Ebenso liegt vor der Magistratsantrag auf Bewilligung einer Anzahl neuer etatsmäßiger Beamtenstellen in verschiedenen Verwaltungszweigen.

Stadts. Wallach (H. L.) hat die Wiedereröffnung eines besonderen Ausschusses von 15 Mitgliedern beantragt.

Stadts. Körte (Fr. Fr.) empfiehlt einen Antrag, der eine Aufhebung der Besätze der Maschinenmeister in den Krankenhäusern bezweckt, denselben Ausschuss zu überweisen.

Stadts. Dr. Bülow (Fr. Fr.): Es wird unumgänglich sein, gemeinsam mit dem Magistrat über Reformmaßnahmen innerhalb der städtischen Verwaltung in der Richtung zu verhandeln, daß eine Beschleunigung der Arbeiten in sämtlichen Verwaltungszweigen unseres städtischen Organismus eintritt. Unser Beamtenpersonal ist sehr tüchtig und zuverlässig; dennoch muß, zumal bei dem täglich wachsenden Umfang der städtischen Geschäfte, leichter und schneller gearbeitet werden. Der angeordnete Uebelstand wird zweckmäßig in einer gemischten Deputation näher untersucht.

Stadts. Wallach führt abermals Klage über die verspätete Einbringung dieser Vorlagen, die lediglich dazu angeht, sei die Stadtoberordneten sehr un bequem zu komplizieren, und ersucht den Magistrat, endlich einmal für Abhilfe zu sorgen.

Beide Vorlagen, der Antrag Körte und der Antrag Bülow, gehen an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Die Vorlage wegen Verwendung eines Teiles des städtischen Geländes an der Pant- und Wiesenstraße für Gemeindeforschulzwecke ist vom Ausschuss nach langer Erörterung mit 8 gegen 2 Stimmen angenommen worden. Mit 6 gegen 4 Stimmen hat der Ausschuss außerdem vorgeschlagen, dem Magistrat zur Genehmigung zu geben, ob es sich nicht empfiehlt, gleichzeitig anschließend auf dem Reifgrundstück einen Schulsportplatz zu errichten.

Stadts. Stelrand (H. L.) spricht sich gegen die Resolution aus. Da genügend Spielplätze bei den benachbarten Schulen vorhanden seien und ein zu großes Geldopfer gebracht werden müßte.

Stadts. Borgmann (Soz.): Ich bitte dringend, die Resolution anzunehmen. Es sind in jener Gegend keineswegs Plätze zu Spielzwecken zur Verfügung und der Humboldtthain bezw. der dortige Spielplatz kann nur in ganz unzureichendem Maße benutzt werden. Die Bevölkerungsdichte ist dort aber so stark, daß dem Bedürfnis irgendwie abgeholfen werden muß. Die Sache ist aktuell geworden durch die Ausführung des Miniers des Innern im Abgeordnetenhaus, daß die Gemeinden in dieser Richtung eine große soziale Aufgabe zu erfüllen haben. Schulkat Fischer hat in der Deputation ebenfalls seine große Befriedigung über den Antrag ausgesprochen. Der Münchener Schulkat Reichensteiner hat in einer Schrift seine Betrübnis darüber bekundet, daß die großen öffentlichen Plätze hauptsächlich als Schmutz-, aber nicht als Spielplätze für die Jugend zur Verfügung stehen. Geben Sie der Resolution Ihre Zustimmung!

Stadts. Stelrand ist durch diese Darlegungen eines Besseren nicht belehrt worden.

Stadts. Borgmann: Die Schulen in jener Gegend haben keine Spielplätze, sondern bloß Schulhöfe, auf denen in der Schulzeit überhaupt nicht gespielt werden kann, während bekanntlich die Redoren sich zu neun Zehnteln gegen die Freigabe der Höfe zu Spielzwecken in der Ferienzeit ausgesprochen haben. Das fragliche Terrain ist als Spielplatz schon jetzt in den Händen der Turndeputation, der finanzielle Effekt ist also nicht gefährlich. Die Grundbesitzers-Deputation geht allerdings in ihrer Evidenz, aus diesen Terrain Kapital herauszuschlagen, sehr weit; sie möchte dort am liebsten Fabrikgebäude hinstellen, ohne jede Rücksicht auf die benachbarten Schulen. Es müssen Freizeite zu Bewegungsspielen in Großstädten in genügendem Maße hergegeben werden!

Die Versammlung nimmt den Magistratsantrag und mit schwacher Mehrheit auch die Resolution an.

Die nachmalige Ausschussberatung über die Organisation und Benennung des städtischen Amtes für hygienische und gewerbliche Untersuchungen hat zu folgenden Beschlüssen geführt:

I. Unter dem Namen „Städtisches Untersuchungsamt“ soll eine Anstalt errichtet werden, welche

1. als Untersuchungsamt im Sinne des § 17 des Nahrungsmittelgesetzes von 1879 die Untersuchung von Nahrungsmitteln und Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen ausführt, 2. insbesondere die für die städtische Verwaltung notwendigen Untersuchungen solcher Art ausführt, soweit diese nicht besonderen Verwaltungsstellen übertragen sind, 3. auf Erfordern des Magistrats Gutachten in hygienischen Angelegenheiten erstattet, 4. befugt ist, in hygienischen Angelegenheiten Antage zu stellen.

II. Für den Unternehmungsbetrieb und für die Leitung des Amtes sollen ein Hygieniker als Direktor mit einem Anfangsgehalt von 10—12000 M., 3 Abteilungsleiter für je eine chemische, physikalische und bakteriologische Abteilung mit einem Anfangsgehalt von 6000 M., und die erforderliche Anzahl von Assistenten mit einem Anfangsgehalt von 3000 M. bewilligt werden.

In einer gleichfalls vorgeschlagenen Resolution wird der Magistrat ersucht, eine Stelle für die Untersuchung in feinstofflicher Stoffe einzurichten.

Referent ist wiederum der Stadtoberordnete Dr. Paul (H. L.).

Ohne Debatte nimmt die Versammlung sämtliche Ausschussvorschläge an.

Die Vorlage wegen Reumahl eines Stadtschuldirigenten für den auscheidenden Syndikus Weise geht an einen Ausschuss.

Ohne Debatte angenommen werden die Magistratsvorschläge wegen Ueberweisung zweier Grundstücke an die Verwaltung der städtischen Straßenreinigung zur Errichtung von Fahrzeughaldepis und wegen Umbaus von 279 Sprengwagen.

Auf der Tagesordnung steht u. a. ferner das Ausschussreferat des Stadtoberordneten Werner über die Vorlagen betreffend die Erhebung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert und die Einführung einer Wertzuwachssteuer.

Die letztere ist von der Ausschussmehrheit (8 gegen 4 Stimmen) abgelehnt; von den sozialdemokratischen Stadtoberordneten Kroos und Genossen ist die Annahme unter einigen Modifikationen des Magistratsentwurfs beantragt.

Es liegt ein Antrag vor, den Gegenstand heute von der Tagesordnung abzulehnen.

Aus der Partei.

Stadts. Singer: Der Antrag berührt uns eigentümlich. Man wird doch nicht behaupten wollen, daß die Zeit schon zu weit vorgeschritten ist (es ist 17 Uhr, Ref.); andererseits ist die Vorlage außerordentlich wichtig, und beraten wir sie heute nicht, so wird sie erst nach einer Reihe von Wochen wieder aufstehen. Ich weiß nicht, wer den Kollegen Werner in der Presse hat erkranken lassen; wir sind ja alle dadurch beunruhigt worden. Vielleicht ist auch Herr Werner noch nicht wiederhergestellt genug, um den Wünschen seiner Kollegen, heute nicht zu berichten, Widerstand zu leisten. Eine Frage, die schon so lange die Versammlung beschäftigt, die von vielen anderen Städten in viel schnellerem Tempo bearbeitet ist, sollte auch bei uns nicht länger hinausgezögert werden; es könnte sonst der Anschein der Verschleppung entstehen. Ich stimme der Vertagung heute nur zu, wenn die Sache auf die nächste Tagesordnung an erster Stelle gesetzt wird. Sonst würde ich lebhaft bedauern, wenn die Entscheidung auf die lange Bank geschoben wird. Mein Vorschlag wird auch die Staatsberatung nicht schädigen.

Stadts. Kallmann (Fr. Fr.): schließt sich den Ausführungen des Stadts. Singer an; er will die Vorlage an die Spitze der nächsten oder einer besonders anzuberathenden Sitzung stellen.

Stadts. Walsch: Wenn die Sache „verschleppt“ wird, sind nicht wir, sondern Sie (zu den Sozialdemokraten) Schuld. Ich habe Herrn Heimann im Ausschuss nachgegeben, der eine Verschiebung um 4 Wochen mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen in der Provinz beantragte.

Stadts. Werner: Ich habe allerdings zu meinem Bedauern in der Zeitung gelesen, daß ich erkrankt sei; ich habe das Material aber deshalb nicht mitgebracht, weil schon vorher mit Herrn Singer näherstehenden Herren Uebereinstimmung erzielt war, es würde heute die Sache nicht verhandelt werden. Ich habe das Referat nur in der Voraussetzung übernommen, daß heute nicht darüber verhandelt werden sollte.

Stadts. Singer: Ich habe nur gesagt, wir wollen heute verhandeln, damit es nicht den Anschein gewinne, als ob verschleppt werden könnte. In der erwähnten Vermoehensberatung sind auch viele der anderen Herren anderweitig beschäftigt gewesen, und konnten den eventuellen Sitzungen nicht beiwohnen. (Zwischenbemerkung des Vorsetzers.) Also die Herren haben nicht die Absicht, vor der Staatsberatung die Sache zu verhandeln. Das kann ich nur aus äußerster Bedauern; es liegt kein Grund vor, die Sache über den März hinauszuschieben. Die Versammlung hat keine Veranlassung, andere dringende Geschäfte zurückzustellen, nachdem der Etat wieder so sehr spät an uns gebracht worden ist. Uebermäßig lange Zeit wird die Verhandlung überhaupt nicht in Anspruch nehmen.

Stadts. Gaffel (A. L.): Wir wünschen durchaus, die Entscheidung in der Frage der Wertzuwachssteuer sobald wie möglich zu fällen. Wir haben keine Interessen an einer Verschleppung, die gar keinen Sinn hätte. Ich bin auch dafür, die Sache in der nächsten Sitzung an erster Stelle zu verhandeln und bitte den Vorsetzer, sie an diese Stelle zu setzen.

Die Abfertigung wird beschlossen; die Angelegenheit kommt an erster Stelle der nächsten Sitzung zur Verhandlung.

Die Vorlage betreffend den speziellen Entwurf zum Neubau der Gemeindeschule in der Brombergerstraße wird genehmigt, ebenso die Festsetzung von Fluchtlinien für die Invalidenstraße zwischen Gaussestraße und Hessische Straße.

Auf Antrag Schulze (A. L.) geht die Vorlage betr. den Erwerb von Straßenland in der Neuen Wilhelmstraße in einen Ausschuss.

Der Magistrat hat entsprechend den früheren Beschlüssen der Versammlung an den Landtag eine Petition auf Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und auf Aufhebung des Kommunalsteuerprivilegs der Beamten, Geistlichen und Lehrer gerichtet und der Versammlung zur Kenntnis gebracht.

Stadts. Deue (A. L.): Von den vier Punkten, welche die Versammlung seinerzeit für diese Revision aufgestellt hatte, sind in der Petition nur zwei berücksichtigt worden. Nicht aufgenommen hat der Magistrat unser Verlangen auf Ausdehnung der Deklarationspflicht auf die Einkommen von 1500—3000 M. und auf Befreiung der im § 54 des Gesetzes festgelegten Kontingentierung der Steuerarten. Ich kann die Gründe, weswegen sich der Magistrat auf diese beiden Forderungen nicht einlassen will, nicht als durchschlagend ansehen. Dagegen wird die Forderung der Aufhebung des Kommunalsteuerprivilegs jetzt schwerlich durchzudringen sein, weil die Beamten, durch die Steuerungsverhältnisse gezwungen, Zulagen fordern und die Regierung schwerlich bereit sein wird, ihnen eine neue Last aufzuerlegen. Es würde andererseits nur der Willigkeit entsprechen, durch die Deklaration jetzt auch diejenigen Jenisten unter 3000 M. heranzuziehen, die bisher zu Unrecht von der stärkeren Belastung befreit sind. Den weiteren Ausbau der Realsteuern sollten wir doch ebenfalls auf dem Wege der Petition zu fördern suchen.

Stadts. Bamberg (A. L.): Auch ich bin für die Ausdehnung der Deklarationspflicht bis herunter zu 1500 M., denn die Verpflichtung der Arbeitgeber usw. zur Auskunft über die Löhne usw. der Arbeiter nach der Novelle zum Einkommensteuergesetz ist bekanntlich sehr bestritten. Andererseits werden jetzt Tausende von Jenisten untergeschätzt. Führt man den erweiterten Deklarationszwang ein, so brauchen wir keine Wertzuwachssteuer.

Stadts. Dr. Preuss (soz.-fortschritt.): Der Magistrat läßt bestrebenstreu gerade den Punkt unserer Vorschläge unberücksichtigt, wonach die Verquickung von Personal- und Realsteuern gelöst werden sollte.

Stadts. Singer: Ich bin erstaunt über das Vorgehen des Magistrats, die erwähnten beiden Punkte aus der Petition fortzulassen, ohne die Versammlung vorher davon zu verständigen. Seine Beschlüsse sind in gemeinsamer Deputation gefaßt worden und die Versammlung hat ihre Zustimmung gegeben, daß in diesem Sinne und Umfange eine Petition abgesandt werden sollte. Der Magistrat begründet seine ablehnende Haltung wegen der Deklaration mit dem Hinweis auf die Bestimmungen der Einkommensteuergesetzesnovelle von 1908, deren Wirkung er abwarten will. Der Magistrat weiß, wie wir, wie lebhaft diese Bestimmung angefochten ist, wie zahlreiche Geschäftsleute und Arbeitgeber öffentlich bekannt gemacht haben, daß sie der bezüglichen Aufforderung des Finanzministers nicht nachkommen. Ich halte das auch für ganz berechtigt, weil die gesetzliche Bestimmung nichts davon sagt, daß die Gewerbetreibenden Lohnlisten zum gefälligen Gebrauch der Steuerbehörde liefern müssen. Schon deswegen war es um so notwendiger, dem Versammlungsbeschlusse nachzukommen. Der Magistrat ist aber noch weiter gegangen, er hat auf Weisung des Finanzministers in Berlin ebenfalls die Arbeitgeber usw. zur Einreichung der Listen aufgefordert. Soweit ich dazu in der Lage war, habe ich das zu verhindern gesucht. Der Magistrat ist nicht dazu da, der Steuerbehörde Spionendienste zu leisten. (Zustimmung.) Der Magistrat mag durch seine Synbidi prüfen lassen, ob er nicht gegen diese Gesetzesauslegung gegen den Minister Protest einlegen muß. Soweit ich in Frage komme, hat allerdings der Magistrat von seiner Strafbefugnis keinen Gebrauch gemacht, wie ich anerkenne. Ramentlich im Kaufmannsstande sind eine große Anzahl von Herren, besonders Kaufleute, die keine feste Wohnung haben, die ein viel höheres Einkommen beziehen, als die Kommission ermitteln kann. Die Leute trifft ja kein Vorwurf, sie brauchen sich ja nicht einzuschämen. Der Magistrat hätte also keine Veranlassung, sich einfach zu bengen, und bedauerlich ist es, daß er jeden Konner mit der Versammlung vermindern hat.

Stadts. Werner: Den Ausdruck „Spionendienste“ kann ich mir nicht aneignen, wenn ich auch meinerseits ebenfalls die Aufforderung, Lohnlisten einzureichen, abgelehnt habe. Die gerechtere Heranziehung derer, die ein Einkommen von 1500—3000 M. haben, zur Steuerleistung, hat ja auch Kollege Singer als eine begründete Forderung anerkannt.

Damit schließt die Besprechung. Die Versammlung nimmt von der Petition Kenntnis.

Schluß 1/8 Uhr.

Ein Gemeindevorstand in Baden. In Lahr erlangten unsere Genossen am Montag bei den Vorkauschuwahlen einen erfreulichen Sieg. Auf ihren Vorschlag, der auch einige Zentrumskräfte enthielt, enthielt 200 bis 220 Stimmen, während die Stimmzahl der Nationalliberalen größtenteils dahinter zurückblieb. So kam es, daß 13 auf unserem Vorschlag enthaltene Namen durchdrangen, während die Liberalen bloß 5 Kandidaten durchbrachten.

Südekum-Bernhard-Braun. Die „Bremer Bürgerzeitung“ schreibt: „Der Reichstagsabgeordnete Genosse Albert Südekum bemüht sich in Nr. 23 der Braunschweigischen „Neue Gesellschaft“, uns gute Lebensart beizubringen. Es hat ihm mißfallen, daß wir schreiben, Bernhard möge sich dem Max Lorenz anschließen, innerlich verdammt seien beide offenbar. Wir hätten kein Recht so zu schreiben, meint Südekum, und er bezieht sich, unsere „Leistung“ niedriger zu hängen, damit die Kleinen von den Seinen sie studieren können. Daß wir fest überzeugt sind, wir haben es bei Bernhard nicht mit dem „guten Willen, der Sache zu dienen“, zu tun, sondern mit dem ausgemachten bösen Willen, der verhassten angeblichen „Clique“ zu schaden, das kümmert den edel denkenden Genossen Südekum ebenso wenig, als ihn die Tatsache bekümmert hat, daß Bernhard erst auf dem Wege des Interviews die Partei antriefte und sie dann in der bürgerlichen Presse belämpfte. Südekum läßt dergleichen gar nicht einmal. Wie uns doch jeder ein Vorkäuser imponiert.“

Nach mehr wie unsere Einschätzung Bernhards hat den Genossen Südekum dann unsere Bezeichnung Heinrich Brauns als „einen unbegabten Helfershelfer des Reichsverbandes“ entrüstet. Wie schmerzlich Südekum dies empfunden, wird dadurch illustriert, daß er sich die „Qualifizierung eines derartigen Antours“ erspart. Das soll natürlich die schärfste Qualifizierung sein. Sie hat uns denn auch völlig geknickt. Während er „besseres zu tun hatte“, als das Interview des „Klubs“, Redakteurs Georg Bernhard zu lesen, hat Südekum dem Braunschweiger Artikel über den „Vornwärts“ die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt und „sehr viel Sachliches“ darin gefunden. Wir sind davon überzeugt, daß das letztere zutrifft, wie wir davon überzeugt sind, daß unsere beiderseitigen Ansichten über das, was „sachlich“ ist, glücklicherweise weit auseinandergehen. Auch über „moralische Urteile“ des Heinrich Braun denken wir ganz anders als Südekum. Wie sollten wir da also übereinstimmen können? Genosse Südekum billigt uns dann eine „kindliche Naivität“ für den Fall zu, daß wir glauben sollten, die Angehörigen des Reichsverbandes „ließen sich die fastigen Worte“ entgehen, mit denen wir die „Volemie“ zu führen belieben. Wir sind gerührt von so viel Güte, erlauben uns aber dennoch schüchtern zu entgegnen: „Glaubt etwa der Genosse Südekum, seine Adolaten-Gelehrtheit, die ihn die Bernhard und Braun gleich schwachen Prinzessinnen beschämen läßt, könnte uns davon überzeugen, daß die Angehörigen des Reichsverbandes sich die neuesten Leistungen der Bernhard und Braun entgehen lassen? Dann möchten wir ihn doch aus diesen Träumereien erwecken. Was Bernhard und Braun sich leisteten, halten wir für den Ausfluß ausgesuchter Bosheit, denn man deshalb auch seitens des Parteivorstandes mit aller Schärfe begegnen sollte, eben weil wir der Ueberzeugung sind, daß unsere schlimmsten Gegner in jenen Leistungen ein gefundenes Fressen finden. Das alte Spiel“ überschrieb Genosse Südekum sein Plaidoyer zugunsten der Bernhard und Braun. In der Tat, ein altes Spiel. Was die Freunde sich leisten, das läßt man nicht oder man stellt es nonchalant als die Heuchelung eines einzelnen hin, mögen diese Heuchelungen je einmal durch das Sprachrohr irgend einer „Clique“ kommen. Erfolgt dann die gebührende Antwort auf solche Heuchelungen, dann tun gewisse Leute so, als wollten sie in ethisch-ästhetische Krämpfe fallen. Wen könnte dies alte Spiel noch täuschen?“

Das „Volkblatt“ zu Bodum ist gespannt auf die Begründung des Charlottenburger Ausschließungsantrages wider Georg Bernhard und meint: „Was bis jetzt im „Vornwärts“ gegen Bernhard mitgeteilt worden ist, kann einen Ausschluß nicht rechtfertigen.“ Das „Volkblatt“ mißbilligt zwar die Ansichten und die Art des Auftretens Bernhards, glaubt aber, wenn jetzt Bernhard zu dem Glauben gekommen sei, er müsse den Parteiretter spielen, so trügen diejenigen die Schuld, die auf den harmlosen Mann solange drausgeschlagen haben, bis er zu dem Glauben an seine Bedeutung kommen mußte.“

Schließlich sagt das „Volkblatt“: „Man hat dem Genossen Bernhard ein schweres Verbrechen daraus gemacht, daß er gesagt hat, die Regierungsform oder die Staatsform sei gleichgültig. Wir erklären, daß wir diese Auffassung nicht im geringsten teilen. Aber wer Bernhard deswegen verurteilt, der hätte schon früher Veranlassung gehabt, andere, sehr angegebene und als sehr radikal geltende Parteigenossen zu verurteilen, die sich seinerzeit ganz ähnlich ausgesprochen haben.“

Das „Volkblatt“ irrt. Die Genossen Debel und Kautsky, die es meint, haben lediglich gesagt, daß die kapitalistische Republik im Punkte Sozialreform nicht notwendig der Monarchie überlegen sei, sie haben aber niemals im Traume daran gedacht, die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie gegen die Monarchie und die Forderung der sozialen Republik aufzugeben.

Vom Fortschritt der Parteipresse.

45 000 Abonnenten hat die „Leipziger Volkszeitung“ erlangt. Sie schreibt zu der Meldung:

„Genau ein Jahr ist jetzt verfloßen, daß wir unseren Lesern freudig mitteilen konnten, die „Leipziger Volkszeitung“ hat 40 000 Abonnenten. Heute können wir vor sie hinstreten und ihnen sagen: Euer Blatt hat jetzt 45 000 Leser.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ hat vielleicht den kleinsten Verbreitungsbezirk von allen deutschen Parteiblättern. In ihm gehören nur zwei Wahlkreise: Leipzig-Stadt und Land. Für die benachbarten Wahlkreise Oshab-Wurzen und Vorna-Begau haben die Leipziger Genossen ein besonderes Blatt hergestelt, die „Vollzeitung für das Rudental“, so daß also diese beiden Kreise für die „Leipziger Volkszeitung“ selber nicht in Betracht kommen. Jenwärts der nahen preussischen Grenze beginnt der Agitationsbezirk des „Dalleischen Volksblatts“, so daß auch nach dieser Seite der Verbreitung des Leipziger Parteiblatts die engsten Grenzen gezogen sind. Und trotzdem 5000 neue Abonnenten in einem Jahre! Das beweist, daß der sozialistische Gedanke um so größere Werbekraft ausübt, je schärfer und klarer er ausgesprochen wird, und daß wir nicht am Ende, sondern erst am Anfang unserer Erfolge stehen.“

Verhinderte Ehrung. Von der Essener Parteileitung wird der „Arbeiterzeitung“ zu Dortmund geschrieben: In Rothhausen verstarb unser alter Parteigenosse August Thomas. Der Vorstand der Anverwandten gestattete es leider unserer Parteiorganisation nicht, sich an der Beerdigung mit einer Kränzspende offiziell zu beteiligen. Laut Beschluß der Kreisconferenz ist denjenigen Genossen, welche im Sterbefalle nicht von der Gnade ihrer Anverwandten es abhängig machen lassen wollen, ob diese und die Beteiligung berechnen können, aufgegeben, eine letzte Willenserklärung im Parteibureau abzugeben. Wenn wir uns an der Beerdigung eines Parteigenossen offiziell beteiligen, so geschieht dies durch gleichzeitige Spendung eines Kranzes mit roter Schleife und entsprechendem kurzen Widmungsaufdruck für den verstorbenen Genossen. Vor dieser roten Farbe scheuten nun die Leute aus Elite, nicht aus christlichem Gefühl zurück, weil es nicht üblich ist, bei Beerdigungen diese Schleifenfarbe zu verwenden. Im übrigen weist der christliche Kultus beider Hauptkirchen sogar eine Vorliebe für das Decorative der roten Farbe auf. So leid es uns um unseren alten Genossen Thomas tut, ihm die letzte Ehre nicht erweisen zu können, so können wir uns doch nicht mehr der Gefahr aussetzen, in ähnlicher Weise unliebsame Szenen von den Anverwandten wohl gar am offenen Grabe aufzuführen zu lassen, wie bei anderen Sterbefällen. Obendrein setzt dann noch das Geflüster der Heilsaligen Partei ein, die dann regelmäßig den Spieß so dreht,

als seien wir die Säurenfriede, die nur wieder nach einer Gelegenheit zur Demonstration gegen die christliche Religion suchen. Möge dieser Vorfall allen Genossen wieder zur Lehre dienen, entweder sich bei ihren nächsten Angehörigen oder im Parteibureau ihre Rechte an die Partei sicher zu stellen.

Der Leipziger Arbeiterverein, der im Jahre 1879 unter den Verfolgungen des Sozialistengesetzes gegründet wurde und unter ihm den Genossen lange Zeit die einzige Stätte bot, wo sie sich treffen und ihre Gedanken austauschen konnten, wird sich am 1. April mit dem Sozialdemokratischen Verein des 12. sächsischen Reichstagswahlkreises verschmelzen. (Wir haben vor einiger Zeit bereits davon kurze Meldung gemacht.) Das Vermögen des Vereins (Bibliothek, Inventar usw.) geht an den Kreisverein über. Die von dem Verein bisher gepflegten Bildungsbestrebungen werden in erhöhtem Maße von dem neuzugründenden Allgemeinen Arbeiterbildungs-Institut gepflegt werden.

Ueber des Genossen Vollmars Befinden wird von bürgerlicher Seite aus München gemeldet: Der Reichstagsabgeordnete von Vollmar nebst Gattin ist gestern Abend 11 Uhr nach Rom und Neapel abgereist. Sein Befinden scheint noch immer unbedenklich zu sein, denn er wurde mittels Tragesessels zum Zuge gebracht.

Personalien. Zum Hilfsarbeiter im württembergischen Parteibureau zu Stuttgart ist Genosse A. Pflüger aus Kirchheim u. T. gewählt worden.

Der erste sozialdemokratische Stadtpräsident.

Fiel, 4. März. (Fig. Ver.)

Die Arbeiter sind gestern fleißig zur Urne gegangen und haben ihr Wahlrecht in der Weise, wie ihr Klasseninteresse es ihnen gebietet, ausgeübt. Aber auch die Bürgerlichen sind nicht zu Hause geblieben, sondern in Massen zur Wahlurne gepilgert. 90 Proz. der Wahlberechtigten haben ihr Stimmrecht ausgeübt, so daß eine Wahlbeteiligung stattfand, wie sie in diesem Umfang noch nicht da war. Bei 1918 sozialdemokratischen und 1745 bürgerlichen Stimmen ist unser Genosse Reimann mit einer Mehrheit von 173 Stimmen gewählt worden. Die „N. Zürch. Ztg.“ meldet gleichzeitig mit dem Wahlergebnis, daß die freisinnige Partei wahrscheinlich wegen „Unregelmäßigkeiten“ die Kassation der Wahl verlangen wird. Daß dies geschieht, ist schon möglich, denn es ist immer das letzte Rettungsmittel der Freisinnigen, wenn sie bei einer Wahl unterlegen sind. Kürzlich haben sie es auch in der Stadt Bern versucht, bei der Wahl zweier sozialdemokratischer Stadtverordneten, aber es gelang ihnen nicht, auf diesem für sie „nicht mehr ungewöhnlichen Weg“ das Wahlsiege zu ferrigieren.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die „Majestätsbeleidigungs“-Aktion gegen den „Schnupftabak“, schreibt die „Volkstimme“ zu Mannheim, zeitigt immer häßlichere Blüten. Am Montag früh war als Angeklagter (!) in der Sache vor den Untersuchungsrichter ein Mannheimer Bürger geladen, der mit der Mannheimer Aktiendruckerei, in deren Verlag der „Schnupftabak“ erscheint, nicht das mindeste zu tun hat, ja von dessen Existenz dort kein Mensch bisher auch nur eine Ahnung hatte, geschweige denn, daß ihn jemand näher kennen würde oder irgend einmal mit ihm in geschäftlichen Beziehungen gestanden hätte. Wie die Anklagebehörde dazu kam, an die Adresse dieses Mannes unter dem Pseudonym „In der Straßsacke gegen Sie und Genossen“ eine Ladung zum Verhör ergehen zu lassen, ist uns völlig unverständlich, wie so manches an dieser neuesten Staatsaktion des Herrn Staatsanwalts Junghans.

Gewerkchaftliches.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Zum Lohnkauf der Herrenhofscheider.

Die Herrenhofscheider nahmen gestern Abend in einer Mitgliederversammlung den Bericht über die gegenwärtige Situation entgegen. Sie waren so zahlreich erschienen, daß der riesige Saal der Brauerei Friedrichshain nicht Raum genug bot und schon vor 9 Uhr polizeilich abgeperrt wurde. Nach einem Referat Runges nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, in der erklärt wird, daß bis zur Erledigung der Verhandlungen mit den unorganisierten Arbeitgebern bei diesen die Arbeit nicht niedergelegt werden soll. Bei den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes dauert der Streik selbstverständlich fort.

Eingegangene Druckschriften.

Das Eheproblem und die neue fernelle Ethik. Vortrag von Sera Broch. 32 Seiten. Die erotische Strömung in der Frauenbewegung. Von Elisabeth Klehner. 30 Seiten. Verlag H. Walther, Berlin W. 50.

Lois collectivistes pour l'an 19... (Kollektivistische Gesetze fürs Jahr 19...) von Georges Dazet. Paris 1907. (Gonod u. Cie.) 322 Seiten. 3,50 Fr.

Der Kunstwart. Rundschau über Dichtung, Musik, bildende und angewandte Künste. Herausgeber Ferdinand Koenig. Verlag von Georg D. B. Callwey in München. (Wierteljährlich 3,50 M., das einzelne Heft 70 Pf.)

„Schwere Jungen“. Hans Jhan (Beilage von Hermann Seemann Nachfolger, Berlin NW. 57, Preis 1 M.)

Hardige Tierbilder. Von Wilhelm Kuhnert. Heft 1. Erscheint in 10 Heften a 2 M. Verlag M. Eidenburg, Berlin, Friedrichstr. 290.

Die jüdischen Gemeinden und Vereine in Deutschland. Preis 2 M. Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden. Erscheint monatlich. Preis pro Jahr 6 M. Verlag: Bureau für Statistik der Juden, Berlin-Galeriestr. Georg Wilhelmstr. 22.

März. Heft 5. Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: L. Thoma, D. Hoffe, H. Langen, K. Romm. Einzelheft 1,20 M. Quartal (6 Heft) 6 M. Verlag H. Langen, München.

Erhebung und Entwicklung der Moralbegriffe. Band 1. Von Prof. Dr. G. Westermann. Deutsch von L. Kautsky. 583 Seiten. Verlag Dr. H. Hinrichs in Leipzig.

Rein Alton. Ein Beitrag zur Klassenfrage von G. Westermann. Preis 1 M. Verlag E. A. Schönlank u. Sohn, Berlin W. 35.

Die Kunst zu essen. Von A. Brantsen. 22 Seiten. Verlag Ullge, Kopenhagen (H. Ullge).

Wahrer Monismus und Schein-Monismus. Von Dr. G. Loewenthal. 16 Seiten. Verlag D. Dreger, Berlin W. 57.

Der soziale Berg und die wirtschaftliche Ebene im Deutschen Reich. Von R. (S. R.). 63 Seiten. Zeitungsvertriebsanstalt Berlin SW. 13.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Soldatenmishandlung in über 1000 Fällen.

Darmstadt, 7. März. (H. G.) Heute begann vor dem Kriegsgericht der 25. Division die Verhandlung gegen den Wachtmeister Leysen aus Bughach von der zweiten Batterie des 25. Artillerieregiments, der der Soldatenmishandlung in über 1000 Fällen beschuldigt wird. Es sind 70 Zeugen geladen, die Verhandlung wird zwei Tage in Anspruch nehmen.

Das Koalitions-„Recht“ in Ungarn.

Budapest, 7. März. (H. G.) Nachdem schon seit Herbst die hiesigen Bauarbeiter ausgebeutet sind, wurden heute früh die Fachvereine der Maurer und Steinmets und der Kaffeehausbedienten auf Anordnung des Ministers des Innern behördlich aufgelöst und die Arbeiter konfisziiert. Der seit Monaten andauernde Streik der Bauarbeiter dürfte hierdurch nicht beeinflusst werden, da von den hiesigen 5000 Bauarbeitern seither schon etwa 4000 von hier aus gewandert sind.

Tabalarbeiterstreik in Italien.

Turin, 7. März. (H. G.) Das Zentralkomitee der italienischen Tabalarbeiter proklamierte vom 11. März ab den Streik in allen staatlichen Tabalfabriken.

Reichstag.

12. Sitzung vom Donnerstag, den 7. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Herr v. Stengel, Graf Posadowsky.

Auf Bebel's Platz liegt ein Strauß roter Kellen, eine Erinnerungsgabe unserer Fraktion an seine 40jährige parlamentarische Tätigkeit.

Zunächst wird auf Antrag Brandens (Pole) ein Strafverfahren gegen den Abg. v. Czernowski (Pole) wegen Uebersetzung des Vereinsgesetzes für die Dauer der Session eingestellt.

Es folgt die erste Beratung des Staatnotgesetzes für die Monate April und Mai 1907.

Schaffsekretär Herr v. Stengel: Bis Ostern hat der Reichstag nur noch zwei Arbeitstagen vor sich, und die zweite Lesung des Etats hat noch nicht begonnen. Dadurch wird ein Staatnotgesetz unabwendbar notwendig. Wir fordern darin auch einen vorläufigen Anleihekredit in Höhe von 200 Millionen Mark. Bei der ungünstigen Lage des Anleihemarktes — die Hochkonjunktur nimmt den Geldmarkt sehr hart in Anspruch — müssen wir in der Wahl des Zeitpunktes freie Hand behalten, an dem wir unsere Anleihen auf den Markt bringen wollen. Die betreffende Bestimmung des Staatnotgesetzes soll uns diese Bewegungsfreiheit schaffen.

Abg. Sped (P.): Das Staatnotgesetz bringt auch diesmal Forderungen des außerordentlichen Etats, und zwar auch erste Raten. Hoffentlich folgt man auch diesmal der Praxis aus dem Jahre 1904, wo alle diejenigen erste Forderungen, die von einer Minorität beantragt wurden, aus dem Staatnotgesetz herausgenommen und für die Beratung des Hauptetats zurückgestellt wurden. Außerordentlich wenig ist im Staatnotgesetz für die Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten eingestellt. Auf den Kopf soll die lächerliche Summe von 30 Mark entfallen. (Hört! hört! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch kein Ausgleich bei der außerordentlichen Teuerung der Lebensmittel. (Sehr richtig!) Redner beantragt die Uebersetzung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. Herr v. Nächsthosen (L.) schließt sich diesem Antrage an. Hierauf wird das Staatnotgesetz einstimmig der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die Beratung der Interpellation Dr. Koeside (L.) und Schellhorn (natl.) über die Verringerung des Weingehaltes. Beide Interpellationen fordern eine Revision des Weingehaltes vom Jahre 1901.

Staatsminister Graf Posadowsky erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Dr. Koeside-Kaiserslautern (L.) begründet seine Interpellation. Die Mischstände im Weinhandel schreien zum Himmel. Es fehlt an jeder durchgreifenden Kontrolle. Die Straffreiheit des Zudergusses öffnet den Fälschungen Tür und Tor. Der reelle Weinhandel unterliegt im großen und ganzen die Wünsche der Winger; man kann also nicht über „begehrliche Agrarier“ schelten. Der Wuchsbuch hat gezeigt, was man alles mit Wasser erreichen kann. (Heiterkeit.) Besonders in Preußen ist die Kontrolle sehr schlecht. Fast die Mehrzahl der preussischen Weinkontrollen besteht aus Apothekern. (Heiterkeit.) Ich habe die Apotheker sehr gern (Große Heiterkeit), aber daß sie sich besonders zur Weinkontrolle eignen, glaube ich nicht, wenn auch ihre Nase manchmal tief im Wein steckt. (Große Heiterkeit.) In der Rheinpfalz aber nimmt man's mit der Kontrolle Ernst. Wer gute Weine trinken will, muß in die Pfalz gehen. (Heiterkeit.) Strafen, scharfe Strafen, sehr scharfe Strafen sind nötig, um der Fälscherei ein Ende zu machen. (Sehr richtig! rechts.) Kontrollen im Hauptamt und gesetzliche Verpflichtung der Winger zur Durchführung sind unerlässliche Forderungen. Nötig ist aber auch eine schärfere und präzisere Forderung der Bestimmungen des Gesetzes. — Die traurige Lage unseres Wingerstandes schreit nach Abhilfe und des deutschen Bodens edelstes Produkt will vor Fälschungen bewahrt werden. Wir bitten die verbündeten Regierungen, nach in dieser Session eine Novelle zum Weingehaltes vorzulegen. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Schellhorn (natl.) begründet die zweite Weininterpellation. Die unlautere Konkurrenz der Weinfälscher hat eine fortschreitende Verarmung der Wingerbevölkerung im Gefolge. Das Weingehaltes von 1901 bedeutet ein Kompromiß, dessen unpräzise Bestimmungen zu Umgehungen verleiten. Die Folge davon ist, daß heute die Winger bei aus Doppelt gestiegenen Kosten nur noch die halben Preise beziehen. Dem kann nur durch allgemeine Einführung von soliden Kontrollen abgeholfen werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Solche Fälle, wie sie die Interpellanten rügen, kommen nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern vor. Fast dieselben Reden, die wir jetzt gehört haben, wurden neulich in der französischen Kammer gehalten. Das Weingehaltes von 1901 war ja ein Kompromiß und hat als solches alle Parteien befriedigt. Wenn dieses Gesetz nicht so gewirkt hat, wie es wirken sollte, so lag die Schuld nur an der Durchführung. Man kann mit guten Gesetzen sehr Verheerendes ausrichten und umgekehrt. Das Weinparlament hat eine obligatorische Nachkontrolle gefordert, die ebenso durch ein Weingehaltes durch einen Anhang zum Lebensmittelgesetz eingeführt werden könnte. Diese Kontrolle würde sich empfehlen, wenn die Wucher so eingerichtet werden, daß sie von jedem Winger geführt werden können. Die Einschränkung des jetzt erlaubten Zudergusses von 25—30 Proz. wurde bereits bei der früheren Beratung des Gesetzes bekämpft, weil sich die Analyse des Zudergusses schwer durchzuführen läßt und weil außerdem die absolute Festsetzung eines Maximums zur Folge hätte, daß immer bis an diese Grenze herangeht. Die heutigen Bestimmungen lassen für eine Veranschlagung der Sorten und Marken viel mehr Spielraum übrig. Man hat auch vorgeschlagen, den Zuderguss zu gestatten und nur eine Deklarationspflicht hierfür einzuführen. Wir haben einmal in Deutschland manche saure Weine, die absolut eines Zusatzes bedürfen. Bezüglich der Weinkontrolle liegt bereits eine Anregung der badischen Regierung auf Durchführung der Kontrolle nach gemeinsamen Grundsätzen vor, die der preussischen Regierung übermittelte ist und eine gesetzgeberische Aktion vielleicht entbehrlich machen dürfte. Notwendig ist also nur die allgemeine Einführung wirtschaftlich unabhängiger und sachverständiger Kontrollen. Im übrigen wird an eine reichsgesetzliche Regelung der gesamten Lebensmittelkontrolle gedacht werden müssen, wie sie die 10 des Weingehaltes bereits vorsieht. Die Wünsche des sauberen Weinparlamentes sind übrigens dem Bundesrat bereits übermittelt. Ich möchte daran noch die allgemeine Bemerkung knüpfen, daß es sich angeht, der in der letzten Zeit wiederholt vorgekommenen gefährlichen Fälschungen vielleicht entgegen zu treten, und eventuell sogar ihre gänzliche Abschaffung und Erziehung durch Freiheitsstrafen in Erwägung zu ziehen. (Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Normann (L.) wird in die sofortige Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Schüler (P.): Der Schatz der Winger bedeutet zugleich den Schatz der Konsumenten. Wir verlangen schärfere Kontrolle, damit die Fälscher nicht durch die Raffinesse des Gesetzes hindurch schlüpfen können. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Deshalb begrüßen wir auch die Inanspruchnahme der schärfsten Strafbestimmungen. Der Wingerstand bedarf dringend des Schutzes. Wenn der Kunstwein dem Naturwein wirklich nicht

nachsteht, wozu dann das Versteckspiel hinter diesem? Es muß eine Deklarationspflicht für Kunstwein statuiert werden, die Einführung von Marken, die mit dem Naturwein nichts zu tun haben. Darum muß die Regierung sobald als möglich einen Gesetzentwurf einbringen, der für alle berechtigten Klagen Abhilfe schafft. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Blantzenhorn (natl.): Die Lage des Weinbaues verschlechtert sich von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1905 war der Weinbau in Baden geradezu ins Stoen geraten. Allerdings geht nicht bloß der Weinkonsum, sondern auch der Bierkonsum zurück, sogar in München. Andererseits wird sehr schlechter Wein aus dem Ausland eingeführt, wo die Verhältnisse gar nicht besser liegen als bei uns. So ist z. B. festgestellt, daß sogar aus Paris mehr Wein ausgeführt als dorthin eingeführt wird. Die Weinproduktion verträgt keine Weinsteuer und ebensowenig der Konsum. Statt der vom Abg. Camp wiederholt angeregten Reichsweinsteuerveränderung eine Steuer auf Mineralwasser und isohlen-saure Getränke empfehlen. Die reichsgesetzliche Regelung der gesamten Nahrungsmittelkontrolle wäre der beste Weg auch zur Durchführung der Weinkontrolle. Nur wenn wir diese allgemeine Regelung bekommen, müssen wir uns mit dem Notbehelf der Verhängung zwischen den Einzelstaaten über die Einführung sachverständiger Weinkontrollen vorläufig begnügen.

Abg. Ehrhart (Soz.): Einer der Vorredner hat ausgeführt, es sei über die Weinfrage schon sehr viel gesprochen worden. Ich bin der Meinung, daß gar nicht genug darüber gesprochen werden kann. Aus den Worten des Staatssekretärs war zu entnehmen, daß auch er zwar von der Notwendigkeit einer Revision des Weingehaltes überzeugt ist, daß wir aber noch lange auf eine Verringerung des Gehaltes warten müssen. Der Dr. Koeside hat die Frage der Revision des Weingehaltes zu einer Frage des Bundes der Landwirte gemacht. (Sehr richtig!) Herr Dr. Koeside hat mehrere Jahre dem Haupte nicht angehört, sonst hätte er erfahren können, daß hier auch während seiner Abwesenheit die Interessen der Winger durchaus vertreten wurden. Ich lege Verwahrung dagegen ein, daß Dr. Koeside diese Frage mit den Agrarrollen in Verbindung gebracht hat. Es handelt sich hier um die wirklich Leidenden, um die kleinen Winger. Die kapitalistischen Weinbauern leiden nicht. Dr. Koeside hat in einer Art Weisheit für die Pfälzer Weine gemacht, daß wir Pfälzer ihm nur danken können. (Heiterkeit.) Der Bund der Landwirte hat aber auch schon anders gekonnt. So hat unser früherer Kollege Schrempf die Pfälzer als die größten Schmierer bezeichnet. Es ist ja erfreulich, daß Herr Koeside heute diesen Vorwurf seines Parteifreundes in so glänzender Weise zurückgewiesen hat. (Heiterkeit.) Ich freue mich auch darüber, daß Herr Dr. Koeside sich für die Kellerkontrolle ausgesprochen hat. Er hat sich damit in einen erfreulichen Gegensatz zu seinem Parteigenossen Lude gestellt, der bisher immer fürchtbare Angst vor der Kellerkontrolle hatte. Dr. Koeside hat hier eine Anzahl Rezepte zum besten gegeben, wie Wein gemacht wird. Hoffentlich gelangen dieselben nicht in Östereichen in Anwendung. (Heiterkeit.) Der zweite Interpellant hat davon gesprochen, daß der erste Schritt zur Revision eines Weingehaltes durch das Weinparlament getan sei. Nach der Antwort des Grafen Posadowsky wird er wohl weniger erbaudt gewesen sein von diesem Parlament. Es ist nicht zu bestreiten, daß das Weingehaltes Schiffbruch gelitten hat. Das wird nicht nur von allen Parteien anerkannt, sondern auch der Staatssekretär hat dem Ausdruck verliehen. Er sagte, man könnte es durch einen Zusatz ändern. Ueberhaupt war seine Rede ganz dazu angetan, die Notwendigkeit darzutun, daß es etwas geschehen muß. Im Vorjahre stand hier ein Antrag Baumann zur Verhandlung, der im wesentlichen dasselbe forderte, wie die heutigen Interpellationen. Die Antwort auf diesen einstimmig angenommenen Antrag war die Erklärung der Regierung, daß sie ein Weinparlament einberufen werde. Der Erfolg dieses Weinparlamentes, das im November vorigen Jahres getagt hat, war ein negativer, es konnte keine Einigung erzielt werden. Nun sagt Graf Posadowsky mit Recht, es sei schwer, in solch tiefgehenden wirtschaftlichen Fragen eine Einigung zu erzielen. Aber daß hier eine Einigung nicht erzielt wurde, dafür hat die Regierung schon im voraus durch die Art der Einberufung des Parlamentes gesorgt. Leute, die herlich wenig vom praktischen Weinbau verstehen, wurden eingeladen, während die kleinen Winger mit verschwindenden Ausnahmen nicht berücksichtigt wurden. Selbst Herr Dr. Koeside, der sich anbot, die Interessen der kleinen Winger zu vertreten, wurde abgewiesen. (Hört! hört!) Die Verhandlungen des Weinparlamentes waren geheim. Den Teilnehmern wurde ein Schweigegebot auferlegt; dabei wäre es doch viel angebrachter gewesen, öffentlich zu verhandeln. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Einberufung dieses Reichstages hat nun einen Wollenbruch von Anträgen auch zur Weinfrage zur Folge gehabt. Außer den beiden Interpellationen ist bereits eine ganze Reihe von Anträgen eingebracht, die erst bei späteren Gelegenheiten verhandelt werden sollen. Unter den Antragstellern befindet sich sonderbarerweise auch mein verehrter Landsmann Stauffer, der jetzt auf einmal in einer antisemitischen Umgebung erscheint. Es ist allseitig anerkannt worden, daß die Pfalz eine musterhafte Kontrolle besitzt. Darauf ist ja auch die große Zahl der Weinfälschungsprozesse gerade in der Pfalz zurückzuführen. Ohne eine solche strenge Veruskontrolle würde die Zahl der Prozesse viel geringer sein, und vielleicht hätten wir in der Pfalz dann die wenigsten Prozesse von allen Weingebieten. Das schäbigste ist, daß die Kontarzen solche Prozesse in unlauterer Weise auszunutzen sucht. Die pfälzer Veruskontrollen sind nicht auf Rosen gebettet. Obwohl sie allgemein als tüchtige Beamte bekannt sind, werden sie gerade von einem Teile der Weininteressenten in einer Art und Weise herabgewürdigt und denunziert, daß man es kaum für möglich halten sollte. Das Vertrauen zu den Pfälzer Weinen hat sich wegen der strengeren Kontrolle wesentlich gesteigert. Die Kontrolle in Preußen wird für ausgezeichnet erklärt, in Wirklichkeit bietet sie fast gar keinen Vorteil, außer für die Regierung, der sie fast gar nichts kostet. Im vorigen Jahre wurde hier eine herbe Kritik an dieser Kontrolle geübt. Die Interessenten haben darauf Konferenzen abgehalten und sich gegen die Beschuldigungen, die hier gegen sie erhoben sind, beschwert.

Graf Posadowsky hat gestern gesagt, er sei ein Minister von sozialem Empfinden; hier hätte er Gelegenheit, es zu zeigen. Gewiß gebe ich zu, daß eine wirkliche Kontrolle Preußen mehr kostet als der gegenwärtige Zustand. Soll das Gesetz nicht ein toter Buchstabe sein, so muß die Kontrolle auch durchgeführt werden. In letzter Zeit sind manche Vorschläge für ihre Durchführung gekommen, so die Abgrenzung der Weingebiete. Aber der sogenannte ehrsame Handel würde auch diese durchbrechen. Ich glaube, die Kontrolle des Weinhandels müßte eine noch weitergehendere sein, als das Zentrum verlangt. Wer ein klein wenig vom Wein versteht, begegnet selbst in guten Restaurants zuweilen einem Getränk, das nicht in geringster Verbindung mit dem eigentlichen Weine steht. Gewiß soll man nicht alles unter polizeiliches Kuratel stellen, es genügt, daß ab und zu Weinproben entnommen werden. Die Fälschungen greifen in immer stärkerer Maße um sich, es gibt ganze Gemeinden, in welchen diejenigen, welche Fälscher denunzieren, geradezu in die Wut erklärt werden. Bei jedem Weinprozeß machen wir die Wahrnehmung, daß die Wucher gefällig sind. Auch der Handel mit Chemikalien müßte so geführt sein, daß er dem Kontrollen ersichtlich ist. So werden die giftigen Zusätze, deren Verkauf gesetzlich verboten ist, beim Wein-fälschen benutzt, ohne daß man weiß, woher sie kommen. Das schlimmste sind die niedrigen Strafen. So wurde ein Weinhändler vom Gericht in Mainz wegen grober Weinfälschung mit zwei Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldbuße bestraft. Die zwei

Monate Gefängnis wurden aber im Gnadenwege in 100 M. Geldstrafe umgewandelt! In einem Falle wurde ein Chemiker als Sachverständiger vorgeschlagen. Das Gericht lehnte ihn aber ab, weil er selbst in Untersuchungshaft wegen Weinfälschung saß! Nun wurde ein zweiter Chemiker vorgeschlagen, aber auch hier mußte das Gericht ihn ablehnen, weil er wegen Begünstigung von Weinfälschungen im Gefängnis saß! (Heiterkeit.) Tatsächlich finden wir unter den Wein-Chemikern eine ganze Anzahl sehr verdächtiger Elemente, von denen man sagen muß: die Fehler müßten ebenso bestraft werden wie die Täter. Würde man die Prozesse in die Öffentlichkeit bringen, die Fälscher an den Pfahl stellen, so würde das jedenfalls etwas erfolgreicher sein. Der Kollege Stauffer hat im vorigen Jahre hier einen Fall aus Müdesheim angeführt. Wie ist er nicht in der Presse verzerrt worden! So sollte er Müdesheim mit Müdesheim verwechselt haben. Infolge jenes Falles spielt jetzt ein Prozeß. Angeklagt sind dort ein Kellermeister und ein paar Beamte. Das sind aber nicht die eigentlichen Schuldigen. Die Unternehmerin ist eine Aktiengesellschaft. Die Herren haben 1300000 M. zusammengeschossen und dies Kapital rentiert sich ganz ausgezeichnet. Die Herren sitzen in Arcunach, und ganz arme Teufel werden prozessiert! Von dem Urteil werden wir ja noch hören. Aber heute schon kann aus den Anklageakten festgestellt werden, daß die Manipulationen der Gesellschaft ganz ungeheurer Art gewesen sind. Aber man sieht daraus, wie die den Herren gefügige Presse bestrebt ist, die Tatsachen zu verschleiern. Insofern Erachtens liegt der Schwerpunkt in der räumlichen und zeitlichen Begrenzung des Zudergusses. Gewiß ist die Zudering notwendig. Bei einer Reihe von Weinbaugebieten kann es ohne Zudering nicht abgehen. Aber tatsächlich werden zurzeit die Säuerlinge von Weinen gesucht, nicht um sie zu veredeln und mündigere zu machen, sondern um mit ihnen recht gründlich freuden zu können. Man macht aus diesen an Essig grenzenden Gewässern „analysenreife Naturweine“. Von Vorrednern ist schon hervorgehoben, daß dem Wein durch Lagern die Säure genommen werden kann. Wir wollen sehen, inwieweit sich die Regierung diese Entscheidung zuzumutet. Das Vorkommen bezweckt nur die Bereicherung auf Kosten der Konsumenten und ruiniert die Winger. Wir finden im Lande wahre Schandpreise für den Wein, wobei ganz notwendigerweise die Konsumenten betrogen, zum Teil sogar an ihrer Gesundheit geschädigt werden. Ich habe hier eine Reihe von Zeitungen, welche Weinprodukte zu solchen Schandpreisen anpreisen; eins ist darunter, das zweifellos auch den Herrn Kollegen Koeside interessieren wird, die „Pfälzische Tageszeitung“, die ja sein eigenes Organ ist. Auch sie bringt solche Preisangebote, unter anderem preist sie auch „Portugiesischen Hauswein“ an. Hauswein ist eigentlich im Gesetz verboten, und er kann wohl nur durch ein Mißverständnis in das agrarische Blatt hineingekommen sein. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Dester schon ist konstatiert worden, daß Weine für 200 Mark vom Winger gekauft wurden, die nachher zum Preise von 240 Mark auf den Markt gebracht wurden! Kamentlich gilt das von den geringeren Weinen, die vom Mittelstand und den Arbeitern getrunken werden. Die Edelmarken sind geschätzt. Für die Produzenten derselben steigen die Preise und sie machen ein außerordentlich gutes Geschäft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für die kleinen kommt in der Pfalz noch das Glend der Rührernte in Betracht.

Die Forderungen haben sich endlich auf die bekannnten vier Punkte verdichtet. Wenn es aber einmal zu einer Vorlage der Regierung kommt, so erscheint es mir noch sehr fraglich, ob dann die Majorität für die vier Forderungen des Zentrums noch zu haben sein wird. Es gibt unter den jetzigen Schreibern eine ganze Anzahl, die sich nur nach außenhin mit dem Mantel der Ehrlichkeit schmücken wollen und nur deshalb für diese vier Forderungen stimmen. Das alte Weingehaltes wird keineswegs in der Weise durchgeführt, wie es durchgeführt werden müßte. Der Staatssekretär hat uns da auf die Bundesstaaten verwiesen. Nun, im Bundesstaat Preußen wird das Gesetz nicht so durchgeführt, wie es nötig ist. Ich kann mir nicht denken, daß der Staatssekretär des Zentrums gerade auf Preußen ganz ohne Einfluß sein sollte. Wird in Preußen das Gesetz vernünftig und ehrlich durchgeführt, so wird das jedenfalls auch die anderen Staaten dazu ermuntern.

Die Stellung meiner Fraktion zu den vorgelegten Punkten habe ich schon im vorigen Jahre dargelegt. Der Konsument muß zuerst geschützt werden, damit er nicht Surrogate statt reiner Genussmittel für sein Geld erhält. Darüber vergessen wir nicht, auch die kleinen Winger zu schützen. Es ist unrecht, wenn das gefälschte Zeug auf den Markt kommt und die Ware des Wingers liegen bleibt. Wir haben uns also schon im vorigen Jahre für die Weinkontrolle erklärt. Dann werden wir dafür nicht ernten; denn den verschiedenen Ordnungsparteien ist es unangenehm, daß wir überhaupt dafür eintreten. Kamentlich in den Weingebieten wird die Weinfälschung, der wir angeblich nicht steuern wollen, als Kopanz gegen die Sozialdemokraten benutzt. Auch bei den letzten Wahlen hat man auf die Sozialdemokraten als auf die Weinfälscher gezeigt. Nun, ich kenne meine Kollegen recht gut, ich finde keinen dahinter, der jemals Weine gefälscht hat. Aber unter den übrigen Parteien — die Anwesenden selbstverständlich ausgenommen — (Heiterkeit.) — da fenne ich eine ganze Reihe Ihres Kameraden, die auch bei der Wahl eine Rolle gespielt haben und nicht nötig hätten, mit Fingern auf uns Sozialdemokraten als Weinfälscher zu zeigen. Es ist eben eine Tatsache, daß die Hauptfälscher der bestehenden Klasse angehören, daß sie von ihrem kapitalistischen Sinne dazu getrieben sind, die heilige Ordnung, alles Gesetz, alle Ehrlichkeit dreingeben, nur um sich zu bereichern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Hört! rechts.) Gerade bei der letzten Wahl haben sie sich als die Ehrlichen hingestellt und uns als Fälscher bezeichnet. Herr Kollege Schellhorn wird mir das gewiß bestätigen. (Zurufe.) Wir sind auch heute dafür, daß die Kontrolle durch im Hauptamt besoldete Kontrollen gesehe. Ferner sind wir für die Einrichtung von Lagerbüchern und zwar von solchen, daß sie auch den Kontrollen verständlich sind. Ferner sind wir für zeitige und räumliche Begrenzung des Zudergusses und selbst für den Deklarationszwang, wenn uns ein gangbarer Weg dafür gezeigt wird. Wir sind auch bereit, bei einer druckbaren Revision des Gesetzes mitzuhelfen und fragen gar nichts danach, wenn Sie uns bis dahin weiter beschuldigen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nun noch eine kurze persönliche Bemerkung. Im vorigen Jahre habe ich auch eine Hamburger Firma — der Name ist Durlacher — als eine solche bezeichnet, die aus Deutschland eben wechselnde Weine beziehe, um sie in Hamburg wieder gesund zu machen. Die Firma hat mir mitgeteilt, daß ich mich im Irrtum befinde. Ich bin der Sache nachgegangen und konstatierte, daß mein Gewährsmann sich geirrt hat. Damit fallen auch meine daran geknüpften Schlussfolgerungen fort. Ich halte es für eine Ehrenpflicht, das hier zu erklären. (Bravo!) Weiter habe ich damals gesagt, an der Pfalz sei ein Hauptabgabegbiet für die veräfferten Weine. Darüber hat sich in einem Teil der Weinfachpresse und der mit ihr mehr oder weniger verbundenen interessierten bürgerlichen Presse große Enttäuschung erhoben. Ich wurde geradezu als Verleumder bezeichnet, der noch auf andere Weise gefaßt werden sollte. Nun, es sind ja wohl Herren von der Pfalz hier. Die Namen der Firmen will ich hier nicht öffentlich nennen, bin aber bereit, ihnen mit Material an die Hand zu gehen. Wenn Sie also Lust dazu haben, reden Sie, ich werde Ihnen recht gerne folgen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dejer (Ldd. P.): Wir lehnen es ab, schon jetzt an eine Verringerung des Weingehaltes heranzutreten. Eine gute Kontrolle ist das einzig Wirksame. Unser früherer Fraktionskollege Sartorius hat gar nicht so viel Wein gefälscht, wie ihm nachgesagt wird. Das Gericht hat ihn viel milder beurteilt als die öffentliche Meinung.

Abg. Stauffer (P. d. L.) verlangt eine Verschärfung des Weingehaltes. Nach der Statistik müsse man annehmen, daß jährlich

268 000 Fuder gefälschten Weines in Deutschland in den Handel gebracht werden.

Ges. Rat Schr. von Stein weist einige Wünsche des Vordredners als übertrieben zurück.

Hierauf verlagte sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. (2. Beratung des kolonialen Nachtragsetats; Rechnungssachen.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung Donnerstag, den 7. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Breitenbach.

Der Platz des Abg. Dr. Müller-Sagan ist aus Anlaß seines 50. Geburtstages mit einem schönen Blumenstrauß geschmückt.

Die allgemeine Besprechung über den Etat der Eisenbahnverwaltung wird fortgesetzt.

Abg. Schmedding (Z.) begrüßt die neuen Organisationsvorschläge, die einen weiten Blick zeigen. Bedauerlicherweise leide der Etat an einer gewissen Unübersichtlichkeit.

Regierungskommissar Geheimrat Reichhoff betont, daß die Grundzüge, nach denen der Etat im einzelnen aufgestellt ist, vor 12 Jahren mit dem Hause vereinbart seien.

Abg. Dr. Volk (natl.): Das Hauptübel unseres Eisenbahnwesens ist, daß die Eisenbahnen nicht Selbstzweck sind, wie ein anderes wirtschaftliches Unternehmen, sondern daß sie für allgemeine Staatszwecke 200 Millionen abgeben müssen, die also eine ungeheure Verkehrssteuer darstellen.

Abg. v. Pappenheim (L.): Ich wollte mir händen so, daß der Staat die Einnahmen der Eisenbahn nicht brauchte. Das ist aber nicht der Fall. Der Vordredner hätte dies bei seinen Klagen über den Wagenmangel berücksichtigen sollen. Da kann man doch nicht von einer Ueberduperwaltung sprechen.

Minister Breitenbach: So wenig ich im allgemeinen anerkenne, daß Klagen berechtigt sind, so gern gebe ich zu, daß an bestimmten Stellen Mängel vorhanden sind, die gedeckt werden können, und es will mir nicht ganz ungewöhnlich erscheinen, ob wir zur Deckung dieser Mängel mit dem bisherigen System durchkommen; es wird der Fall eintreten können, daß wir zeitweilig zu Anleihen greifen müssen.

Abg. Reibel (L.) bemängelt die Heizungs- und Abortverhältnisse auf den Nebenbahnen.

Abg. Münsterberg (fr. Vgg.) erklärt sich im Interesse der Offiziere mit der jetzigen planmäßigen Regelung der Tarife zufrieden.

Abg. Sorber (fr.) bittet, die Schaffung von Anschlußgleisen zu erleichtern.

Abg. Reinhard (Z.) fragt über die Nachteile, die dem inländischen Großhandel durch die Ausnahmetarife nach den Seehäfen entstünden.

Minister Breitenbach erklärt, eine Beseitigung dieser Ausnahmetarife für ausgeschlossen. Ein Ausgleich werde aber erzwungen.

Abg. Fritsch (natl.): Bei den Gütertarifen, abgesehen von den Ausnahmetarifen, ist leider eine gewisse Stagnation eingetreten. Der Minister bezweckt offenbar bei den Ausnahmetarifen eine gewisse Einseitigkeit durchzuführen. Dem können wir nur zustimmen.

Abg. Dr. Dahlem (Z.): Die Eisenbahnverwaltung könnte mit Leichtigkeit noch Millionen gewinnen. Durch eine andere Tarifpolitik könnte der ganze Güterverkehr aus Ludwigsburg nach Antwerpen, der jetzt über Belgien geht, über deutsche Bahnen und über Schiffe geleitet werden. Das sollte im Ministerium ernstlich erwogen werden. In den Berichten der Bahnverwaltung wird auf die vielen Wohlfahrtsmaßnahmen zugunsten der Arbeiter und Beamten verwiesen. Demgegenüber weise ich darauf hin, daß die Unterlebensräume für das dienstfreie Personal geradezu menschenunwürdig sind. Hinweisen muß ich ferner darauf, daß die Sonntagstrabe ganz ungenügend ist; es gibt Beamte, die 14 Wochen lang keine Sonntagstrabe haben. (Wovul im Zentrum.)

Abg. Meyer-Diebold (natl.): Die bestehenden Ausnahmetarife nach den Seehäfen kommen vielfach den nichtpreussischen Interessenten auf Kosten der preussischen zugute; das sollte beseitigt werden.

Abg. Dr. Lotz (natl.) bittet den Minister, wohlwollend zu prüfen, ob nicht für die Steine aus dem Westerwald nach den Rheinischen Ausnahmetarife gewährt werden können.

Abg. Dr. v. Wittiger (natl.) bittet den Minister um bessere Ausgestaltung der Durchgangswagen.

Minister Breitenbach erwidert eingehend auf die vorgebrachten Wünsche, bleibt aber auf der Tribüne fast unverständlich.

Abg. Straßer (L.) bespricht

die Verhältnisse auf der Berliner Stadtbahn.

Es würden oft 24 Personen in ein Abteil geföhren, das nur für 8 Personen bestimmt sei! Man solle doch daran denken, daß einmal ein Unglücksfall eintreten könne. Man solle auch den Vorortverkehr nicht auf Berlin beschränken, sondern auf andere Städte, namentlich Breslau, ausdehnen.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Seyditz (L.) und Bieschke (Z.) angenommen.

Das Haus verlagte die Weiterberatung des Eisenbahnetats auf Freitag 11 Uhr.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.

(Sitzung vom 7. März.)

Die Beratung beginnt mit dem Auswärtigen Amt. Der Kommission sind zur Vorbereitung neu unterbreitet die Anforderung für einen neuen Direktor im Auswärtigen Amt und eine Anzahl Konsulate. Der Direktor wird genehmigt mit 28 200 M. Der Votschafter in Washington (Spezial) bekommt 20 000 M. Zulage, sein Votschaftssekretär 2500 M. Bei dieser Gelegenheit kommt die Frage eines deutsch-amerikanischen Handelsvertrages zur Sprache; ein Regierungsvertreter erklärt, daß Unterhandlungen im Gange seien und daß die Hoffnung bestehe, bald etwas Gedächliches zustande zu bringen. Singer verlangt hierbei, daß der Wirtschaftliche Ausschuss jedenfalls so zeitig über den Entwurf des Abkommens gebürt wird, daß er noch Einfluß auf seine Gestaltung nehmen kann. Außerdem kritisiert Singer, daß kein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion zu dem Wirtschaftlichen Ausschuss zugezogen wurde.

Nunmehr werden neu genehmigt ein Konsul in Bagdad mit 18 000 M. und ein Konsul in Fez mit 18 500 M. Hierbei fragt Sadekm an, in welcher Eigenschaft die beiden deutschen Offiziere nach Kamerun gegangen sind. Der Staatssekretär erklärt, daß sie als Ingenieure des Sultans von Marokko dort eingetreten sind. Auf andere Fragen wird erklärt, daß Deutschland Anteil an der Volksgewalt habe und sich den Einfluß wahre werde.

Es werden ferner neue Konsulate genehmigt in der Mandschurei, Onitza und Kania mit insgesamt 71 000 M. Für Vermehrung der Diäten und sachlichen Ausgaben werden noch 100 000 M. bewilligt. Ein Militärbevollmächtigter und Attaché werden insgesamt 58 000 M. Zulagen gewährt. Die Zulagen werden mit den teuren Lebensverhältnissen begründet. Die Gesundheitsfraktion in Peking bekommt eine Sommerwohnung für 7-8000 M., die Gesundheitsfraktion in Tokio Neubauten für 200 000 M. und die Gesundheitsfraktion in Ahsa Beda ein neues Gebäude für 180 000 M.

Kreuzt will den Nachfristendienst mit dem Auslande von der Regierung eingerichtete wissen, damit man unabhängig von den ausländischen Nachfristbüros, insbesondere von dem deutschfeindlichen Reuter-Bureau werde. Die Regierung will das tun, aber es seien große Schwierigkeiten zu überwinden. Wadnide will Auskunft über die Haager Friedenskonferenz. Der Staatssekretär teilt mit, daß die Konferenz auf Grund eines eingehend ausgearbeiteten Programms der russischen Regierung stattfindet und die deutsche Regierung sich beteiligt. Auf weiteres Verlangen teilt der Staatssekretär, daß die Abrüstungsfrage auf der Haager Konferenz nicht behandelt werde. Singer fragt an, wie es mit der Rikhandlung Fremder in Odeffa durch die russische Verwaltung stehe und ob in Zukunft für Schutz gesorgt ist. Der Staatssekretär weiß von der Sache nichts, aber die russische Regierung habe auf Ansuchen des deutschen Konsuls Schutz der Deutschen angefragt. Nummer wird in die Beratung des Postetats eingetreten. Die Einnahmen betragen rund 610 Millionen, 58 1/2 Millionen mehr als im Vorjahre. 55 Millionen der Mehreinnahmen entfallen auf Porto und Telegraphengebühren. Müller-Gulda fragt, ob Schritte getan sind, um die Postfreiheit der fürstlichen Verwaltungen zu beseitigen. Kraetzle verteidigt die Postfreiheit der Fürsten, aber sie solle nicht auf die gewerblichen Betriebe der Verwaltung ausgedehnt werden.

Auf eine andere Frage, welches die Ergebnisse der Ortsportoerhöhung sind, teilt Kraetzle mit, daß die Zahl der Sendungen zurückgegangen ist, statt des Voranschlags von 10 Millionen betrage die Einnahme nur zick 5 Millionen. Auch hätte die Telephonbenutzung zugenommen. Singer stellt fest, daß die erwartete Einnahmehöherung um 5 Millionen, also um die Hälfte unter dem Aufschlag zurückbleibt. Außerdem erhöhen sich die Verwaltungskosten durch die stärkere Benutzung des Telephons, was auch in Rechnung zu setzen ist. Singer kritisiert dann die Maßregel als außerordentlichen Schaden für Geschäftswelt und Private und behält sich weiteres für das Vlenum vor. Unschlüssig der Postfreiheit der Fürsten verlangt Singer eine Änderung des bestehenden Gesetzes, denn diese Postfreiheit sei in keiner Weise berechtigt. Die alte sozialdemokratische Forderung, im Paletverlebe das Bestellgeld aufzuheben, nahm diesmal Arbeiter auf. Kraetzle ist ein Freund dieser Vereinfachung, aber es würde eine Portoerhöhung notwendig sein, da das Bestellgeld 18 Millionen einbringt. Gegen Kraetzle, der ebenfalls der Meinung ist, daß die Ortsportoerhöhung das Telefon ohne Nutzen für die Volkswirtschaft besetze, stellt Kraetzle fest, daß er diese Erhöhung nicht angeregt habe (Präsidentenrat; Rationalisierer), er sei im Gegenteil ein scharfer Gegner derselben gewesen. Ein Vordredner gibt nach an, daß die etatsmäßige Einnahmehöherung infolge der Ortsportoerhöhung 68 Millionen betrage, was Arendt zu der Bemerkung veranlaßt, die Ortsportoerhöhung habe zu einem vollständigen Fiasko geführt.

Es entspinnt sich nun eine lebhafteste Debatte über die Telephonrichtung und die Vereinfachung des Telephondienstes, wobei der Wunsch Erdbergers, die Telephongebühren in den Städten zugunsten des ländlichen Landes zu erhöhen, fast allgemein abgelehnt wurde. Ein Vertreter der Postverwaltung gibt näheren Aufschluß über die neuen Einrichtungen beim Telephondienst, wobei er mitteilt, daß seit 1901 46 Beamten infolge Verlegung durch elektrischen Strom dauernd dienstunfähig geworden seien. In einem Jahre erkrankten 54. Deshalb seien hier weitgehende Reformen im Gange.

Kopsh will alle Bemühungen auf Aufhebung der Ortsportoerhöhung unterstützen und spricht sich gegen die Postfreiheit der Fürsten aus. Sadekm tritt dem Wunsch Kraetzles entgegen, die Verantwortung für die Ortsportoerhöhung von sich abzuwälzen, er habe doch sicher um die Abschaffung geworht und jedenfalls die Not genommen, wenn er nicht zugestimmt hätte. Mit Nachdruck verlangt Redner nun die Beseitigung der Bestellgebühr. In Württemberg gibt es die Bestellgebühr nicht. Weiter kritisiert er die Einrichtung der Porto-Averiums, welche die Behörden haben, es werde viel Mißbrauch damit getrieben.

Die Sitzung wird hier abgebrochen. Morgen Fortsetzung.

Arbeiterstatistik in Rußland.

Nachdem der Ministerpräsident und Minister des Innern, Stolypin, angeregt hat, daß sich der russische Ministerrat nunmehr auch mit der Lösung der Arbeiterfrage beschäftigen soll, ist diesem vom statistischen Zentralamt die nachfolgende interessante Arbeiterstatistik unterbreitet worden. Aus ihr geht hervor, daß die Gesamtzahl aller Arbeiter und Dienstboten in den verschiedenen Gewerben und im Privatdienst zur Zeit der letzten Volkszählung 9 158 080 Personen betrug, was 27,7 Proz. der Gesamtzahl der in der Industrie tätigen Personen ausmacht. Die Gesamtzahl der arbeitenden Klasse setzt sich aus 7 042 959 Arbeitern und 2 115 121 Dienstboten zusammen.

Nach der Art der Beschäftigung verteilen sich die Arbeiter in folgende Gruppen: Landwirtschaft einschließlich Viehzucht, Forstwirtschaft, Fischfang usw. 2 722 890 Personen (darunter 1 909 717 Männer); Bergbau, Fabrik- und Handwerksbetriebe 2 390 776 Personen (darunter 2 018 506 Männer); Verkehrswesen 395 018 (850 948 Männer); Handel 255 047 Personen (darunter 212 625 Männer); Tagelöhner und Lastträger 1 095 694 Personen (800 651 Männer). Was die Fabrikarbeiter betrifft, so verteilen sie sich auf die verschiedenen Gewerbe wie folgt:

Art der Beschäftigung	Zahl der Arbeiter
Textilindustrie	529 218 Personen
Metallbearbeitung	371 002
Baugewerbe	345 792
Konfektion	328 255
Herstellung von Lebensmitteln	191 784
Holzindustrie	173 052
Bergbau	108 844
Bearbeitung von Mineralien	83 211
Bearbeitung von tierischen Produkten	74 252
Chemische Industrie	61 318
Druckereigewerbe	52 179
Metallgießerei	43 759

Im Verhältnis zu der ungeheueren Ausdehnung des russischen Reiches erscheinen diese Ziffern der in den Fabriken und anderen industriellen Unternehmungen beschäftigten Arbeiter geradezu minimal. Man darf dabei aber nicht vergessen, daß das vom russischen Proletariat eigentlich nur 50 Gouvernements des europäischen Rußlands, das Weichselgebiet und noch der Kaukasus in Betracht kommen. Sibirien und der zentralasiatische West Rußlands rechnen — als so zu sagen völlig jungfräuliche Gebiete — nicht mit.

Die Gesamtzahl der Arbeiter und Weiser betrug am Tage der letzten Volkszählung in europäischen Rußland 5 162 171 Personen, im Weichselgebiet 905 672; im Kaukasus 407 181; in Sibirien 333 147 und in Zentralasien 228 804 Personen. — Unter den 50 Gouvernements des europäischen Rußlands nehmen bezüglich der höchsten Zahl von Arbeitern die Gouvernements Moskau und Petersburg die erste Stelle ein: im Moskauer Gouvernement waren bei der letzten Volkszählung 690 618 Arbeiter und Dienstboten verzeichnet, im Petersburger 516 694 Personen. Die allgemeine Bevölkerungszahl betrug zu derselben Zeit im Moskauer Gouvernement 2 433 956 Personen, im Petersburger 2 107 691; folglich macht die Arbeiterbevölkerung hier schon einen bedeutenden Prozentsatz aus.

In nachstehender Tabelle sind die Angaben derjenigen zehn Gouvernements des europäischen Rußlands zusammengestellt, die das größte Arbeiterkontingent aufweisen, wobei die Fabrikarbeiter in einer besonderen Rubrik angeführt sind und daneben die Zahl der Gesamtbevölkerung. Die Arbeiter sind zusammen in einer Rubrik angeführt, gleichviel ob Männer, Frauen, Erwachsene und Kinder.

Gouvernement	Gesamtzahl der Arbeiter u. Dienstboten	Zahl der Fabrikarbeiter	Gesamtzahl der Bevölkerung
Moskauer Gouvernement	690 618	379 234	2 433 956
Stadt Moskau	433 884	220 740	1 035 664
Petersburger Gouvernement	516 674	260 185	2 107 691
Stadt Petersburg	433 170	181 124	1 267 023
Warschauer Gouvernement	313 682	84 549	1 933 689
Stadt Warschau	139 269	50 435	638 208
Finnländisches Gouvernement	297 431	58 428	1 300 640
Verner Gouvernement	245 838	62 157	3 003 308
Oberon Gouvernement	237 106	56 689	2 782 832
Stadt Odeffa	93 158	30 267	405 044
Petrolomer Gouvernement	230 651	105 758	1 409 041
Kiewer Gouvernement	226 539	49 212	3 576 125
Wladimir Gouvernement	169 426	134 182	1 570 733
Gebiet der Don-Kosaken	188 196	94 195	2 575 818

Die obigen Angaben, die dem russischen Ministerrat bei der Lösung der Arbeiterfrage vorliegen, beziehen sich auf die letzte Volkszählung in Rußland im Jahre 1897! Die Verhältnisse, die seitdem und besonders infolge der revolutionären Bewegung eingetreten sind, sollen bei den Maßnahmen, die die russische Regierung zur Lösung der Arbeiterfrage in Aussicht genommen hat, nicht in Betracht kommen! Stolypin will die Arbeiterfrage ja nur provisorisch lösen! Wesentlich löst das russische Volk sie recht bald endgültig!

Aus Industrie und Handel.

Kapitalistische Rohproduktion.

Die kapitalistische Massenproduktion wurde in ihrem ganzen geschichtlichen Verlaufe von einer Warenverbilligung begleitet, welche unmittelbar von der Konkurrenz der einzelnen Unternehmer auf dem Markte ausging. Es erfolgte die stetige Erniedrigung der Material-, Lohn- und Unkosten durch arbeitssparende Maschinen, gründlichere Materialbewertung und rationellere Verwaltung, die Ware selbst wurde wohlfeiler.

Diese zwangsläufige Verbilligung ist durch die Verstaatlichung der Unternehmungen gestört worden. Sie wurde dort völlig beseitigt, wo diese Verstaatlichung zu jenen außerordentlich wirksamen und dauernden Formen gelangte, deren bester Nährboden die kapitalistisch ausgebildete Industrie, also die Rohproduktion werden mußte.

Bei der Marktpreisbewegung einer so gestauten Wirtschaftsgruppe verfolgt dem kann ihr Sinn nicht lange verborgen bleiben. Alle Welt und zwar allen voran die kapitalistische Welt widerhallte periodenweise von den beweglichsten Klagen über die augenfälligen Schäden, die dieser Preisbewegung entsprangen; verdammt anormal hohe Preise, Schleuderverkäufe ins Ausland, forderte Schutz für die die heimische Fabrikation und dergleichen.

Die Preise der wichtigsten unserer industriellen Rohstoffe sind seit langem in einem auf und abwärtsgehenden, aber beständig höher greifenden Steigen begriffen. Dies ist die eine, wichtige Erscheinung, welche uns einen innern Gegenstand zu dem unter der Kosten- und Verbilligungsnöthwendigkeit stehenden Teil der Produzenten enthält. Sie ist so einsehend für alle weiteren Ausführungen, daß sie durch Zahlen ersichtlich gemacht werden muß. Nach einer aus der amtlichen deutschen Statistik herausgezogenen Zusammenstellung betragen die Preise:

	1894	1896	1898	1899	1900	1901	1902	1903
Roh Eisen 1000kg	50,3	57,5	61,7	75,5	90,2	68,5	61,8	60,4
Eisen . . . 1 dz	20,8	24,4	27,5	32,1	37,1	27,8	23,5	24,1
Stahl . . . 1 dz	90,3	105,9	114,0	160,0	160,2	154,9	118,0	130,5
Rohle*) 1000kg	8,0	8,3	9,1	9,4	10,3	10,3	9,6	9,4

*) Feinstohle, Großhandel an der Essener Börse.

Diese Zahlen veranschaulichen die Preisbewegung eines Jahrzehntes, ohne daß wir die häufig niedriger notierende amtliche Statistik an der Hand anderer Notierungen zu korrigieren versuchen. Mehr als die absolute Höhe ist das Verhältnis der Zahlenreihen für die Entwicklung der Industrie bestimmend. Galt man nun ihre Ausgangs- und Endpunkte zueinander, so unterscheidet sich das gleiche Produktquantum ein Jahrzehnt später um ein Mehr von 6 bis 45 Proz. im Preise. Die industriellen Rohstoffe, an erster Linie also Rohle und Eisen, haben an einer Verbilligung nicht teilgenommen, sie sind heute entschieden teurer geworden.

Alle weiterverarbeitenden Industrien haben sich mit dieser Tatsache abfinden müssen. Soweit es ihnen gelang, die erhöhten Herstellungskosten einfach abzuwälzen, war ihnen dies durch Schaffung ähnlicher Verbände ermöglicht worden. Alle andern hatten unter dem Gesetz der Konkurrenz stehend, immer wieder auf eine Produktionskostenerniedrigung durch technische Fortschritte, bessere Verfabungsweisen, Lohnbrud usw. zurückzugreifen, wie etwa die Maschinenindustrie. Als letzter in der Reihe und daher als widerstandsfähigster hatte der Konsument die sich durchdringenden Erhöhungen, am ersichtlichsten die der Hausbrandkohle aufzunehmen.

Bei all dem bleibt der Rohproduktion offen, nachzuweisen, daß ihre Produktionskosten gleichfalls gestiegen sind. Wie ist nun der zweite entscheidende Gesichtspunkt für das Verständnis dieses Produktionsgebietes.

Beginnen wir bei den Bergwerksindustrien, vornehmlich also bei der Kohle, weil hier die Einflüsse in die Kostenverhältnisse den meisten Schwierigkeiten unterliegt. Bei wachsender Tiefe tritt nämlich hier ein wirklich kostenverheerendes Moment hinzu. Bedenkt man, welche Rikhandlungen und Verzerrungen diesem letzteren Marktes Grundgesetz der kapitalistischen Gesellschaft im Tageslamps widerfahren, so wird man eine ungefähre Vorstellung davon bekommen, in welcher Weise das Gesetz des abnehmenden Ertrages von den Interessenten an der Kohle ausgeschaltet wird. Es kann eben bei den Bergwerksindustrien infolge des Einzutretens einer innern Möglichkeit der Kostensteigerung die überdurchschnittliche Rentabilität nicht schlankeweg aus der alleinigen Erziehung eines wirksamen Syndikats erwiesen werden. Es tritt weiter die Notwendigkeit hinzu, die angebliche Kostensteigerung auf eine durchaus unzulässige Verallgemeinerung einiger besonderen Verhältnisse zurückzuführen. Für die Gesamtheit des deutschen Kohlenbergbaues besteht nach nunmehr mehrfach wiederholten Forschungsergebnissen kein Zweifel, daß bis heute wenigstens das Gesetz des abnehmenden Ertrages durch produktionssteigernde Faktoren mindestens ausgeglichen wurde. Weiteres Absteigen unter noch günstigen Gewinnverhältnissen, intensivere Ausbeutung der Gruben, technische Verbesserungen der Förderung und der Aufbereitung haben eine Steigerung der Produktionskosten hintangehalten. Die steigende Preisbewegung findet in innern Ursachen der Produktion keine Stütze. Es sind lediglich Substitutionsgewinne, Renten des Monopols, welche sich hier in steigender Linie entwickeln, durch eine unerhört unbedachte Aneignung des Privatkapitals entfesselt und von einer Größe, welche kulturellen Aufgaben vom härtesten Umfange zu genügen imstande wäre.

Pro Kopf 887 M. Reingewinn!

Die Wagdeburger Bergwerks-Aktiengesellschaft Königsgrube erzielte im Geschäftsjahr 1906 einen Bruttogewinn von 1 527 495 M. (1 141 863 M.). Nach Abschreibungen von 321 112 M. (250 575 M.) bleiben 1 206 383 M. (890 787 M.) Reingewinn, aus dem 68 383 M. (50 787 M.) als Zantime und 1 140 000 M. = 38 Proz. (840 000 M. = 28 Proz.) auf das 3 Millionen Mark betragende Aktienkapital zur Verteilung kommen. Die Pöhlenförderung betrug 483 677 Tonnen, im Vorjahre 411 413 Tonnen. Die Gesamtbelegschaft betrug durchschnittlich 1800 (1900) Arbeiter. Der Durchschnittslohn betrug 5,006 (4,490) M. pro Schicht. Die Arbeitsleistung stieg von 1,023 auf 1,052 Tonnen. Die Selbstkosten erhöhten sich von 8,767 auf 6,915 M. pro Tonne, während sich der Durchschnittsverkaufspreis auf 15,063 (10,10) M. pro Tonne erhöhte.

Demnach entfällt auf den Kopf der Arbeiter

1903 1906
ein Bruttogewinn von M. 878 1196
Reingewinn „ 685 887

Um über 200 M. ist der Reingewinn pro Kopf der Arbeiter gestiegen. Trotzdem will man glauben machen, die sogenannten Lohn-erhöhungen absorbierten die Preissteigerung.

Oberschlesischer Bergbau. Nach der Zusammenstellung des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins hatten die 57 ober-schlesischen Steinloshütten im Jahre 1906 eine Förderung von 29 653 528 Tonnen oder 9,81 Proz. mehr als im Vorjahre. Die Arbeiterzahl stieg von 80 000 auf 90 074, oder um nur 3,06 Proz. Der Erlös des Abjahres von 187 410 004 M. auf 210 477 042 M. Der durchschnittliche Tonnenpreis von 7,501 auf 7,758 M. Auf den Kopf der Beschäftigten ergibt sich für das letzte Jahr ein Erlös von 2330 M., gegen 2103 M. im Vorjahre.

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken in Berlin. Der Brutto-gewinn für 1906 beträgt 5 172 313 M., im Vorjahre 4 799 303 M. 1 645 544 M. sollen zu Abschreibungen und Reservestellungen verwendet werden. Die Dividende beträgt 20 Proz. Seit 1902 ist die Dividende von Jahr zu Jahr um 2 Proz. gestiegen.

Aus der Frauenbewegung.

Für die Organisation der Hausangestellten.

In „Hoberechts Festfällen“ in der Großen Frankfurterstraße hatten unsere Genossinnen am Dienstag eine Volksversammlung beanstaltet, die hauptsächlich dazu bestimmt war, die Haus-angestellten auf ihre rechtliche oder vielmehr rechtlose Stellung auf-merksam zu machen, sowie auf den Wert der Gewerbe-ordnung auch für sie eine selbständige Organisation hat. Auf der Tagesordnung stand: „Die rechtliche Ungleichheit der weiblichen Diensthöten gegenüber den gewerblichen Arbeiterinnen“. Der Redner, Genosse Ritter, gab einen Überblick über die wichtigsten und ärgsten Ausnahmestimmungen der preussischen Gewerbeordnung, die im Gegensatz zur Reichs-gewerbeordnung die Diensthöten zu einer Abhängigkeit von ihrer „Herrschschaft“, zu einer Unfreiheit, einem Elendtum verdammt, wie es den gewerblich tätigen Arbeiterinnen fremd ist. An manchen Beispielen zeigte der Redner, wie schwer es den Diensthöten gemacht ist, rücksichts- und gewissenlos gegenüber zu ihrem Recht zu kommen, wie sie aber auch oft bitteren Unrecht und Miß-handlung erdulden, weil sie unwissend sind. Allerdings, so führte der Redner weiter aus, ist es den Hausangestellten durch die Gewerbeordnung unterstellt, wie die gewerblichen Arbeiterinnen durch Streik ihre Lebenslage zu verbessern, doch können sie sich organi-sieren und durch eine starke Organisation für die Besserung der traurigen Zustände wirken. Wenn auch eine gründliche Beseitigung der Haus- und Lohnflawerei nur in einer anderen Gesellschafts-ordnung möglich ist, so kann doch die Beseitigung durch eine rük-sichtslose Aufhebung der Mißstände beeinflusst werden. Nach dieser Richtung kann die Organisation der Hausangestellten eine frucht-bare Kulturarbeit verrichten. Starke Organisation und eifrige Agitation sind dazu notwendig. — Hiermit schloß der Vortrag, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. In der Diskussion machte die Vorsitzende des „Vereins für die Interessen der Haus-angestellten“, Fräulein Ida Baar, auf den vom Verein heraus-gegebenen freien Arbeitsvertrag für Hausangestellte aufmerksam, der in der Versammlung als Flugblatt verbreitet wurde, und forderte zum Eintritt in den Verein auf. Ein anderer Redner sprach namentlich von den elenden Arbeitsverhältnissen und der schlechten Behandlung, die weiblichen Angestellten in Kolonial-berrieben geboten wird. Anknüpfend daran bemerkte Fräulein Baar, daß die männlichen Angestellten in diesen Betrieben, Kaufleute und Arbeiter, sich leider oft ebenso elende Zustände ge-fallen lassen wie ihre Mitarbeiterinnen, sich mit Schlafstätten be-gnügen, wie sie schlechter dem Vieh nicht geboten werden. Die ge-samte Arbeiterchaft, sagte die Rednerin weiter, hat die Pflicht und das größte Interesse daran, daß auch unter den Hausangestellten Aufklärung verbreitet wird. Man sich das Abgeordnetenhaus auch noch so abweisend einer Verbesserung der Rechtsverhältnisse der Diensthöten gegenüberstellen, die Entwicklung drängt doch dahin, und kommt unserem Streben zugute, indem aufgeklärte und selbst-bebewußte junge Mädchen sich nicht mehr gern in den Dienst begeben und es vorziehen, gewerbliche Arbeiterinnen zu werden. Wir wollen schon dafür sorgen, daß der Verein der Hausangestellten groß und stark wird und seine Kulturarbeiten erfüllt. — Eine andere Rednerin wies darauf hin, daß schon in dem Worte „Gefinde“ die Mißachtung zum Ausdruck kommt, mit der man die Haus-angestellten zu behandeln pflegt, und erzählte aus ihrer Gedächtnis-past, daß an Vermögensverhältnissen ein Platz prägnant mit der Auf-schrift: „Diensthöten ist der Zutritt nicht gestattet“. Ähnlich wie man das „Mitteln von Hund“ bezeichnet, Empfindend schilderte die Rednerin aus eigener Erfahrung, wie traurig ein blühendes Mädchen daran ist, das arm, heimlos und schulplos einer Dienstherrschschaft überantwortet wird. — Die Versammlung, die sehr an-regend verlief, wurde mit Hochrufen auf den Verein der Haus-angestellten geschlossen.

Vom Wahlrechtskampf in England.

Die Frauenrechtlerinnen haben beschlossen, eine sogenannte schwarze Liste aufzustellen, auf der alle diejenigen Abgeordneten verzeichnet werden sollen, die sich weigern, zugunsten des allgemeinen Frauenstimmrechts zu wirken. Sie beabsichtigen ferner, in den Wahl-kreisen der betreffenden Abgeordneten Stimmung gegen deren Wiederwahl zu machen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin, Dienstag, den 12. März, 8 Uhr, im „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23: Vortrag. Genossin Ottilie Vander: „Was hat das Proletariat, insbesondere der Diensthöte vom neuen Reichs-tage zu erwarten?“ Wahl einer Vertrauensperson.
Schöneberg, Montag, den 11. März: Generalversammlung. Vortrag. Dr. Pankus. Vorstands- und Stassenbericht. Reuwahl der ersten Vorsitzenden.
Groß-Lichterfelde, Montag, den 11. März, 8 1/2 Uhr, in St. Lichter-felde, Chausseestra. 104 bei Meisen: Vortrag. Genossin Pankus.
Altenhof, Montag, den 11. März, 8 1/2 Uhr bei Wollstein, Bismarck-str. 24: Vortrag. Herr Feinig: „Unsere Weltanschauung“.
Treptow-Baumfalkenberg, Sonntag, den 10. März: Besuch der Arbeiterwohlfahrts-Ausstellung. Abfahrt von Baumfalkenberg 1¹², von Treptow zur 1²² bis Tiergarten.

Soziales.

Zeugnis für einen Handlungsgeschäft.

Bei einem Reisenden sind für Bewertung seiner Leistungen nur seine Erfolge maßgebend. So entschied am Donnerstag die erste Kammer des Kaufmannsgerichts in einer Streitsache, die gestern ihren Abschluß fand. Der Reisende Louis J. war über ein Jahr in der chemischen Fabrik von Gebr. W. tätig. Bei seinem Abgang er-hielt er ein Zeugnis, in welchem sich die Firma jeder Festsetzung seiner Leistungen enthielt. J. erhob nun die Klage auf Ausstellung eines anderen Zeugnisses, in welchem ihm bescheinigt werde, daß seine Leistungen befriedigende waren. Die mündliche Verhandlung ergab vorerst, daß es unbedritten zwischen den Parteien ist, daß der Kläger auf der Reise gute Erfolge erzielt habe. Die Beklagte wendet aber ein, wenn sie gezwungen würde, sich über die Leistungen des Klägers im Zeugnis auszusprechen, so könne dies nur in einem für den Kläger unangünstigen Sinne geschehen, denn die Firma sei trotz der guten Verläufe des Klägers mit seinen Leistungen unzufrieden gewesen. Die günstigen Resultate auf der Reise seien nicht seiner Tüchtigkeit, sondern der guten Qualität der Ware, dem Renommee der Firma und anderen äußeren Umständen zuzuschreiben; der Kläger hätte bei befriedigenden Leistungen noch weit mehr verkaufen

müssen. Die Auffassung über befriedigende und unbefriedigende Leistungen sei überdies eine rein individuelle, und es müsse der Firma unbenommen bleiben, ihre eigene Ansicht von den Leistungen des Klägers zur Geltung zu bringen.

Das Kaufmannsgericht präferierte seine Ansicht dahingehend, daß in bezug auf Bewertung der Leistungen beim Reisenden nur der Erfolg entscheide; dieser könne schon um dessentwillen für den Prinzipal den einzigen Stadtmesser abgeben, weil letzterer vom Orte der Niederlassung aus gar nicht in der Lage sei, sich von den Leistungen des Reisenden durch den Augenschein ein eigenes Bild zu machen. Dem Kläger war darum das Recht auf Festsetzung seiner Leistungen als „befriedigende“ zuzusprechen.

Das Kaufmannsgericht befindet sich bei dieser Rechtsprechung in Uebereinstimmung mit der überwiegenden Ansicht in der Judikatur und mit sämtlichen erheblichen Kommentatoren. Das Zeugnis soll Tatsachen bezeugen, nicht ein individuelles Gutachten enthalten.

Ausstellung für Wohnungsreform.

Der Verband deutscher Mietervereine veranstaltet in Gemein-schaft mit dem Leipziger Mieterverein im Städtischen Kaufhaus in Leipzig in der Zeit vom 2.—14. Mai d. J. eine Ausstellung für Wohnungsreform, Wohnungsausstattung, Wohnungshygiene, sowie für die gesamte Hauswirtschaft. Die Ausstellung soll in folgende acht Abteilungen geteilt werden: 1. Wohnungsreform, als Bau und Einrichtung eines Wohnhauses, Wohnungsordnungen, Organisation von Wohnungsmietern, Wohnungsmaßweise, Ver-mietungsregulativ. 2. Wohnungseinrichtungen, als Zimmer-einrichtungen aller Art, Wohnungsausstattungen, Wohnungskunst, künstlerischer Wandschmuck, Innendekoration, Hausmusik. 3. Woh-nungshygiene, Einrichtung von Kranken- und Badestimmen. 4. Feuerungs- und Heizungsanlagen und Anlagen aller Art. 5. Kücheneinrichtungen, Maschinen und Apparate fürs Haus, Küche und Keller. 6. Kontor-, Geschäfts- und Ladeneinrichtungen und Ausstattungen. 7. Reinigungsmittel im Sinne der Erfahrmittel, Surrogate, Extrakte usw. 8. Einschlägige Literatur.

Gewerkchaftliches.

Ein Urteilsbrief.

Nach dem letzten Streik in den Berliner Siemenswerken suchte sich einer der Ausständigen neue Arbeit bei der All-gemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und wurde auch im Kabel-werk „Obersee“ eingestellt. Um aber sicher zu gehen, ob sie nicht etwa einen am Streik Beteiligten oder gar einen „Seher“ und „Wähler“ in den Betrieb bekäme, fragte die Leitung des Kabelwerks vertraulich bei der Direktion der Siemens-Schuckertwerke an, wann und aus welchen Ursachen jener Arbeiter seine Beschäftigung dort aufgegeben habe. Die Antwort lautete:

Siemens-Schuckertwerke
G. m. b. H.
Berlin-Königsplatz, den 25. Februar 1907.
Titel.

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
Kabelwerk Obersee

Vertraulich. Ober-Schönebeide 5. Berlin.
Auf Ihre Anfrage vom 23. d. M. erwidern wir ergebenst, daß der Arbeiter (folgt Name) in der von Ihnen an-gegebenen Zeit bei uns beschäftigt war und die ihm über-tragenen Arbeiten zufriedenstellend erledigt hat. Er war Aus-schmittglied und hat am 30./10. mit anderen Arbeitern zusammen den Betrieb verlassen.

Dochachtungsvoll
Siemens-Schuckertwerke
(Unterzeichnet)

Natürlich war der betreffende Arbeiter damit gezeichnet, denn der Entlassungstermin fiel in die Zeit des Streiks bei der Firma Siemens-Schuckert.

So also tauschen die Unternehmer gegenseitig Urteilsbriefe über Arbeiter aus, von denen sie selbst zugeben müssen, daß es tüchtige Leute sind, die ihre Arbeiten zufriedenstellend erledigt haben. Und dieses Unternehmertum entlobet sich nicht, in allen Tonarten über den „Terrorismus“ der Arbeiter zu zetern.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

In der Versammlung der Ausgesperrten, die am Donnerstag-vormittag bei Keller stattfand, schilderte Stuchte die Situation folgendermaßen: Zu Beginn der vorigen Woche betrug die Zahl der Ausgesperrten 6028. Hinzugekommen sind 29 Ausgesperrte, 41 Streikende, 46 die mit Ausschüßarbeiten fertig geworden sind, also ein Zugang von 116. Dem steht ein Abgang gegenüber von 254 Abgereisten, 81 Kranken, 287 sind anderweitig in Arbeit getreten, 51 haben in Betrieben, wo die Aussperrung aufgehoben wurde, wieder angefangen. Im ganzen beträgt der Abgang 829. Die Gesamtzahl betrug am Schluß der vorigen Woche 6115, dazu kommen etwa 2000 Arbeits-lose. Der höchste Stand der Aussperrung, welcher am 9. Februar erreicht war, ist bis jetzt um 729 zurückgegangen. In den letzten Tagen haben eine Anzahl Kleinmeister die Aussperrung aufgehoben und die Arbeiter wieder eingestellt, die betreffenden Meister wünschen jedoch, daß ihre Namen nicht bekanntgegeben werden, da sie sonst eine Materialsperrung zu fürchten haben. Mehr und mehr kommen die Kleinmeister und mittleren Meister zu der Einsicht, daß sie durch längere Dauer des Kampfes lichter leben, während die Großbetriebe mit reichen Lagerbeständen noch nicht daran denken, die Aussperrung zurückzugeben. Andererseits gibt es aber auch eine kleine Zahl von Arbeitern, die sich zur Aufnahme der Arbeit bereit finden und dem Verlangen der Arbeitgeber, den Hirsch-Dunderschen beizutreten, nachkommen. Solche Fälle sind jedoch nur in einigen Kleinbetrieben vorgekommen, die Ar-beiter der Großbetriebe lassen sich nicht wankelmütig machen. — Gelegentlich einer kürzlich stattgefundenen Versammlung der Schlichtungskommission für die Strohbranche fragte Magistratsrat von Schulz die anwesenden Vertreter, ob denn nicht eine Einigung in der Holzindustrie möglich sei. Die Vertreter des Holzarbeiter-verbandes erklärten, sie würden natürlich an Verhandlungen teil-nehmen, wenn die Arbeitgeber Entgegenkommen zeigen. Ein weiteres Ergebnis hatte die Besprechung nicht. Aber die führenden Arbeit-geber sagen ihren Mitgliedern mit Bezug auf diesen Vorgang, es seien Verhandlungen im Gange, die Meister sollten deshalb nur noch kurze Zeit in der Aussperrung verharren. Der Redner erklärt, wenn jemand sage, es seien Verhandlungen im Gange, so ist das Schwundel. Es ist auch gesagt worden, die Meister seien nicht alle über die Ursachen des Kampfes unterrichtet, viele von ihnen würden sonst eine andere Stellung eingenommen haben. Mit Rücksicht darauf wird der Holzarbeiter-Verband vielleicht demnächst eine Ver-sammlung der Arbeitgeber einberufen, um sie über die Angelegen-heit zu informieren. In Verneu ist am vergangenen Sonnabend die Aussperrung erfolgt. In Spandau schweben noch Verhandlungen. Für den Bezirk der westlichen Vororte besteht ein Vertrag, den die Arbeitgeberorganisation jetzt für aufgehoben erklärt hat und zwar aus folgendem Anlaß: Beim Tischlermeister Sebastian in Steglitz wurde Berliner Streikarbeit angefertigt. Ein Arbeiter der Sebastianischen Werkstatt teilte das ausgesperrten mit, er wurde deshalb entlassen und zwei andere Arbeiter des Herrn Sebastian hörten insolge dessen auf. Nun schrieb der Vorstand der Arbeitgeber-organisation der westlichen Vororte an den Holzarbeiterverband, wenn die Sperrung über den Betrieb des Herrn Sebastian bis zum 2. März nicht aufgehoben werde, würden die Arbeitgeber das als einen Bruch des Vertrages ansehen und den Vertrag für hinfällig erklären. Die Leitung des Holzarbeiterverbandes, die von der ganzen Angelegenheit keine Kenntnis hatte, antwortete, sie habe

weder über Sebastian noch überhaupt in Steglitz eine Sperrung ver-bündet und könne deshalb auch keine Sperrung aufheben. — Der Vor-schlag der Arbeitgeber schrieb darauf zurück: Diese Antwort des Holzarbeiterverbandes biete keine Garantie für einen ruhigen Fort-gang der Arbeiten, der Vorstand der Arbeitgeberorganisation erklärt deshalb den für die westlichen Vororte bestehenden Vertrag als aufgehoben. — Nun werden wohl am kommenden Sonnabend etwa 500 Tischler in den westlichen Vororten unter Vertragbruch der Arbeitgeber ausgesperrt werden. Weiter teilte der Redner mit, daß bis jetzt etwa 2000 von Berlin Abgereiste auswärts Arbeit gefunden haben. Die Situation sei demnach, daß die Holzarbeiter dem weiteren Verlauf des Kampfes mit aller Ruhe entgegensehen können.

Während Stuchte sprach, erschien in der Versammlung ein be-kannter Arbeitgeber des Gewerbegerichts, Gutmachermesler Lucht, der auch oft als Mitglied des Einigungsamtes tätig ist. Herr Lucht sprach mit dem Genossen Naab vom Holzarbeiter-Verband und dieser teilte darauf der Versammlung mit: Herr Lucht habe angefragt, ob der Holzarbeiterverband am Gewerbegericht er-scheinen werde, wenn durch die Vermittlung des Herrn Lucht Ver-handlungen eingeleitet werden. Naab habe geantwortet: Zu Ver-handlungen sind wir jederzeit bereit.

Ein Verbandsvorleiter aus Charlottenburg machte schließlich die Mitteilung, daß dort bis zum 18. Februar 221 Arbeiter ausgesperrt wurden, weiters Aussperrungen fanden nicht mehr statt. Von den Ausgesperrten sind 44 abgereist und 73 anderweitig in Arbeit getreten.

Zur Schneiderbewegung.

In einer am Mittwochabend stattgefundenen Versammlung der Mitglieder des Arbeitervereins der Schneider wurde folgende Reso-lution angenommen:

Nach Angabe der Arbeiterorganisation sollen mehrere nicht-organisierte Firmen ihrer Einladung zum Tarifabschluß auf Grund der gedruckten Anforderungen gefolgt sein und die Forderungen bewilligt haben; daher wurde von einem Generalfreil Abstand genommen.

Abgesehen davon, daß kaum nennenswerte Firmen heute außerhalb des Arbeitgeberverbandes stehen, halten wir es für vollkommen ausgeschlossen, daß Firmen, welche die erste Abkist haben, ein Tarifabkommen treulich zu halten, den neuen Forderungen im vollen Umfang oder auch nur mit geringen Abweichungen zustimmen konnten.

Die von unserer Organisation in Ausarbeitung befindlichen Lohnsätze werden trotz der bereits in Berlin gezahlten hohen Löhne (Berlin zählt die höchsten Löhne Deutschlands) den Zeit-verhältnissen Rechnung tragen und hiermit eine zweckmäßige Grund-lage zur Verständigung bieten.

Die Versammlung erkennt an, daß das einmütige Zusammen-halten des Arbeitgeberverbandes unserer Stellung gegenüber unannehmbaren Forderungen der Arbeiterorganisation von Nutzen gewesen ist.

Die Versammlung stellt auch für die Zukunft im festen Zu-sammenhalten die einzige Möglichkeit, allseitig befriedigende Zu-stände herbeizuführen.

Es ist sehr erklärlich, daß es den Herren vom Arbeitgeber-verbande unangenehm ist, durch das Vorgehen einer größeren An-zahl Arbeitgeber im Schneidergewerbe, die sich in friedlicher Weise mit der Schneiderorganisation geeinigt haben, in ihren Aussperrungs-gelassen gefolgt zu werden. Sehr enig scheinen sich nach der Reso-lution die Mitglieder des Schärsmäckervereins nicht zu sein, das beweist schon der merkliche Wunsch nach einem festen Zusammen-halt. Willkürlich war auch aus diesem Grunde den Vertretern der Presse der Zutritt zur Versammlung verboten.

Zur Aussperrung der Autodroschkenfahrer.

Daß es den Unternehmern nur zum Vorteil und Nutzen ge-reicht, wenn sie ihre alten Fahrer wieder einstellen, beweist das Ergebnis eines Paragendirektors, mit dem kürzlich ein annehmbarer Frieden geschlossen worden ist und der folgendes Schreiben an den Fahrer der Ausgesperrten richtete:

8. März 1907.

Herrn Franz Reitz!

Nachdem wir ziemlich eine Woche im Betriebe sind und die alten Leute zu unserer großen Zufriedenheit wieder eingestellt haben, sage ich Ihnen für Ihre gütige Vermittlung besten Dank und hoffe, daß dies Unternehmen lange andauern möge. Heute teilt mir unser Betriebsleiter mit, daß die alten Fahrer wegen 50 Pf. Zulage, zahlbar bei Einnahmen über 80 M. steigend, vorstellig geworden sind. Selbstverständlich be-willigen wir dies und hoffen und erwarten, daß uns recht oft Gelegenheit geboten werde, diese 50 Pf. und mehr auszusahlen. Wir haben unserem Betriebsleiter dementsprechend Anweisung gegeben. Unserer Ver-abredung gemäß bitte ich Sie, dem Vertrauensmann des Ver-triebes mitzuteilen, daß er in solchen Fällen entweder selbst oder durch Sie an mich direkt sich wendet, da ich nicht immer in Berlin anwesend sein kann.

Indem ich Sie herzlich bitte, dies unseren Fahrern mitzuteilen, zeichnet mich besonderem Dank

Ihr ergebener

R. R.

Von den alten ausgesperrten Fahrern haben 283 sich bereit, andere Arbeit gesucht. In der ursprünglichen Zahl der Ausgesperrten sind 171 neu hinzugekommen. Bisher waren nur zwei Abreitlinge zu berechnen gewesen, gestern sind noch vier Bedagsfahrer abdrückmig geworden, so daß ihre Zahl im-gangen nicht mehr wie sechs beträgt. Beschäftigt sind ohne Ausweklarte, also Arbeitswillige, 58 Mann.

Die Lohnarbeiter auf den Kornspeichern dürften demnach von ihren Arbeitgebern in einen Arbeitskreis gedrängt werden. Vor zwei Jahren kam es in dieser Berufsgruppe zu einem Tarifvertrage, der bis zum 1. April d. J. Gültigkeit hat. Vereinbarung war damals ein Anfangslohn von 50 resp. 55 Pf. pro Stunde. Diese Lohsätze erscheinen den Speichereigentümern jetzt als zu hoch, sie haben deshalb den Tarifvertrag gekündigt, und zwar in der Absicht, den Lohn erheblich zu kürzen. Ihre sonderbares Vorgehen rechtfertigen die Herren mit der zunehmenden Konkurrenz. Wie es sich damit nun verhält, das wurde in der letzten Ver-sammlung der Speichereigentümer gebührend kurzgefaßt. Dem-nach haben die Speichereigentümer während der letzten beiden Jahre die Lager- und Vorkübeln ganz unverhältnis-mäßig in die Höhe gehoben. Sie begründeten diese Gehöhrenhöhung der Kaufmannschaft gegenüber stets mit dem Steigen der Arbeitslöhne, obwohl feststeht, daß die den Arbeitern beim Tarifabschluß gewährte Zulage von den Arbeitgebern sehr wohl ohne Gehöhrenzuschlag getragen werden konnte. Aber die Herren glaubten, die Kaufmannschaft böllig in der Tasche zu haben und so Kräfte zu dieselbe dann in ziemlich rük-sichtslos Art. Die Kaufmannschaft aber wandte sich schließlich an die Hafenpolizei, und diese gestattete ihr, an den freien Ladestellen der Spree Korn, Malz usw., soweit es zum sofortigen Weitertransport läme, beliebig auszuladen und ab-zufahren. Dadurch erzwang den Speichereigentümern natürlich ein erheblicher Verdienstentgang, denn die Kaufmannschaft hatte jetzt einen großen Teil derjenigen Kosten, die bisher in den Beuten der Speichereigentümer floßen. Die Kaufmannschaft brauchte sich, nachdem ihr die Hafenpolizei entgegenkam, nur verzeile Wäger anzuschmei-eln, die ihrerseits wieder für die nötigen Kräfte sorgten, und die Speichereigentümer waren damit als Aufwandsunternehmer für das direkte Transportgetreide ausgeschaltet. Hinzü kam aber auch, daß mehrere neue Speicher errichtet wurden, deren Besitzer mit ihren „alten“ Kollegen demnach in Konkurrenz treten werden. Für diesen selbstverschuldeten Verdienstausfall wollen jene nun noch verhängten Mühen die Arbeiter bühen lassen, indem sie an den ohnehin schon gewiß nicht zu hohen Löhnen herumknappen. Die Versammlung der Zweigarbeiter beschloß dem auch einstimmig.

jeder Lohnreduzierung den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Gleichzeitig sollen die Berufskollegen allerorts von dem proletarischen Verhalten der Berliner Speiseherbereiter durch den Transportarbeiterverband in Kenntnis gesetzt werden, damit der Bezug rechtzeitig ferngehalten wird.

Achtung, Arbeiter und Bauhandwerker!

Wegen Differenzen sind folgende Bauten gesperrt: Schönflieherstraße 22, Leipzigerstr. 66, Friedrichsberg, Voigtstr. 42 und Wilmersdorf, Mainzerstr. 23. — Die Sperre über den Bau Rommsenstr. 5 ist aufgehoben.

Freie Vereinigung der Tapezierer.
Bureau und Arbeitsnachweis: Schützenstr. 18/19. Tel.: I, 8090.

Deutsches Reich.

Die Scharfmacher an der Wasserfront auf dem Kriegspfade.

In den Hamburger Stauereibetrieben ist es infolge des schon mehrfach erwähnten Vorgehens des „Hafenbetriebsvereins“, einer Unterabteilung des kürzlich in Berlin gegründeten Scharfmacherverbandes der Meeder Deutschlands, gegen die unbegrenzte Nacht- und Sonntagsarbeit verweigernden Schauerleute zu einem Konflikt gekommen, der anscheinend größere Dimensionen annehmen wird. Führend auf dem den Schauerleuten aufgezogenen Lohn- und Arbeitsstufen verlangen die „Herten vom Hamburger Hafen“, daß die Arbeiter, falls dies verlangt wird, 80 Stunden hintereinander arbeiten sollen, da eine andere Arbeitsmethode, wie Schichtwechsel usw., nicht durchführbar sei. Die Schauerleute zeigten zwar Entgegenkommen, indem sie sich binnen 24 Stunden zu einer Arbeitsleistung von einem ganzen Tage und einer halben Nacht bereit erklärten, aber die Arbeitgeber bestanden auf ihrem Schein. Eine sechsstündige tägliche Ruhezeit ist in deren Augen viel zu lang, die Arbeiter müssen, wenn dies gefordert wird, bis zum physischen Zusammenbruch arbeiten. Das Gewerbegericht hat ihnen ja recht gegeben, daß eine 38stündige ununterbrochene Arbeitszeit an der Wasserfront nicht gegen die guten Sitten verstoße! Als die Arbeiter sich trotzdem erlaubten, an ihren Beschläffen festzuhalten und sich ein Mitbestimmungsrecht hinsichtlich der Verschleiss ihrer Arbeitskraft anmaßten, verfügte die Meeder und Stauer plötzlich, daß bis auf weiteres überhaupt keine Nacharbeit geleistet werden solle. Der Zweck dieses der Ausbeuternatur der Meeder usw. widerstrebenden Beschlusses war sehr durchsichtig: die Arbeiter sollten wenig verdienen und dadurch müde gemacht werden. In der diesbezüglichen Sitzung der Arbeitgeber sollen von hochmögenden Herren Anträge gestellt worden sein auf sofortige Aussperrung der Schauerleute auf vier Wochen, „um am 1. Mai nicht aussperrt zu müssen“. Dagegen wandten sich die kleineren Meedereien, worauf die „Verkürzung“ der Arbeitszeit erfolgte. Dieser Beschluß bedeutete also die Ruhe vor dem Sturm.

Diese „Ruhe“ haben die Scharfmacher gut ausgenutzt, indem sie ihre Werbungen hauptsächlich nach dem Streikbrecher-Exportland Großbritannien richteten, um dort Stabs anzuwerben. In Deutschland unternahmen die Meeder nicht mehr den Versuch, williges Menschenmaterial aufzutreiben, weil es, wenn sie solches auch finden, zu der schweren Hafenarbeit völlig ungeeignet ist. Am Mittwochabend trafen 40 Gollitzer ein, die sofort in polizeiliche Obhut genommen und widerrechtlich im Freihafeengebiet einquartiert wurden. In England sind 3000 Mann angeworben worden, von denen am Freitag auf dem Dampfer „Roddingham“ 300 und auf dem Dampfer „Viola“ 800 Mann, von Grimsby kommend, im Hamburger Hafen eintrafen. Die Amerika-Linie hat verfügt, daß diese Arbeitswilligen auf dem von ihr vom Staate gemieteten Schiffe 73, 74 und 75 einlogiert und verpflegt werden, und der Inspektor Teile von dieser Linie hat bei der Polizei um Schutz für diese Freihafeenwarte ersucht, den die Polizei den Herten von der Wasserfront nie verweigert.

So war die Situation beschaffen, als am Mittwoch die Arbeitgeber die Schauerleute aufforderten, mittels Stimmzettel darüber abzustimmen, ob sie die „vertragmäßige“ Nacht- und Sonntagsarbeit leisten wollen oder nicht. Die Schauerleute der Amerika-Linie gaben nur Stimmzettel mit Nein ab. In den nächsten Tagen wird es sich also zeigen, ob eine Aussperrung in größerem Maßstabe seitens der „national“ gefinnten Meederstippe vorgenommen werden wird.

Die schon telegraphisch gemeldete Bekanntmachung des Hafenbetriebsvereins lautet:

„Vom 11. März an werden nur solche Arbeiter beschäftigt, die sich bereit erklären, auf Anforderung Nacht- und Sonntagsarbeit laut Lohnstufen zu verrichten. Die Arbeiter haben ihre Bereitwilligkeit hierzu durch Unterschrift in einer der Listen anzuerkennen. Nach der Unterschrift erhält die Arbeitskarte den Aufdruck: Zur Nacharbeit bereit!“

Der Kampf der Meeder und Anreicher in Kassen. Als Antwort auf die von den organisierten Unternehmern über die Gehilfen verhängte Aussperrung haben die Gehilfen in einer zahlreich besuchten Versammlung beschlossen, sofort in den Streik einzutreten und die ursprünglich gestellten Forderungen: 9 1/2 stündige Arbeitszeit und 50 Pf. Mindestlohn für ältere Gehilfen, 45 Pf. für Gehilfen in den ersten drei Jahren nach der Lehrzeit, vom 1. März nächsten Jahres an 52 bzw. 47 Pf. wieder zu erheben. Wie die organisierten Unternehmer jetzt zugeben, haben sie die Aussperrung nur deshalb vorgenommen, um dem bei ihrer propägen und halsstarrigen Haltung voraussehenden Streik zu begegnen und den Lohnkampf in der jetzigen Zeit statt in der Hochsaison auszutragen.

Versammlungen.

Erklärungen.

Zu dem Versammlungsbericht vom Wahlverein des fünften Kreises scheidet uns Genosse Bengels folgende Erklärung:

Laut Bericht äußerte Genosse Robinson, ich solle gesagt haben, es sei besser, wir verliören den Wahlkreis Sorau-Forst, als daß Maurenbrecher dort gewählt würde. Demgegenüber erkläre ich, daß es mir niemals eingefallen ist, solche Äußerungen zu tun. Der Genosse Robinson hätte gut getan, Anschuldigungen so schwerer Natur erst auf ihre Richtigkeit zu prüfen, bevor er sie in einer Wahlereinderversammlung weiter verbreitet. Robert Bengels.

In dem Bericht über die Versammlung für den fünften Berliner Wahlkreis ist durch die Zusammenziehung meiner Ausführungen in einigen Punkten eine irrtümliche Darstellung gegeben. Ich habe nicht gesagt, daß ich den Standpunkt von Braun, Bernhard, Calver und Bernstein nicht teile, sondern nur einige Einwände der Genossen Calver und Bernstein besprochen. Zu den Ausführungen von Braun und Bernhard habe ich mich, weil die Zeit weit vorgeschritten war, gar nicht geäußert. Ich bemerkte nur, ich halte es für einen Fehler, gleich mit jeder Kritik an die Defensivität zu gehen, diesen Fehler haben Braun und Bernhard gemacht. Die Kritik, die Bernstein und Calver an unsere Stellung zur Kolonialpolitik knüpfen, erscheint mir deshalb berechtigt, weil sie zum Teil von unrichtigen Voraussetzungen ausgeht, denn wie der Anruf der Fraktion besagt, lehnen wir prinzipiell eine Kolonialpolitik nicht ab, wohl aber die Führung in kapitalistischen Interessen. Die Bemerkungen über den „Vorwärts“ müssen dahin ergänzt werden, daß ich u. a. auch hervorhob, daß ich manches gegen die Haltung des „Vorwärts“ einzuwenden habe, aber während der Wahl im allgemeinen Vorwörter nicht zu erheben seien. Die übrigen Punkte zu berichtigen will ich absehen.

R. Schmidt.

Genosse Bernstein sendet uns folgende Zuschrift:

An die Redaktion des „Vorwärts“.

Die mich betreffende Notiz in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ nötigt mich zu folgender Antwort, um deren unverfälschte Wiedergabe ich ersuchen muß. Die Notiz besteht aus einer Reihe von groben Unwahrheiten.

Beantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

1. In meiner Einsetzung, von der der „Vorwärts“ spricht, halte ich genau Ort und Datum der Versammlung angegeben, in der ich auf die Resolution des vierten Wahlkreises antworten würde. Dies, wie ich hinzusetzte, damit die Genossen, die mir entgegenzutreten wünschten, auch an Ort und Stelle sein könnten. Diese ganz kurzen Angaben über Ort und Datum der Versammlung und Zweck der Bekanntgabe hat die Redaktion des „Vorwärts“ als — „Weilschweifigkeiten“ unterdrückt.

2. Schon aus diesem Grunde ist es eine Laune zu überbietende Unwahrscheinlichkeit, wenn die Redaktion des „Vorwärts“ von „Ueberraschung“ darüber schreibt, daß ich meine „Abrechnung“ in einer Versammlung des Berliner Konsumvereins gehalten habe. Es kommt aber noch hinzu, daß man im „Vorwärts“ sehr wohl weiß, daß die Versammlung wider meinen Willen und gegen die ursprüngliche Verabredung jenen Charakter erhalten hat. Auf mein Verlangen hatten die Veranstalter der Versammlung sich mit dem maßgebenden Parteileiter des Distrikts, Genosse Paul Hoffmann, ins Einvernehmen gesetzt und seine Zustimmung dazu erhalten, daß die Versammlung als Volksversammlung einberufen werden sollte. So lautete auch ursprünglich das von Paul Hoffmann als Einberufer unterzeichnete Inserat. Erst im „Vorwärts“, wo man aus meiner Zuschrift schon wußte — und ich tue wohl niemand Unrecht, wenn ich hinzusetze, weil man es wußte — daß ich vorhatte, in der Versammlung auf die mir mittlerweile bekannt gewordene Wahlvereinsresolution zu antworten, ward auf eine Fassung des Inserats gedrungen, die die Leser glauben machen mußte, es handle sich um eine Versammlung, in der bloß Konsumvereinsangelegenheiten erörtert werden sollten.

3. Damit ist die Verdächtigung, ich suchte für die Diskussion von Parteifragen „anfeinend grundfänglich“ Orte auf, wo ich der Parteikontrolle nicht unterstehe, als gänzlich haltlos erwiesen. Wer mich auch nur einigermaßen kennt, weiß, daß ich der Letzte bin, einer Auseinandersetzung mit den Parteigenossen auszuweichen. Tatsächlich habe ich denn auch am Dienstag, als in der Versammlung der Wunsch ausgedrückt wurde, ich möchte mein Referat in einer Versammlung des Wahlvereins wiederholen, mich ohne weiteres dazu bereit erklärt. Warum verschweigt die Redaktion des „Vorwärts“, die einen Verächterstatter in der Versammlung hatte, diese Tatsache?

4. Bezüglich der „Partei-Kontrolle“ muß ich noch bemerken, daß ich zwar als Parteimann mein ganzes öffentliches Auftreten der Kontrolle der Partei unterstelle, der ich angehöre, aber selbstverständlich nur in dem Sinne einer Kontrolle des Geschehenen, nicht aber als Bevormundung. Unsere Partei kennt zum Glück keine Parteizensur. Es besteht jedoch eine von der Redaktion des „Vorwärts“ ausgeübte Zensur, und wie diese beschaffen ist, zeigt das unter 1. Mitgeteilte.

5. Der „Vorwärts“ erzählt schließlich, daß als er „einmal“ auf etwas Vermisstes von mir gestossen sei, dies in der „bürgerlichen“ „Berliner Volks-Zeitung“ gefunden habe. Das wichtig sein sollende „einmal“ schenke ich ihm, vom Kauderz erwarret man keine Nachsicht. Dagegen konstatiere ich, daß der „Vorwärts“ auch hierbei wieder seine Leier ertönen läßt, indem er verschweigt, daß jene Einsetzung an die „Volks-Zeitung“ lediglich die Antwort auf eine mich betreffende kritische Bemerkung war, die in der „Volks-Zeitung“ gefunden hatte. Ganz und gar erdichtet ist es, wenn mich der „Vorwärts“ in der „Neuen Gesellschaft“ über die Partei schreiben läßt. Ich habe überhaupt noch nichts in der „Neuen Gesellschaft“ geschrieben.

6. Ueberblickt man das Vorstehende, so wird man es nicht übertrieben finden, wenn ich auch von dieser gegen mich gerichteten Notiz des „Vorwärts“ erkläre, daß sie, weit entfernt, den Anforderungen zu entsprechen, die man an eine Auseinandersetzung mit einem Parteigenossen zu stellen berechtigt ist, nicht einmal in einer Polemik mit Gegnern entschuldbar wäre. Sie hat mit ihren vielen Unwahrheiten und berechneten Ungenauigkeiten nur in der Redolberjournalistik ihresgleichen.

Schöneberg-Berlin, den 7. März 1907.

Ed. Bernstein.

Ueber Redolberjournalistik können wir uns mit dem Genossen Bernstein leider nicht unterhalten. Er ist auf dem Gebiete der Waffensunde wie dem der Journalistik so glanzvoll als Sachverständiger vor die Öffentlichkeit getreten, daß es Selbstmord wäre, auch nur auf einem dieser Gebiete mit ihm die Ringe zu kreuzen, geschweige bei einer Kombination beider.

Was die angebliche „Kette von groben Unwahrheiten“ betrifft, so konstatieren wir bereitwillig, daß wir uns in Bezug auf Bernsteins Mitarbeit an der „Neuen Gesellschaft“ getrennt haben. Da Bernstein diesem Blatt ja nicht aus prinzipiellen Gründen als Mitarbeiter fern bleibt, und es durchaus kein größeres Verbrechen ist, für die „Neue Gesellschaft“ statt für die „Sozialistischen Monatshefte“ zu schreiben, tangiert dieser Irrtum aber nicht Bernsteins Parteicheure.

Die Erklärung Bernsteins aber, daß er sein Referat in einer Parteiversammlung wiederholen werde, haben wir „verschwiegen“, weil sie uns erst — aus Bernsteins Zusendung bekannt wurde!

Ernsthaft abzulehnen bleiben für uns im Grunde nur die ersten beiden Punkte.

Und da haben wir zu erklären zu 1: daß nichts daran zu ändern ist, daß wir Bernsteins Erklärung durchaus sinngemäß wiedergegeben haben. Er schrieb uns nach einem 12 Zeilen langen Hinweis auf die im vierten Kreise angenommene Resolution wörtlich:

„Es scheint mir angezeigt, diesen Beschluß nicht unbeantwortet zu lassen. Ich würde also den Vorstand des genannten Wahlvereins ersuchen, eine Versammlung zur Entgegennahme einer Antwort und — sagen wir Gegenrechnung — einzuberufen, wenn ich nicht schon für eine Versammlung im vierten Wahlkreis ein Referat übernommen hätte, deren Gegenstand das obige Thema nahe berührt, nämlich: Was haben wir nach den Reichstagswahlen zu tun? Der Kürze halber werde ich also mit diesem Referat meine Antwort auf das obige Urteil verbinden und teile das hier mit, damit diejenigen Genossen, welche es veranlaßt haben oder aber sonst zu vertreten gewillt sind, auch in der Versammlung anwesend sein können.“

Daraus machten wir in der Sonnabend-Nummer:

Genosse Eduard Bernstein ersucht uns um die Mitteilung, daß er auf die Resolution, die am Dienstag in einer Versammlung des vierten Kreises angenommen wurde, soweit sie seine Person anbetrifft, im vierten Kreise selbst antworten werde.

Wir waren der Meinung, daß, wenn Genosse Bernstein auf die Resolution nicht sofort antworten wollte oder konnte, er wohl ein Anrecht darauf habe, den Genossen mitzuteilen, daß er diese Antwort nur aufschiebe und an geeigneter Stelle erteilen werde. Wir waren aber weiter der Meinung, daß Genosse Bernstein so wenig wie ein anderer Genosse ein Anrecht auf besondere redaktionelle Bekanntschaft habe und unterliegen deshalb den Hinweisen auf Ort und Zeit der Versammlung, die wir — wohlgerneht — bis zum Sonntag ganz selbstverständlich immer noch für eine Parteiversammlung hielten.

Und damit kommen wir zu Punkt 2 der Bernsteinschen Anschuldigungen. Bernstein behauptet da unter anderem:

„Erst im „Vorwärts“, wo man aus meiner Zuschrift schon wußte — und ich tue wohl niemand Unrecht, wenn ich hinzusetze, weil man es wußte — daß ich vorhatte, in der Versammlung auf die mir mittlerweile bekannt gewordene Wahlvereinsresolution zu antworten, ward auf eine Fassung des Inserats gedrungen, die die Leser glauben machen mußte, es handle sich um eine Versammlung, in der bloß Konsumvereinsangelegenheiten erörtert werden sollten.“

Das ist denn doch unerhört!

Der ehemalige Leitungsorgangeber Eduard Bernstein wirft hier im Vertrauen auf die Unkenntnis der Leser von der Organisation eines Zeitungsbetriebes Expeditions- und Redaktionsgeschäfte absichtlich durcheinander, um den Anschein zu erwecken, daß die

Inseratenteil veranlo.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Redaktion des „Vorwärts“ ihm gegenüber eine jener Gemeinheiten verübt habe, wie sie etwa — Bernstein sagt es ja und er spart den Lesern die Schlussfolgerung — in der Revolverjournalistik üblich sind. Rein, sehr berechtigt Genosse Bernstein, jeder Sachverständige kann Ihnen ohne weiteres bestätigen, daß Sie hier eine nicht abgehoffene Patrone präsentieren!

Unsere Genossen gegenüber aber, die weniger sachverständig sind, haben wir zu erklären:

Es ist nicht wahr, daß im „Vorwärts“ auf eine andere Fassung des Inserats gedrungen ist, speziell nicht von der Redaktion. Die Redaktion hat das Inserat nicht eher zu Gesicht bekommen, als Bernstein selbst: am Sonntag nämlich im Blatt.

Wahr ist, wie uns die Leitung unserer Inseratenabteilung mitteilt, daß die Anzeige in genau der Form aufgegeben wurde, wie sie die Filiale am Lausitzer Platz an die Expedition per Post einlieferte.

So viel über das vermeintlich Tatsächliche. Die so überaus parteifreundlich filistrierte Phantasiegebilde Bernsteins würdigen wir der verdienten Rücksichtigung.

Gerichts-Zeitung.

Federhelben vor Gericht.

Das hiesige Schöffengericht war gestern mit einer Privatklage des Herrn Dr. Max Hirschfeld, Redakteurs der „Feder“ und Leiter des „Allgemeinen Schriftstellervereins“ gegen den Redakteur der „Allgemeinen Buchhändler-Zeitung“, Herrn Thomas in Leipzig, beschäftigt. Beklagter hatte in seinem Blättchen trotz einer Verurteilung, die auf dessen früheren Behauptungen der Kläger dem Thomas-Blatt zugesandt hatte, behauptet, dieser sei Literatur-Makler und an Verspielen dazutun versucht, daß Dr. Hirschfeld Geschäftsman, Vermittler und Makler sei. Insbesondere werden die Verhältnisse im „Arischen Kartell“ besprochen und nachzuweisen versucht, daß Dr. H. aus demselben große indirekte Bezüge empfinde. Der Privatkläger erblickt in diesen Darlegungen den Vorwurf, daß man es in dem Privatkläger mit einem Ranne zu tun habe, der zwar Redakteur der „Feder“ und Vorsitzender des „Allgemeinen Schriftstellervereins“ sei, im übrigen aber nicht den allgemeinen Schriftstellerinteressen diene, sondern möglichst viele Gelder für sich herauszuschlagen wolle.“ Der vom Beklagten angeordnete Beweis durch einen Schriftsteller löb mißlingt. Beide Parteien benannten neue Zeugen. Diese sollen vernommen werden. Die Verhandlung verlief deshalb der Verlegung.

Vietät — strafbar.

Unter der Anklage, eine „Rede resp. Ansprache“ ohne vorherige Erlaubnis des Pastors gehalten und dadurch gegen strafrechtliche Vorschriften verstoßen zu haben, hatte sich am 4. März der Genosse O. Hammerich vor dem Schöffengericht Braunschweig zu verantworten. Im November vorigen Jahres verstarb ein Schloffer (Verbandsmitglied), welchem, wie üblich, als letztes Angebinde ein Kranz mit roter Schleife gestiftet wurde. Als bei der Beerdigung der Pastor Eisenberg von der reformierten Gemeinde die Grabrede gehalten, und zurückgetreten war, begab sich Genosse Hammerich an die Gruft, um mit den Worten: „Im Namen des Metallarbeiterverbandes der Verwaltungsstelle Braunschweig lege ich diesen Kranz nieder: Ruhe sanft, teurer Freund!“ den Kranz niederzulegen. Als dies geschehen und er abtreten will, kommt der Pastor auf ihn zu mit den Worten: „Ohne meine Einwilligung durften Sie hier nicht reden!“ worauf jener antwortete: „Herr Pastor, ich hab schon so manch einen Kollegen geehrt, und bin noch nicht behelligt worden“, worauf der Pastor barock antwortete: „Ich dulde es nicht.“ Dieser Zwischenfall zeitigte ein polizeiliches Strafmandat über 10 M. Hiergegen wurde richterliche Entscheidung anrufen. Der Verhandlung wohnten unter anderem 4 Pastoren als Zeugen bei. Der Angeklagte und sein Verteidiger, Dr. Jasper, bestritten, daß die Worte eine Rede darstellten. Das Schöffengericht bestätigte aber den Strafbefehl. In der Urteilsbegründung wies Oberamtsrichter Brandes darauf hin, im Sinne des Strafrechts sei jede ausgesprochene Reihe von Worten wie die vorliegende als Rede oder Ansprache aufzufassen. Verurteilung gegen dies Urteil ist eingelegt. Ob Polizeiverordnungen, die das Reden am Grabe von der Zustimmung des Begräbnisbesitzers oder des Pastors abhängig machen, dem Gesetz entsprechen, kann billig bezweifelt werden. In der Praxis hat man dergleichen Verordnungen für gültig erklärt, ist aber über die Auslegung des Begriffs „Rede“ zu sehr verschiedenen Resultaten gekommen. Ein Teil der Erkenntnisse scheint davon auszugehen, daß die Polizeiverordnung den Schluß pastoraler Reden gegen freien Wettbewerb habe schützen wollen. Verurteilungen sind erfolgt, wenn anstelle des Pastors ein anderer die wirkliche Rede hält, ein kurzer Nachruf ist straflos geblieben. Andere Erkenntnisse haben versucht, das Leidenbegangnis mit einer Pastorrede als „gewöhnliches Leichenbegangnis“ anzufassen und haben gemeint, durch Latenzen ausgezeichnete Begräbnisse bedürften, wenn unter freiem Himmel gehalten, z. B. in Preußen der polizeilichen Genehmigung (§ 10 des Vereinsgesetzes). Diese Hochschätzung von Latenzen ist ab und an auch vom Kammergericht gebilligt. Auch die Beantwortung der Frage „was ist eine Rede?“ ist außerordentlich verschiedenartig erfolgt. Das Kammergericht hat zuerst auch hier den Ausweg gefunden, dem Landgericht die Entscheidung zu überlassen, weil die Frage, ob bestimmte Worte eine „Rede“ seien, Sache der „tatsächlichen Feststellung“ seien. Es hat auch freisprechende Erkenntnisse, bei denen der Tatbestand dem in Braunschweig verhandelten gleich lag, bestätigt und durch die Fassung des Urteils zu erkennen gegeben, daß diese „tatsächliche“ Würdigung des Falls seiner eigenen Auffassung entspricht. Seine Auffassung wird von allen denen geteilt, die eine Begriffsbestimmung für etwas mehr als eine Anfeindung von Worten halten. Die entgegenstehende irrige Ansicht des Schöffengerichts zu Braunschweig, jede ausgesprochene Reihe von Worten sei eine „Rede“ führt zu gar wunderbaren Konsequenzen. Danach wären z. B. alle religiösen Wundlungen zu bestrafen, die die Zeremonie des Besens von Sand in die Grube mit den ihrer religiösen Auffassung entsprechenden Worten begleiten. Würde das Schöffengericht auch diese beurteilen? Der Fall zeigt wieder einmal, welcher Wust zum mindesten überflüssiger Polizeiverordnungen die Gerichte belästigt, intellektuell beeinträchtigt und von der Bahn wissenschaftlicher Arbeit abdrängt, deren unbedingte Voraussetzung die Voraussetzungslosigkeit gegen politische oder religiöse Ueberzeugung oder Betätigung des Anklägers sein muß.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Kassaung 4, eine Treppe (Handelskassette Gesellschaft, Durchgang zum Lindenstr. 101), wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

W. 9. 100. 1. Empfehlen können wir die Kasse nicht. Wenden Sie sich an die Dienstadt-Kassenkasse, Prinzstr. 66, B. Hing. 2. Ja. — 10. Wenn Sie aus der Kirche nicht ausgelesen sind, müssen Sie Steuern zahlen. — 8. B. 5. 1. Soweit Versicherung vorliegt, kann Ersatz verlangt werden. — 6. 8. 7. 1. Rein. 2. Nachzahlung auf die Dauer von höchstens 3 Jahren könnte schlichtemfalls gefordert werden. — 6. R. 3. 1. Letterreich. 2. Rein. — 8. 29. Der Vormund hat recht. — 8. W. 9. 1. Zweck Austritt aus der Kirche teilen Sie zunächst Ihren Austritt schriftlich dem Amtsgericht mit (Formular erhalten Sie bei Hoffmann, Blumenstr. 14), dann erklären Sie innerhalb 4-6 Wochen nach Eingang des Schreibens Ihren Austritt schriftlich zu Protokoll (Abzug erhalten Sie nicht). Die Kinder müssen an dem Religionsunterricht teilnehmen. Lauscher und verglichen können Sie zum Termin mitnehmen. — Triftstraße 27 und 30. 6. Wenden Sie sich an eine Fortbildungsschule. — C. 27. 30. Rein. — 8. 70. Welcher sind Sie nach dem Gesetz zur Zahlung verpflichtet. — Adlershof 100. Der Herr hat kein Recht, Einwendungen dagegen zu erheben, daß Sie Hochzeit feiern.

Partei-Angelegenheiten.

Lichtenberg. Die Vorbereitungen zur Gemeindevahl erfordern die Mitkäufe aller Genossen! Am Sonntag findet eine Flugblattverbreitung statt. Hilfskräfte mögen sich sofort bei ihren Bezirksführern melden, um das Material in Empfang zu nehmen. Alle Mann an die Arbeit.

Sonntag mittag 12 Uhr findet im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 5, zum Abschluss der Wahlbewegung eine Volksversammlung statt. Genosse Dr. A. Bernstein hat das Referat übernommen. Genossen, die am Wahltage — Montag, den 11. März — Zeit haben, wollen sich am Sonntag 11 Uhr im Versammlungsort einfinden.

Nieder-Schönhausen. Die Parteigenossen werden ersucht, am Sonntag, den 10. März, früh 8 Uhr, in den Bezirkslokalen recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Neuenhagen (Ostbahn). Am Sonntag, den 10. März: Flugblatt- und Handzettelverteilung. Ausgabe derselben am Sonnabendabend von 8-9 Uhr bei Wilschke. Zahlreiche Beteiligung unbedingt notwendig. Die Bezirksführer.

Nieder-Wehme. Die Parteigenossen werden hierdurch auf den am Sonnabend, den 9. März, abends 8 Uhr, in dem bekannten Lokale stattfindenden Jahrlabend aufmerksam gemacht. Das Erscheinen aller Genossen ist dringend nötig.

Berliner Nachrichten.

Ein Straßeneubild.

Auf der Leipzigerstraße steht ein schwerer Lastwagen. Das vorgespinnne Pferd versagt den Dienst, der Fuhrmann rüft, zieht am Zügel, treibt an: der Gaul gehorcht nicht! Er sieht gerade so reduziert aus, wie der Fuhrmann. Vorbeifahrende Kutscher und Automobilisten sind unwillig über das Hindernis. Eiligen Schrittes kommt ein Schutzmann angeführt. . . Der Fuhrmann gerät in Aufregung — — Aber das Pferd setzt allen seinen Bemühungen, fortzukommen, weiter unerschütterliche Passivität entgegen. Vielleicht ist es müde, krank; jedenfalls, es versagt den Dienst. Schließlich wird der Fuhrmann wütend — bei einer Dame würde man sagen: nervös! — mit dem Peitschenstiel verfehrt er dem Gaul ein paar Stöße in die Rippen. Auch damit bringt er nicht das Gefährt von der Stelle. Aber einen elegant gekleideten Herrn setzt er in Bewegung. Dieser hat dem Treiben schon einige Zeit zugesehen, nun springt er zornig, zitternd vor Erregung auf den Fuhrmann zu und schreit ihm an: Ruhe! ein Tier zu mißhandeln . . . das werde ich Ihnen anstreichen . . . Schämten Sie sich. . . Es ist offensichtlich keine künstliche Erregung, es ist wirklicher Zorn über die Mißhandlung, die aus dem Herrn sprach. Er ist empört darüber, daß ein Tier, das sich nicht wehren kann, der Behandlung mit dem Peitschenstiel ausgesetzt ist. Der Fuhrmann hat aber für die edelen, zarten Empfindungen des Herrn, der aus dem Kreis des zuschauenden eleganten Publikums mehrfach Zustimmung findet, gar kein Verständnis. Nein, er empfindet die Einmischung sogar als durchaus unangebracht. Kurz, barsch ruft er dem Tierfreunde zu: Bringen Sie ihn doch weg, wenn Sie es können! — —

Schließlich gelingt es, den Wagen in Bewegung zu setzen. Die Menge verläßt sich. Auch der Herr, der in so edler Weise sich des mißhandelten Tieres angenommen hat, wendet sich zum Gehen. Da tritt ihm halb in den Weg ein kleiner Junge. Er mochte 10 Jahre zählen. Ein viel zu kurzes Wamschen, ein dünnes Höschen umhüllten einen mageren, unentwickelten Körper. Und aus dem blassen, schmalen Gesicht, aus den verhärteten Jügen sprach Hunger. . . Rot und Nummer aus den traurigen Augen und aus der Stimme. Mit bittender Gebärde strakt er, zitternd vor Kälte, die Arme vor. Seine Finger umschließen krampfhaft ein Bündchen Schuhriemen. . . In weinerlichen Tönen fleht er: Bitte Herr, drei Paar for'n Groschen. . .

Unwillig sieht der Herr zur Seite. Er murmelt: „Un-erhört von Eltern, Kinder so spät auf die Straße zu schicken! . . . Dann geht er weiter. . . Der frierende Knabe wendet sich anderen Passanten zu. Eilenden Schrittes will ein junges Mädchen vorbeiziehen. Es ist augen-scheinlich eine Kadnerin, die nach Geschäftsschluss dem Heime in der Vorstadt zustrebt. Da trifft die traurig verlorene Stimme ihr Ohr. Vielleicht steigen Bilder der Jugend vor ihrem geistigen Auge auf. Es weiß, warum so viele Eltern ihre Kinder auf die Straße schicken. . . Hastig holt es das Portemonnaie hervor und leert es vollständig. Siebzehn Pfennige sind darin. Sie kauft dem Jungen fast seinen ganzen Rest ab. Dann stürmt das Mädchen eilig weiter, als hätte es etwas Unrechtes getan. — —

Ueber das Gesicht des kleinen Burschen huscht ein süchtiges Lächeln. Er kann nun bald Felerabend machen. — —

Die städtische Schuldeputation hat beschlossen, die Pausen zwischen den Unterrichtsstunden zu vermehren und zu ändern. Es sollen in Zukunft die Pausen von 10, 20, 10 und 20 Minuten, zusammen 60 Minuten, gemacht werden. Während der 20 Minuten-Pausen müssen die Kinder ins Freie geführt werden, in den 10 Minuten-Pausen soll es den Direktoren und Lehrern überlassen werden, dort, wo die lokalen Verhältnisse es gestatten, die Kinder hinauszuführen. In allen Pausen sollen die Fenster gelüftet werden, und falls die Kinder mit Rücksicht auf das Wetter oder andere Ursachen in den Klassenräumen verbleiben, sollen sie während der Pausen Freiübungen machen. Die Nachmittagspausen sollen unverändert bleiben. Diese neuen Bestimmungen können erst in Kraft treten, wenn das Provinzial-Schulkollegium zustimmt, woran aber wohl kaum zu zweifeln ist, sodas mit der Einführung dieser neuen Pausen gerechnet werden kann.

Zur Wertzuwachssteuer.

Der zur Sonderberatung der Magistratsvorlage, die Einführung einer Wertzuwachssteuer betreffend, von der Stadtverordnetenversammlung eingesehene Ausschuss, hat bekanntlich mit Stimmenmehrheit die Wertzuwachssteuer abgelehnt. Für die Verhandlungen im Plenum der Versammlung hat jetzt die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag unterbreitet: Wir beantragen, in der Vorlage 191 über die Steuerordnung II, den Abschnitt B, „Wertzuwachssteuer“, die §§ 7, 8, 9, 10 und 11 der Magistratsvorlage mit der Maßgabe wiederherzustellen, daß in § 8 Absatz 1 statt der Worte: „der letzten Eigentumsübertragung“ die Worte: „des letzten entgeltlichen Eigentumsüberganges unter Lebenden“ zu setzen, und daß in § 8 Absatz 4 (Zeile 2) hinter den Worten „gemeine Wert“ einzufügen ist: für den Zeitpunkt des letzten entgeltlichen Eigentumsüberganges unter Lebenden“.

Mit diesen Anträgen ist von neuem die Forderung auf Einführung einer Wertzuwachssteuer für Berlin erhoben; ob sie aber bei den Hausbesitzerprivilegierten im Roten Hause das nötige Verständnis finden, steht allerdings dahin.

Die Bewegung zur Erhaltung des Grunewaldes macht weitere Fortschritte. Auch die Bewohner Wilmersdorfs setzen sich jetzt gegen die Vernichtung der Lunge Groß-Beckins zur Wehr. In einer Versammlung des Wilmersdorfer Bürgervereins „Kaiserplatz“ wurde angeregt, den Magistrat zu ersuchen, daß er sich dem geplanten Zweckerwerb zur Erhaltung des Grunewaldes anschließt. Neben der Gefahr einer weiteren Bebauung des Grunewaldes müsse man sich auch gegen den Plan wenden, den Wald durch Stacheldrahtzäune dem Publikum zu verschließen. Nach langer Debatte wurde beschlossen, sich mit den übrigen Vereinen Wilmersdorfs und den Kommunalvereinen der westlichen Vororte in Verbindung zu setzen, um ein gemeinsames Vorgehen in dieser Frage herbeizuführen. Der Vorstand wurde beauftragt, möglichst schon in nächster Woche eine große öffentliche Volksversammlung für die Bewohner aller westlichen Vororte Berlins nach Wilmersdorf einzuberufen, in der die Grundlagen für ein geschlossenes Vorgehen gegen die Vernichtung des Grunewaldes festgelegt werden sollen.

Eine Samariterübung auf der Eisenbahn. Als eine Folge der letzten wiederholten Unglücksfälle im Eisenbahnverkehr dürfte eine große Samariterübung zu betradten sein, die getrieben am Bahnhof Spindlersfeld stattfand. In zwei Extrazügen waren die Teilnehmer, unter denen sich auch eine Reihe hoher Beamter der hiesigen Eisenbahndirektion befanden, vom Schlesienschen Bahnhof nach der Übungsstätte gefahren. Das Exerzizium sollte den Samaritern Gelegenheit geben, sich in der schleunigen Hilfeleistung verwundeter Passagiere zu üben. Es wurde ein großer Zusammenstoß markiert und nun machten sich die Teilnehmer sofort an ihre Tätigkeit. Jeder hatte sein bestimmtes Pensum zu erledigen. Auf Krankenwagen wurden die angeblich Verunglückten von der Unfallstätte getragen und in ärztliche Hilfe genommen. Verbände wurden ihnen angelegt und kleinere Operationen an Ort und Stelle martiert. Die Übung dauerte länger als eine Stunde. Die Samariter bestanden aus Bahnpersonal, das durch derartige Übungen die notwendige Ausbildung erfahren soll.

Mehrere Verkehrsstörungen im Unterleitungsbetriebe der Strecke Königsplatz-Rotdamer Platz machten sich Mittwoch in fühlbarer Weise bemerkbar. Um 1/2 6 Uhr abends ging der Stromabnehmer eines Wagens der Linie O. in eine falsche Weiche und zerbrach. Hierdurch wurde eine Störung des Straßenbahnbetriebes auf die Dauer von 10 Minuten verursacht. — Um 8 Uhr abends fiel an der Ecke der Dorothien- und Sommerstraße die Stromsäge der Weiche herab, so daß der Verkehr bis 9/15 Uhr einseitig aufrecht erhalten werden mußte. — Um 1/2 12 Uhr trat ein neuer Defekt an der Stromsäge ein, wodurch wieder der einseitige Betrieb bis gestern morgen um 7 Uhr erforderlich wurde. — Wegen 12 Uhr nachts fuhr ein Wagen der Straßenbahnlinie 1 mit heruntergefallenen Stromabnehmer gegen die Weiche am Rotdamer Platz, wodurch sich der Pfahl festklemmte. Für die Dauer der fast halbstündigen Störung mußten die Wagen der Linien 6 und 9 durch die Prinz-Albrecht-, Zimmer- und Jerusalemstraße abgelenkt werden.

Der Schiffahrtsverkehr nach Berlin hat, nachdem die Gewässer nun endlich eisfrei geworden sind, in einem so gewaltigen Umfange eingesetzt, daß die Schleusenanlagen nicht genügen, um den Durchgangsverkehr zu ermöglichen. Die Regierung hat deshalb die Anordnung getroffen, daß das Vorzugsschleusenrecht, welches bei der Wernsdorfer Schleuse besteht, bis auf weiteres aufgehoben wird. Im Ober-Spreetanal, sowie im Havelanal bei Oranienburg lagern mehr als hundert größere und kleinere Zillen, welche auf Durchschleufung warten. Leider kann sich der Durchgangsverkehr durch Berlin noch nicht in vollem Umfange entfalten, weil die Reparaturarbeiten an der Mühlendamm-Schleuse längere Zeit in Anspruch nehmen. Diese dürfte voraussichtlich am Montag wieder für den Verkehr freigegeben werden. Inzwischen müssen die Fahrzeuge durch die Stadtschleuse geführt werden, die jedoch für den Gelehrverkehr unzureichend ist, sodas die Schiffahrt für Zillen von mehr als 400 Tonnen Gehalt unterbrochen ist.

Zur Hebung der Schiffahrt auf der Obersee wird die Müggelspree bei Rahnsdorf in soweit reguliert werden, als die Krümmung dortselbst freigelegt wird. Die Regierung hat ferner angeordnet, daß die angelegene Wöschung in einem Akerstreifen von zehn Meter Breite nicht bebaut werden darf. Dieses Gelände soll vielmehr zur Aufnahme des Hochwassers frei bleiben, doch bleibt den Eigentümern die Berechtigung der Grasbeweidung vorbehalten. Ferner ist den Anliegern das Recht erteilt, den Boden außerhalb des erwähnten Akerstreifens zu erhöhen, um das Austreten der Spree zu verhindern, wodurch endlich ein Hemmnis in der Entwicklung der Vororte Rahnsdorf und Neu-Helgoland beseitigt ist.

Im Beruf das Leben gelassen. Ein blühendes Menschenleben hat ein verhängnisvoller Unglücksfall gefordert, der sich gestern in der Greifswalderstraße zutrug. In kurzen Abständen waren zwei Vordelwagen auf ein Reubaugrundstück gefahren und als das Vorderfahrzeug plötzlich anhält, stieß das hintere mit ihm zusammen. Durch den heftigen Anprall wurde der Kutscher, der 27jährige Max Börner, vom Bod heruntergeschleudert und unter die Räder geworfen. Unglücklicherweise gingen sie ihm über das Gesicht hinweg und ein Bruch der Wirbelsäule führte den sofortigen Tod herbei.

Das Opfer eines Automobilunfalles wurde in der vorbergangenen Nacht der Generalleutnant von Kope, Joachimsthalerstraße 12. Herr von K. hatte gegen 1 Uhr an der Ecke der Joachimsthalerstraße und des Kurfürstendamms einen Straßenbahnwagen verlassen, und während er im Begriffe war, auf den Bürgersteig zu gehen, wurde er von dem Droschkenautomobil Nr. 8724 erfasst und umgerissen. Der Verunglückte hatte eine Gehirnerschütterung, sowie Verletzungen an den Händen erlitten und erhielt auf der Unfallstation am Zoologischen Garten die ersten Notverbände.

Interessante Bilder befanden sich in einer Sammlung von Oelgemälden alter Meister, welche dieser Tage veräußert wurde. Das Bild aus der altdeutschen Schule des 16. Jahrhunderts „Die Entthronung eines Apostels durch den Denker in Gegenwart des Richters, der auf einem goldenen Thron sitzt“, ist eine Darstellung, die allerdings nicht jedermann, wenn er nicht zufällig selber Scharfseher ist, alle Tage zum Frühstück vor Augen haben möchte, ebensowenig wie das Bild des Caldata Carabaggio. Ein alter Greis trauert aus einer Whiole Balsam in die Wunde eines auf einem Tisch liegenden, schwerverletzten jungen Mannes. Der nackte Körper, die sahle Fleischfarbe, das Halbdunkel im Gemach sind naturgetreu wiedergegeben. Sehr originell war ein Bild von Pieter Brueghel: In einer Dorfstraße in Niederland, wo viel Volk versammelt ist, kommen Joseph und Maria mit dem Jesuskind auf einem Esel angereiten.

Intimes aus dem Museum für Meereskunde.

Wer durch die freundlichen Räume des Museums wandert und die reiche Fülle der ausgestellten Gegenstände, die reizenden Spielzeugen gleichenden, Schiffsmodelle, die vielen Instrumente, Waffen, Flaggen oder die Schätze der biologischen Abteilung bewundert, weiß wohl nur in den wenigsten Fällen, daß er hier neben den wissenschaftlichen auch recht große reale Werte schaut. Da finden wir z. B. in der historischen Abteilung gleich vornan das elegante Modell der „Stolz“. Es ist zwar aus einem massiven Holzloz gearbeitet, hat aber doch einen Herstellungswert von etwa 4000 Mk. Interessant ist bei diesem Modell übrigens die Kallage; denn die

Rasten sind wie bei seinem Original, aus Stahlblech gearbeitet. Gegenüber steht, ebenfalls in einem Glasfaßen, die „Renown“, die, auch im Innern als Modell gearbeitet, einen Wert von etwa 15 bis 20 000 Mk. hat. Die in der angrenzenden Galerie aufgestellten Raschinemodelle, deren größtes die Schiffsmaschine der „Deutschland“ im Maßstab 1:10 darstellt, repräsentieren die nette Summe von 250 000 Mk., die, nebenbei bemerkt, ein Geschenk sind. Im Licht-hof des Museums stehen Modelle, deren Wert zwischen 8 und 10 000 Mk. schwankt; den großen Glasfaßen (jeweils 6 Meter hoch), der eine ganze Linienstabsdivision im Maßstab 1:50 enthält, darf man getrost mit 40 bis 50 000 Mk. in Rechnung stellen. Auch einzelne der großen seidnen Flaggen, die hier aufgehängt sind, stellen recht repräsentable Werte dar; sie sind meistens Geschenke und deshalb versagen wir es uns, Ziffern zu nennen. In den oberen Räumen fällt uns das große Modell des Hamburger Hafens auf; wenn wir seinen Wert auf 25 000 Mk. veranschlagen, so werden wir uns wohl nicht um viel getren haben. Die im selben Saal aufgehängte große Leuchtfeuerlinse, die aus einzelnen Prismen besteht, müßten wir mit etwa 1200 Mk. bezahlen, wenn wir sie kaufen wollten. Was in dem angrenzenden riesigen Instrumentarium für Werte investiert sind, kann sich jeder selbst ausrechnen, wenn er bedenkt, daß z. B. die Kompaße viele Hundert, die Lotmaschinen viele Tausend Mark kosten. Dort steht auch die Tiefseelotmaschine der deutschen Südpolar-Expedition, mit der Tiefen von über 9000 Meter ermittelt worden sind. Wandern wir weiter nach der biologischen Abteilung, so bewundern wir sicherlich das große Korallenriff, das von der Sinaihälfte des Roten Meeres stammt. Da zur Gewinnung dieses Riffes eine besondere Expedition vom Institut ausgesandt ist, so können wir die Kosten dieser Expedition als Wert des Riffes in Rechnung bringen, das sind etwa 10 000 Mk. Unschätzbar, weil einzig in seiner Art, ist der ungeheure Korallenblock, der neben dem Riff steht, und den acht Matrosen bei den Bahama Inseln aus der Tiefe herausbefördert haben. Auch die Ozeanologische Abteilung birgt zwar unscheinbare, aber doch recht hohe Werte; kostet doch z. B. jede einzelne Lotung, deren Ergebnisse in je einem Reagenzglaschen untergebracht sind, allein schon 300 Mk.

Arbeiterturnerbund. Die soeben erschienene statistische Uebersicht über den Stand der Arbeiterturnbewegung weist einen großen Fortschritt in den letzten Jahren auf. Der Arbeiterturnerbund zählte vor 10 Jahren nur 285 Vereine mit 18 523 Angehörigen, heute hat sich der Bund auf 1236 Vereine mit 105 056 Angehörige emporgearbeitet. Der Zuwachs im letzten Jahre beläuft sich allein auf 287 Vereine mit 2617 Angehörigen.

Die alle 14 Tage erscheinende, in der Offizin der Leipziger Volkszeitung hergestellte „Arbeiterturnzeitung“ hat eine Abonnentenziffer von 65 000 Exemplaren aufzuweisen.

Der Ausbreitung der Arbeiterorganisationen auf dem Gebiete des gesellschaftlichen Vereinslebens kann man nur Sympathie entgegenbringen, zumal wenn man bedenkt, daß die bürgerlichen Turn-, Radfahrer- und Gesangsvereine der Reaktion dienstbar sind.

Der Kampf der Behörden gegen Arbeiterturn- und Radfahrervereine ist ein äußerst heftiger und die Gegner der modernen Arbeiterturnbewegung suchten auf diesem Gebiete für ihre reaktionären Zwecke zu wirken. In einem Flugblatt der Deutschen Turnerschaft, das just zur Wahlzeit kam, heißt es wörtlich:

„Parteilosigkeit, Kostengeist, Klassenherrschaft und tödlicher Haß gegen jeden, der nicht zur Fahne des sogenannten Proletariats schwört, — sie sind der Charakter der sozialdemokratischen Partei und ihres Arbeiterturnerbundes. Nur der organisierte, jeden anderen Menschen hassende Arbeiter soll herrschen, mag er auch noch so unerfahren und untreif sein. Es ist eine unwiderlegbare Tatsache, daß zur Deutschen Turnerschaft gehörende Arbeiter in manchen Fabriken von ihren organisierten Arbeitsgenossen empörend behandelt und von den Arbeiterorganisationen mit Maßregelung bedroht werden.“

In dieser Tonart geht der blödsinnige Angriff auf die Arbeiter und ihre Organisationen weiter und von einer Turnerschaft wird dieses verübt, die leider noch 1/2 Arbeiter in ihren Reihen zählt.

In offizieller Form hat der Deutsche Turnerschaftsausschuß die Deutsche Turnerschaft als Volkswert gegen die Sozialdemokratie gefeiert, sogar als einen Wall gegen umstürzlerische und zerstörende Zwecke.

Die Bestrebungen der Gewerkschaften werden von dem Turn-ausschuß folgendermaßen verhöhnt:

„Der Turner soll sein im Beruf strebsam und arbeitsfreudig, mehr bedacht auf treues Schaffen, Lernen und Vorwärtstommen durch eigene Kraft, als auf Verletzung der Arbeitszeit und all die gebratenen Lauden, auf die die Gaulen mit offenem Munde warten.“

Nach solchen Leistungen kann es wäglich keinem Arbeiter schwer fallen, den Grundhaß zu verfolgen: Keinen Mann und keinen Groschen für bürgerliche Turn-, Radfahrer- und Gesangsvereine.

Ein Wechselgeldschwindler ist in der Person des Erdarbeiters Bezugul der Polizei in die Hände gefallen. Seit längerer Zeit wurden zahlreiche Geschäftsleute dadurch geschädigt, daß ein Schwindler irgend eine Kleinigkeit kaufte und ein Rubelstück in Zahlung gab. Diese Münzen, die dem deutschen Gelde ziemlich ähnlich sind, haben ungefähr die Größe des preussischen Talers, jedoch nur einen Wert von 2/16 Mk. B. hatte also bei jedem Geldstück einen Nutzen von 80 Pf. Als ihm der Boden in Berlin zu heiß wurde, verlegte er das Feld seiner Tätigkeit nach den Vororten. Nachdem vor dem russischen Schwindler öffentlich gewarnt worden war, ist seine Verhaftung endlich gelungen. Der Festgenommene behauptet, daß er stets die Geschäftsleute darauf aufmerksam gemacht hätte, doch er nur russische Münzen habe, und ihm immer freiwillig zuviel herausgezahlt worden wäre.

Des Rubels Kern. Ferdinand Wonn, deutscher Idealist im Haupt- und Theaterdirektor im Nebenberufe, ist vom Kaiser bei ihrem letzten Zusammensein angeblich wegen des Rufes bewundert worden, mit dem er in seinem Detektivspiel gewisse Wahrheiten auszusprechen gewagt habe. Worin diese Wahrheiten bestehen sollen, war zunächst etwas dunkel. Da Herr Wonn es neuerdings vorzieht, seine dramatischen Wechselbälge unangeführt und unter Ausschluß der Kritik herauszubringen, wofür ihm diese sehr dankbar ist, konnte man den tieferen Sinn dieser Anspielung nicht sogleich ergründen. Aber jetzt ist es heraus. Herr Wonn hat in dem „Gunde von Vasterdise“, welches Stück er aus dem Romane Conen Doyles gegen dessen ausdrücklich ausgesprochenen Willen zusammenge- bündelt hat, einige Tiraden gegen die Presse eingeschaltet. Warum das besonders bewundernswert ist, bleibt uns unverständlich. Oder wollte der Kaiser durch seine Bewunderung seine Sympathie mit Wonn von der ganzen Presse einhellig verurteilten Attentate auf die Kunst bekunden?

Jedenfalls sind die Zeiten auch im halb absolutistischen Preußen vorbei, da Könige diktierten, welche Richtung die Kunst einzuschlagen habe. Bedet Wonn noch der deutsche Kaiser können etwas daran ändern.

Ein irrfinniger Chorführer soll sich nach dem Bericht eines hiesigen Mittagsblattes auf dem Hofsonnerte, das am Mittwoch abend im weißen Saale des Schlosses stattfand, zu schaffern gemacht haben. Es wird darüber folgender Bericht verbreitet:

„Nach der ersten Abteilung, die Hofopernsänger Griswold mit dem tiefempfundnen Vortrag von Schuberts „Ansch! Beschlöß, sollte eine Pause von einer halben Stunde eintreten, während welcher Erfrischungen gereicht wurden, und der Kaiser eine Reihe von Redungen entgegennehmen wollte. Es waren aber noch kaum zehn Minuten vergangen, als das Trommelsignal „Sammeln“ im Saale ertönte, worauf die Anwesenden — dank ihrer größtenteils militärisch geübten Ohren — sogleich wieder

Sein Bläse einnehmen. Auch der Kaiser, so befehlend er über den Abbruch der Pause und das merkwürdige Zeichen zum Beginn war, begab sich wieder auf seinen Platz, nicht ohne sich indes nach der Ursache des „Sammel“-Rufes erkundigt zu haben. Er war höchlich erstaunt, als Hofkapellmeister Richard Strauß ihm die Meldung machte, der Chorführer Eugen Kupte habe sich in der Pause an die Konzerttribüne herangemacht, und das Signal gegeben. Dr. Strauß veranlaßte sogleich, daß der Sänger, der zweifellos von einer Geistesstörung befallen worden war, entfernt werde. Der Kranke, der Tags zuvor von Dr. Strauß verständigigt worden war, daß er an dem Konzert nicht teilnehmen sollte, aber dennoch erschienen war, setzte seiner Entfremdung heftigen Widerstand entgegen, so daß ein Hofkavalier Gewalt anwenden mußte, um ihn über die 140 Stufen, die vom weißen Saal hinabführen, zu geleiten.

Der Sänger, der bereits früher einmal in einer Nervenerkrankung untergebracht war, gestikuliert heftig und versucht während des ganzen Weges, sich von seinem Begleiter loszureißen. Er führte wirre Reden und erzählte dem Kaiser in heftiger Erregung, daß er beabsichtige, sich demnächst mit einer jungen Sängerin zu verheiraten; in krasen Wendungen schrie er seinem Begleiter die Geschichte seiner Liebe auseinander, unterbrach sie aber plötzlich und begann von seinem Reffen zu sprechen, der Rabatt sei, und den er unbedingt dem Kaiser vorstellen müsse. Das sei auch der Grund gewesen, weshalb er trotz der Weisung des Hofkapellmeisters dennoch erschienen sei. Als der Diener den Kranken endlich bis auf den Schloßhof gebracht hatte, rief er sich plötzlich mit einem heftigen Ruf von seinem Begleiter los und rannte in wilden Sätzen über den Hof. Der Kaiser konnte seiner erst nach einer aufregenden Jagd habhaft werden und ihn endlich, nachdem er sich ein wenig beruhigt hatte, nach Hause geleiten.

Der bebauernswerte Sänger wird heute in eine Heilanstalt gebracht werden.

Ein Protest gegen die Schumann-Rede. Eine Protestkundgebung gegen die Äußerungen des Landtagsabgeordneten v. Schumann über das Berliner Nachleben, insbesondere gegen den Vorschlag einer früheren Polizeistunde, veranstaltete der Verein Berliner Gastwirte morgen im Vaguenhagenschen Saale. Herr Emil Wiese referierte über die Frage: „Kann die Stillezeit der Hauptstadt des Reiches durch Kürzung der Polizeistunde gehoben werden?“

Bergkitt hat sich am Dienstag der Töpfer Herrn Dabertow, Sparrstraße 4. D. kam abends niedergeschlagen von der Arbeit nach Hause. In einem Augenblick, als er allein in der Stube war, trank der Webwarenverleiher Lysol. Schwer krank wurde er nach der Unfallstation in der Bindowstraße gebracht, wo er unter den Händen des Arztes verstarb.

In der Kotig: „Schutz der Frauen“ unter der Rubrik Gerichtszeitung ist in der Mittwochsnummer von einem Schriftführer Max Rasso die Rede; der Schriftführer Max Rasso, Kürassierstraße 18, bittet und mitzuteilen, daß er mit demselben nicht identisch ist.

Neugen gesucht, welche den Vorfall an der Schleiermacherstraße, Ecke Bückerstraße, am Sonntag, abends 1/2 bis 1/3 Uhr, beobachtet haben. Erich Wächter, S. 53, Siboldstraße 5, vorn part.

Wer ist der Tote? In der Nacht zum 2. März 1907 gegen 11/2 Uhr wurde in der Dirksenstraße vor dem Stadtbahnhofen 103 ein unbekannter circa 58 bis 63 Jahre alter Mann in hilflosem Zustande aufgefunden. Er wurde nach dem Krankenhaus „Friedrichshain“ gebracht und verstarb dortselbst kurze Zeit nach der Aufnahme. Ueber die Persönlichkeit des Verstorbenen fehlt jeder Anhalt. Sachdienliche Mitteilungen werden von jedem Polizeirevier sowie im Polizeipräsidium Alexanderstr. 3/8 II Treppen Zimmer 325 entgegen genommen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin, Grenadierstraße 37. Der Unterricht in Literaturgeschichte muß diesen Sonnabend ausfallen, da Genosse Ströbel wegen Teilnahme an einer Konferenz am Erscheinen verhindert ist.

Im Brater-Theater wird am heutigen Freitag das A. Bahnsche Volksstück „Die weiße Rose“ zum ersten Mal in Szene gehen. Gleichzeitig teilt uns die Direktion mit, daß für den 15. dieses Monats eine Kavität „Die letzte Bitte oder Führe uns nicht in Versuchung“ zur Erstaufführung vorbereitet wird.

Bei einem Brande in der Elbingerstr. 18 wurden zwei Pferde durch Brandwunden am Kopf und Rücken verletzt und einem Tierarzt übergeben. Ein Bodenbrand beschäftigte die Wehr in der Bickelstr. 48. Ferner hatte die Wehr in der Kuhlstr. 13 und Adalbestr. 50 zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Säuglingsfürsorgestellen haben bereits in den ersten Jahren ihres Bestehens gute Erfolge aufzuweisen. Die Sterblichkeitsziffer ist sichtlich herabgegangen, insbesondere bei den mit Muttermilch ernährten Kindern. Als ihre Hauptaufgabe betrachten es die Fürsorgestellen daher, die Mütter, wo es irgend möglich erscheint, zum Selbststillen der Kinder zu bewegen. Hierbei haben sich die seit dem 1. April 1906 eingeführten Stillprämien (regelmäßig 1 Liter Milch täglich auf längstens 13 Wochen) besonders wirksam erwiesen. Vom April bis Oktober sind 548 Mütter so unterstützt worden, und die Zahl der selbstgestillten Kinder hat seit dem 1. April gegen das Vorjahr um 20 Proz. zugenommen. Auch die Zahl der die Fürsorgestellen besuchenden Kinder überhaupt hat sich stark vermehrt. Während das ganze erste Betriebsjahr nur 988 Kinder aufweist, sind die Fürsorgestellen schon in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober 1906 einschließlich der aus dem Vorjahre übernommenen von nicht weniger als 1418 Kindern, d. h. fast einem Drittel aller in Charlottenburg geborenen Kinder besucht worden. Bis zum 1. Februar d. J. ist die Zahl weiter auf 1939, d. h. etwa zwei Fünfteln aller im ganzen Jahre in Charlottenburg geborenen Kinder angewachsen. Dementsprechend ist auch der Milchverbrauch der Fürsorgestellen stark gestiegen. Die Gesamtausgaben im Rechnungsjahr 1906 betragen 20 488 M. Für 1906 stehen einschließlich von 19 000 M. zu Verfügung an Schwangeren und stillenden Mütter rund 64 000 M. zur Verfügung; außerdem sind zur Einrichtung der Milchküchen 10 000 M. aufgewendet worden. Für 1907 sind 83 420 M. in Aussicht genommen. Verhältnismäßig gering ist im ersten Jahre die Zahl der unehelichen Kinder gewesen, die den Fürsorgestellen zugeführt sind. Seit Einführung der Berufsvormundschaft (1. Oktober 1906) wird jedes in Charlottenburg geborene uneheliche Kind den Fürsorgestellen überwiesen, sofern nicht besondere Gründe es entbehrlich erscheinen lassen. Es wird auch auf eine regelmäßige Vorstellung in den Fürsorgestellen gehalten.

Nummernburg.

Eine erfreuliche Steigerung der politischen Organisation und der Abonnentenzahl des „Vorwärts“ hat Stralau-Nummernburg zu verzeichnen. Nach dem Jahresbericht, den der Vorsitzende des Wahlvereins Genosse John in der am Sonntag stattgehabten Generalversammlung erstattete, und der den Mitgliedern zum ersten Male ausführlich gedruckt vorkam, haben stattgefunden 14 Agitations- und Protestversammlungen, sowie 8 Mitgliederberatern. Für den Außenbezirk Müdersdorf wurden 4 Agitations- und 12 Mitgliederberatern abgehalten. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 26 Sitzungen. Die Mitgliederzahl ist im Jahre 1906 von 558 auf 1000 gestiegen und betrug am 15. Februar 1907 1058. Gleich der Mitgliederzahl ist auch die Zahl der „Vorwärts“-

Abonnenten von 1070 auf 2126 angewachsen. Der Kassenbericht ergibt bei einer Einnahme von 4975,88 M. und Ausgabe 4326,84 M. einen Bestand von 639,24 M. Als besonders erfreulich wurde vom Genossen John der Umstand bezeichnet, daß der Verein die Kosten der Reichstagswahl bestritten hat und außerdem imstande war, 2862,69 M. an den Kreis abzuführen. Dagegen zeige das Ergebnis der Reichstagswahl, welche für unseren Kandidaten 6327 Stimmen brachte, daß noch viel agitatorische Arbeit zu leisten sei, damit das Verhältnis zwischen der Wählerzahl und der Mitgliederzahl des Vereins ausgeglichen werde. Zur Neuaufnahme hatten sich 211 Genossen gemeldet, welche nach Verlesung für aufgenommen erklärt wurden. Zwei Genossen wurden zurückgestellt. Nachdem wurde die Neuwahl vorgenommen. Gewählt wurde als erster Vorsitzender John, zweiter Vorsitzender Barlig; erster Kassierer-Rohstadt, zweiter Kassierer Brüste; erster Schriftführer W. Kähler, zweiter Schriftführer Polmann; Revisoren: Lenzer, Wandelbar und Sievert; Zeitungskommission: Stütz, Dehling und Alf. John; Abteilungsleiter: Berger und Trinks. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, auf der Kreisgeneralversammlung eine Beitragserhöhung von 5 Pf. pro Monat zuzustimmen. Die Stellungnahme zu der Landtagswahl wurde den Delegierten überlassen. Zum Schluß wurde die Wahl von 17 Delegierten und 5 Erfahrmännern zur Kreisgeneralversammlung vorgenommen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Ableben des Genossen Panten in der üblichen Weise.

Schöneberg.

In der heute abend 9 Uhr bei Obst (Kunze) stattfindenden Mitgliederberatern des neugegründeten Arbeitervereins werden Turnfreunde aus Arbeiterkreisen eingeladen.

Wilmersdorf.

Der Etat der Stadt Wilmersdorf stellt sich in diesem Jahre in Einnahme und Ausgabe auf 10 215 005 M. oder rund 1 1/2 Millionen Mark niedriger als der letzte Vorjahr. Das Ordinarium beträgt 5 945 000 M. und das Extraordinarium 4 270 005 M. — Ueberschüsse werden erzielt durch den Steuerertrag 3 428 305 M., die Gemeindefinanzsteuer mit 90 Proz. Zuschlag erzielt 1 669 000 M., Gewerbe- und Betriebssteuer 90 000 M., Grundsteuer mit 2,3 vom Tausend 1 287 000 M., Umsatzsteuer mit 1,5 Proz. 600 000 M., Hundesteuer 58 000 M. und Luftverkehrsteuer 9500 M. Die Friedhofsverwaltung erzielt einen Ueberschuß von 17 900 M. — Zuschüsse erfordern folgende Verwaltungen: Kapital- und Schuldenverwaltung 1 254 088 M., Schulwesen 644 050 M., allgemeine Verwaltung 612 942 M., Bauverwaltung 567 900 M., Grundstücksverwaltung 68 000 M., Gartenbau 55 800 M., Feuerlöschwesen 143 730 M. und Armenverwaltung 58 000 M. Der Wert der Liegenschaften und steuerpflichtigen Gebäude wird auf 585 Millionen Mark geschätzt. An die Provinz Brandenburg sind 250 000 M. zu entrichten. — Die Kosten der Polizeiverwaltung vom 1. April dieses Jahres betragen 68 020 M.

Den Tod eines braven Genossen hat die Wilmersdorfer Arbeiterbewegung zu verzeichnen. Max Lange ist im Lichterfelder Krankenhaus im Alter von 30 Jahren an der Proletariatskrankheit verstorben. Das rege Interesse und die rührige Anteilnahme an den Arbeiten, die der Verstorbene in der Partei und Gewerkschaft behandelte, sichern ihm ein dauerndes Andenken seiner Genossen. Der Verstorbene hinterläßt eine Witwe mit fünf Kindern. Näheres Inzerat.

Stralau.

Der Kuffall der Reichstagswahlen lautete das Thema eines Vortrages, das Genosse Rebbin in der letzten Generalversammlung behandelte. Den ungünstigen Ausfall der Reichstagswahlen führte Rebbin unter anderem auf die fortgesetzten Fälschereien in unseren eigenen Reihen zurück, welche die Gegner in ihrem Sinne ausnützten. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Göbel, Wägenbör, Fiegler und Wessel im Sinne des Referats. Der Kassenbericht ergab für das I. Quartal eine Einnahme von 450,70 Mark und eine Ausgabe von 95,15 Mark, für das II. Quartal eine Einnahme von 466,55 Mark und eine Ausgabe von 170,15 Mark. Die Mitgliederzahl ist seit Anfang 1906 von 121 auf 190 gestiegen. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten beträgt gegenwärtig 217. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt als erster Vorsitzender Wessel, zweiter Vorsitzender: Lippert, Kassierer: Gumlach, Schriftführer: Kugel, Revisoren: Wägenbör, Mey und Aus, Lokalkommission: Stohr, Walter und Werler. Erster Bezirksführer: Wägenbör, zweiter Bezirksführer: Wesshausen. Als Delegierte zur Generalversammlung wurden Gebel, Sommer und Hallway gewählt.

Lichtenberg.

Die Lichtenberger Bürger haben ihre Kandidaten aufgestellt. In der zweiten Abteilung soll im Ortsteil (Osten) außerhalb der Ringbahn der Berliner Magistratsbeamte und Fahrer der Grundbesitzer „Lichtenberg-Ost“, Herr Oskar Rott und im westlichen Ortsteil der Fahrer der Grundbesitzer „Friedrichsberg“ Herr Bankdirektor Plonig die Gegner der Wertzuwachssteuer im Gemeinderat vertreten. In der dritten Abteilung sollen den gleichen Zweck erfüllen die Grundbesitzer Herren Kiliian, Kiliem im ersten Bezirk, Hirtszulig im zweiten Bezirk und Jungmann im vierten Bezirk. Die noch fehlenden beiden „Wählerkandidaten“ sollen scheinbar den „Damenbüchsen“ gütigst überlassen bleiben. Die Keuzerung des Herrn Plonig über den Kampf gegen die Wertzuwachssteuer hat anscheinend den ganzen „Interessenkügel“ auf die Weine gebracht. Die gestern von uns gebrachte Keuzerung des Ortsteils soll geteilt bestimmt sein, dem allzu offenerzigen Herrn Plonig zu Gemüte zu führen, daß man sehr wohl Gegner einer solchen Steuer sein kann, aber so etwas nicht sagen darf! Die Wähler könnten sonst kopfschütteln werden. Nun sind bisher nicht weniger als 28 Herren aus den Kreisen der „Besthenden“ als diverse Wahlkomiteetexter bestimmt worden, und noch andere werden folgen, die Folgen einer solchen „freimütigen Sprache“ wieder gut zu machen. Daß auch die Vertreter (Direktoren) von Terrainsgesellschaften dazu berufen werden, als Wahlkomiteemitglieder die „Mannen“ auszusuchen, die über die Geschicke der künftigen Stadt Lichtenberg beraten sollen, wird sicherlich dazu beitragen, den kommenden Wahlkampf zu einem recht interessanten zu gestalten. Es dürfte zunächst in den Händen der Gemeindeväter liegen, den Versuch, schon in der Gemeindevertretung eine Majorität gegen die Wertzuwachssteuer zu schaffen — denn darauf kommt das ganze Gedächtnis hinaus —, zunächst zu machen. Gegen die vereinigten Grundbesitzer und Terrainsgesellschaften, für das Allgemeininteresse muß die Lösung bei der Gemeindevahl am Montag sein.

Jeder Bürger hat die Pflicht, durch die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten zu bekunden, daß es nicht Sonderinteressen wahrzunehmen, sondern die Entwicklung der Gemeinde und des Interesses der Gesamtheit zu fördern gilt.

Friedrichshagen.

Der Spezialetat für das Realgymnasium balanziert in Einnahme und Ausgabe pro Rechnungsjahr 1907 mit 69 100 M. (im Vorjahr 66 500 M.). Die Einnahmen setzen sich zusammen: Schulgeld 32 200 M., aus Zinsen 635,01 M., Gemeindegeldzuschuß 36 264,99 M. Die Ausgaben bestehen aus: Lehrergehälter 43 250 M., Unterrichtsmittel und Subsidien 1780 M., Heizung, Reinigung und Unterhaltung des Schulhauses 4215 M., Pensions- und Reklamsfonds 8554 M., Vergütung und Tilgung der zum Bau und zur Einrichtung aufgenommenen Anleihe 15 726 M., insgesamt 326 M. — Die Schülerzahl des Gymnasiums ist von Jahr zu Jahr gestiegen und wird für das Etatsjahr auf einen Schülerbestand von 800 gerednet. Einigen Schülern sind Freistellen gewährt worden und zwar besonders in denjenigen Fällen, wenn drei oder mehr Kinder einer Familie die Lehranstalt besuchen. Die

Zahl der Freistellen wird für die Vorkurse vier, für das Gymnasium acht betragen. Gemäß einem Gemeindefaßlufte werden zwei begabte Schüler der Gemeindefaßlufe in der Sexta unentgeltlich unterrichtet. Dieselben werden, sofern sie sich weiter zum Besuch der höheren Lehranstalt eignen, auf Gemeindefaßlufen unterrichtet. Die Kosten für die erforderlichen Lehrmittel haben die Eltern der Kinder selbst zu bestreiten. Ein Antrag der sozialdemokratischen Gemeindevorteiler, auch die Lieferung der Lehrmittel auf Gemeindefaßlufen zu übernehmen, wurde seinerzeit von der Vertretung gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Weißensee.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorsitzende Genosse Kohl den Jahresbericht des Vorstandes. Nach dem Kassenbericht hatte der Verein eine Jahreseinnahme von 4300,83 M. und eine Ausgabe von 3747,47 M., mithin verblieb ein Bestand von 553,36 M. Nach dem Bericht des Bibliothekars, Genossen Oley, wurden im letzten Jahre 620 Bände aus der Bibliothek entliehen. Den Bericht des Wahlkomitees erstatteten die Genossen Taubmann und Teuber. Danach hatte das Wahlkomitee eine Einnahme von 688,18 M. und eine Ausgabe von 670,22 M., mithin verblieb ein Ueberschuß von 17,96 M. Die nunmehr vorgenommenen Neuwahlen zum Vorstande usw. ergaben folgendes Resultat: Kohl erster, Schmutz 2. Vorsitzender, Liebenow Kassierer, Kerlich Schriftführer, Bedow, Pauleit und Oley Bibliothekare; Krause, Walter, Kötter und Hoffmann Lokalkommission; Kaufbold, Breitkreuz und Teuber Revisoren; Klopffopf und Paul Schulz Revisoren der Zeitungskommission. Als Abteilungsleiter wurden die Genossen Werschall, Andree, Weber, Schumann, Fuhrmann und Kuppall bestatigt. Die Kreis-Generalversammlung soll der Generalversammlung von Groß-Berlin folgen. Ein Antrag zur Annahme empfahl: „Es soll fernerhin im § 5 Abs. 1 des Groß-Berliner Verbandstatuts heißen: Auf je 100 Mitglieder (statt 50) ist ein Delegierter zu wählen.“ Ferner empfahl die Versammlung folgenden Antrag für Groß-Berlin im § 5 Abs. 1 des Groß-Berliner Verbandstatuts: „Das Mittelungsblatt soll, wenn es nichts Neues für die Abteilungsleiter bringt, wieder eingehen.“ Zugestimmt wurde noch den Ansuchen der Genossen Salmom und Sander.

Durch eigenartige Umstände entstand vorgestern nachmittags in Weißensee eine Straßenbahnunfall. In der Langhausstraße war um 1/3 Uhr eine Sogenannte Lampe der Straßenbeleuchtung herabgefallen und fiel auf die Oberleitung der Straßenbahn. Hierdurch wurde Kurzschluss herbeigeführt, der Stromabtrieb brannte durch und der Scheitelpunkt des Bezirks wurde stromlos. Für die Dauer der Reparaturarbeiten mußten die Wagen der Linien 60 und 61 am Antonplatz umlegen.

Reinickendorf.

Einen ausführlichen Bericht des Vorstandes erstattete in der letzten Generalversammlung des Wahlvereins Genosse Schönberg. Danach haben im letzten halben Jahr stattgefunden 5 Mitgliederberatern, 1 Generalversammlung, 3 öffentliche Versammlungen und 7 Vorstandssitzungen. Neu aufgenommen wurden 127 Genossen, ausgeschieden sind wegen Verzuges 10 Genossen, einer verstarb und 43 mußten wegen rechtlicher Beiträge gestrichelt werden. Infolge des alten Bestandes von 308 beträgt die Mitgliederzahl jetzt 307. Die Zahl der für uns abgegebenen Stimmen betrug bei der Reichstagswahl 2021, daraus ist zu ersehen, wie viel Arbeit für die Genossen noch zu verrichten ist. An der Aufnahme der Statistik beteiligten sich 311 Genossen. Davon waren 231 gewerkschaftlich organisiert, 33 selbständig und 47 gehörten keiner Gewerkschaft an. Den „Vorwärts“ lesen 257, „Morgenpost“ 11, „Volkszeitung“ 2, „Deutsches Blatt“ 2, „Lokalanzeiger“ 2 und 35 keine Zeitung. Der Kassenbericht zeigt eine Einnahme von 988,90 Mark und eine Ausgabe von 908,82 M., davon wurden an den Kreis abgeliefert 525 M. Wie aus dem Bericht des Bibliothekars hervorgeht, ist die Inanspruchnahme der Bibliothek im Steigen begriffen. Die Wohl des Vorstandes und der Funktionäre ergab folgendes Resultat: Vorsitzender Genosse Schönberg, 1. Kassierer Hermann, 2. Kassierer Wiegand, Schriftführer Köhn, Revisoren Lorenz, Bibliothekare M. Schmidt und Andree, Revisoren Eufe, Räder, H. Otto und Stubbe. Delegierte zur Generalversammlung von Groß-Berlin und Niederbarnim: Schönberg, Jechlin, Rielsen, W. Reumann, H. Schmidt und als Erfahrmann Röhling. Als Bezirksführer wurden von der Versammlung bestatigt: 1. Bezirk Engel, 2. Bezirk Reumann, 3. Bezirk Schmidt, 4. Bezirk Hande, 5. Bezirk Führoch, 6. Bezirk Röhling. Eine rege Debatte entstand über den Ausfall der Reichstagswahl. Die Versammlung war sich darüber einig, daß in erster Linie eine intensivere Aufklärungsarbeit geleistet werden müsse und zu diesem Zweck auch die bereits gewonnenen Genossen mit größerem Wissen ausgerüstet werden sollen. Zu diesem Zweck sollen Unterrichtskurse eingerichtet werden. Außerdem sprach man sich, um die gegenwärtige Presse mehr und mehr zu verdrängen, für die Verbilligung des Parteipostens oder aber für die Einrichtung von Wochenabonnements aus. Von einer Erhöhung der Vereinsbeiträge wurde abgeraten.

Pankow.

Bei der Etatsberatung, welche durch den Bürgermeister Ruhr eingeleitet wurde, kam es zu einer dreistündigen Generaldebatte, in die unsere Genossen wiederholt eingriffen. Bürgermeister Ruhr entwickelte sein Programm über die nächsten Aufgaben in der Gemeinde, besonders hervorhebend, daß der Ankauf des Müllsch von Hornischen Parks für den Jung und für die Entwicklung des Ortes von Vorteil sei. Für die Einführung der Fortbildungsschule sollen in diesem Jahre die ersten Schritte getan werden. Für die Beamten soll ein Witwen- und Waisenfonds gebildet werden; wie immer war auch hierbei die Rede von den Unterbeamten und Gemeindearbeitern. Sein Hauptaugenmerk will der Herr Bürgermeister auf die Gemeindefaßlufen richten, stiegende Klassen vermeiden und helfen an den Van von neuen Schulen denken. Die hohe Klassenfrequenz, meinte der Redner, welche im Durchschnitt 51,03 betrage und worunter Klassen mit mehr als 60 Schülern vorhanden sind, müsse verschwinden. In seiner Klasse dürfen mehr wie 45-50 Schüler sein. Genosse Kubig versprach, das Programm des Bürgermeisters unterstützen zu wollen, meint aber, daß es nicht weitgehend genug sei; die indirekten Steuern wie Luftverkehrs- und Biersteuer müssen beseitigt werden, da diese Steuern nur eine bestimmte Erwerbsgruppe berühren und schädigen. Bei den Gemeindefaßlufen müsse in Zukunft geipart werden. Das Krankenhauseiweise eine einseitige Erweitierung auf. Auch die seit Jahren gewünschte Badeanstalt ist in diesem Etatsjahre wieder unbedrückt geliebten. Straßenbau und Wasserwerk seien nicht in der Weise gefördert, wie es notwendig ist. Dem Antrage, das allgemeine Wahlrecht für die Gemeindefaßlufen einzuführen, begehrten die bürgerlichen Vertreter mit Widerspruch. Der Bürgermeister erfuhrte, das politische Gebiet nicht zu berühren. Genosse Kubig wies daran anschließend nach, daß am 21. Januar, dem Demonstrationstage, an welchem die Sozialdemokratie das allgemeine Wahlrecht forderte, die Pankower Steuerzahler für die Kriminalbeamten 840 M. Spesen und für die Polizeibeamten 24 M. für Verköstigung aus dem Ratsteiler zu zahlen hatten und daß die Beamten den Beschluß von dem Bureauleiter hatten, mit aller Schärfe vorzugehen. Nachdem noch von unseren Genossen das Streikpostenwesen und die Haltung der dabei in Frage kommenden Polizeibeamten einer Kritik unterzogen wurde, forderte Genosse Rüber die Krankenversicherung der Heimarbeiter; des weiteren wurde moniert, daß die Wasserwerkfrage noch nicht weiter verfolgt sei. Während das Wasserwerk noch vor drei Jahren 26 000 M. und vor zwei Jahren 10 000 M. Ueberschuß hatte, erfordert es gegenwärtig einen Aufschuß von 16 000 M.; dazu kommt, daß an die Stadt Berlin für Entnahme von Wasser 43 500 M. zu zahlen sind. Die bürgerlichen Vertreter unterkühlten teilweise die Kritik unserer Genossen. Bei der langen Aussprache über die Herabsetzung der kommunalen Steuern von 110 auf 100 Prozent war zu erkennen, daß bei der Fortsetzung der Beratung des Etats der Antrag auf Herabsetzung der Steuer angenommen wird.

Apollo Theater
 8 Uhr: **All ben Mocca**, Burleske.
 9¹⁵: **Cois de Lasse-Duo**, komischer
 Dreißigteil-Alt. 9¹⁵: Die drei gold-
 denen Jungfrauen. 10 Uhr: **Bern-
 hard Wörlich** mit neuen Typen.
 10¹⁵: **Im Zoo**, große Pantomime
 von Gebr. Denaböden und Adel.
 Außerdem das übrige große Pro-
 gramm.

Metropol-Theater
 Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
 Große Jahresrevue in 7 Bildern
 von Julius Freund. Musik von
 Viktor Hollaender. Dirigent Max
 Roth. In Szene gesetzt von
 Direktor Richard Schultz.
**Hassary, Wolf, Bender,
 Giampietro, Josephi.**
 Rauchen überall gestattet.
 Sonntag, 10. März, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Passage-Theater.
 2. Monat.
 Täglich ausverkauft!
**Der größte Pacherfolg
 der Saison:**
**„Mal was
 Anderes“.**
 Die Theims-Troupe
 und die 10 glänzenden
März-Spezialitäten.

WINTERGARTEN

Charlotte Wiehe
 und das
 neue glänzende
März-Programm.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
 Neu! „Ballettschule
 Klappermohr“.
 Anfang
 Sochntags
 8, Sonntags
 7 Uhr.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
 Welt-Ausstellungs-
 Biograph- (St. Louis)
 Theater lebender
 Photographien.
 Der Untergang des
 Dampfers „Berlin“.
 168 Tote, 12 Gerettete.
 Den ganzen Tag Vorstellung.

Kenner
 rauchen
Zenith-
 Zigaretten

Spezial-Hut-Engros-lager. Begründet 1873.
 in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinderhüten u. Chapsau claqueos.
**Einzelverkauf zu außergewöhnlich
 billigen und streng festen Preisen!**
 Sonntag geöffnet! **Neue Königstraße 48, I Treppe,**
 drittes Haus vom
 Alexanderplatz.
 Verantwortliche Redakteur: **Dowd Weber, Berlin.** Für den
 Inseratenteil verantw.: **Th. Glöck, Berlin.** Druck u. Verlag: **Vorwärts-
 Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.**

Gebr. Herrnfeld-
 Theater Vorderf.
 8 Uhr. 11-2 Uhr
57 Kommandantenstr. 57.
 Die fürnisch bejubelte
 Novität
**Ein
 verrücktes Hotel**
 Komödie in 3 Akten mit den
 Autoren H. und D. Herrnfeld
 in den Hauptrollen.
 Sonntag nachm. 3¹⁵ Uhr
 bei halben Kassenpreisen:
Hausierer Jockele
 und
Die letzte Ehre
 mit H. und D. Herrnfeld.

**Sanssouci, Kottbuser
 Straße 4a.**
 Direktion Wilhelm Reimer.
 Sonntag, Montag,
 Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Sänger.
 Stürmischer Erfolg!
Shandul im Theater
 Rolle in 1 Akt.
 Tanzfränzchen.
 Sonnt. 8. 5. Sochnt. 8. 11.
 Jeden Dienstag: Theater-Abend.

Gustav Behrens Theater
 Schöneberg, Goltzstraße 9.
 Koloss. Erfolg der Ausst.-Posse:
Husarenfieber in Potsdam.
 „Mora“?? Größte Sensation,
 sowie 10 erstklass. Spezialitäten.
 Anfang 8 Uhr, Sonntags 6¹⁵ Uhr.

Buygenhagen!!
 Immer noch die
 beliebtesten
**Bockbier-
 Feste.**
 Heute Freitag, den 8. März:
Benefiz
 für den
Zirkusdirektor Barnum
 • G. Ehrenrich Verlagbuchhandlung in Berlin •

**Das Leben
 des Heilands**
 dargestellt von
Gustav Trenssen
 Volksausgabe Erbsitz 10 Pf.

**Orts-Krankenkasse
 Weißensee.**
**Außerordentl. Generalversammlung
 der Vertreter**
 am Donnerstag, den 14. März,
 abends 8 Uhr, im Restaurant **Enders**
 Festsäle, Weißensee, Königschaussee 5/6.
 Tages-Ordnung:
 1. Beschlußfassung über Abänderung
 des § 13 Absatz 1 Ziffer 3 der Statuten-
 fassung, 2. Verschiedenes.
 Bemerkung. Eventuelle Be-
 schwerden gegen die Geschäftsführung
 werden in der Generalversammlung
 nur beantwortet, wenn diese mindestens
 drei Tage vor derselben im Stimm-
 lokal schriftlich abgegeben werden.
 Weisse, den 5. März 1907.
 Der kommissarische Verwalter.
Dr. Albert.
 Zum Eintritt berechtigt sind
 nur die mit Legitimationskarte ver-
 sehenen Vertreter. 270/17

**Berliner Arbeiter-
 Radfahrer-Verein**
 Mitglied des Arbeiter-
 Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.

Touren
 Sonntag, den 10. März:
 1. Abt. nachmittags 1 Uhr nach
 Eichwalde bei Rütze. Start: Bölow-
 straße 59.
 2. Abt. nachmittags 1 Uhr nach
 Glashof. Start: Urbanstr. 7.
 3. Abt. früh 7 Uhr nach Rauen
 (Schäfershaus); nachmittags 1 Uhr
 nach Hirtensberg.
 4. Abt. nachmittags 1 Uhr nach
 Bernau (Glyfium). Start: Küstner-
 platz.
 5. Abt. nachmittags 2 Uhr nach
 Franz-Buchholz bei Köhne.
 Familienabend.
 6. Abt. nachmittags 1¹⁵ Uhr nach
 Rausdorf (Hermann-Gesellschaftshaus).
 Start: Oberbergstr. 30.
 7. Abt.: Familienabend nach Köhne-
 see bei Rauh, verbunden mit Kaffe-
 trinken, Eisbeissen und Tanz. Start:
 2 Uhr Köhner Hof, bei schlechtem
 Wetter per Bahn.
 8. Abt. nachmittags 1¹⁵ Uhr nach
 Dautenfelde. Start: Badstr. 8 bei
 Helede. 11/13

Ziehung 21. u. 22. März
Münchener Lose 3-M
 Porto u. Liste 20 Pf. Nur 175.000 Lose
 der Pensionsanstalt deutscher
 Journalisten und Schriftsteller.
4840 Geldgewinne
 zahlbar ohne Abzug mit Merk
190000
 Hauptgewinne: Mark
60,000
30,000
10,000
 2 à 5000 = 10000
 5 à 2000 = 10000
 10 à 1000 = 10000
 10 à 500 = 5000
 20 à 300 = 6000
 30 à 200 = 6000
 60 à 100 = 6000
 200 à 30 = 6000
 1000 à 10 = 10000
 3500 à 6 = 21000
 Ferner Prämien:
3810 à 15 = 57150
 General-Debit, Bankgeschäft
Lud. Müller & Co.
 in München, Kaufingerstr. 30
 in Berlin C., Breitestr. 5
 Ferner: Ziehung 19., 20. März
Berliner 1-M Pferdlose
 11 St. 10 Mk.

Aufgepaßt!
 Noch immer die billigste Be-
 zugsquelle für **Mouars-
 Anzüge, Sommerpaletots**
 und **Holier**, wenig getragen,
 von Kellern und feinsten
 Kavaliere angekauft. Eben-
 neue, sehr schick und modern
 gearbeitete, in neuesten Stoff-
 mustern **Herren- u. Knaben-
 garderoben**. Große Auswahl
 in **Sommerpaletots u. Ein-
 segnungs-Anzügen**. Ein
 großer Vorrat einz., **Jackets**,
 einzelne Westen und einzelne
 Hosen zu sehr billigen Preisen.
 Zu haben bei
Moldauer
 Prinzenstraße 61,
 Ecke Ankerstraße, im Laden.

**Orts-Krankenkasse
 der Maschinenbau-Arbeiter
 und verwandten Gewerbe
 zu Berlin.**
 I. Die Wahlen von 171 Vertretern
 der beschließungsrechtlichen und zehn
 Vertretern der freiwilligen Mitglieder
 für die Generalversammlungen pro
 1907/08 gemäß § 44 des Statuts
 finden statt am:
Sonntag, den 17. März 1907,
 von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr
 nachmittags.
 Es wählen:
 Abteilung I (S. und SO.):
 39 Vertreter im Märkischen Hof,
 Admiralsstr. 18c.
 Abteilung II (W., SW. und O.):
 23 Vertreter im Lokal von Emil
 Schmidt (vorm. Burg), Linden-
 straße 3, 2. Hof part.
 Abteilung III (N. und NW.):
 93 Vertreter im Viktoriagarten
 (R. Friedl), Badstr. 12 (am Bahnh-
 of Gehlendorferbrunn).
 Abteilung IV (O. und NO.):
 16 Vertreter im Lokal von Noumann,
 Fürstenwalderstr. 17.
 Abteilung V (Freiwillige Mitglieder):
 10 Vertreter im Lokal von Franz Lange
 (Drei Aken), Neue Schönhauser-
 straße 20.
Die Wahlen sind geheim!
 Abgabe der Stimmzettel von 10 bis
 1 Uhr.
 Die Stimmzettel dürfen nicht mehr
 Namen enthalten, als in den einzelnen
 Abteilungen Vertreter zu wählen sind.
 Ferner müssen die Stimmzettel ent-
 halten:
 Vor- und Zunamen, die genaue
 Wohnung und die Buchnummer der
 zu Wählenden.
 Stimmzettel, welche obige Angaben
 nicht oder mehr Namen enthalten,
 als in der betreffenden Abteilung zu
 wählen sind, sind unzulässig.
 Um 1 Uhr nachmittags wird der
 Wahlakt geschlossen und beginnt
 darauf die Ermittlung des Wahl-
 resultats. Wahlberechtigt und wähl-
 bar sind nur Mitglieder, welche das
 21. Lebensjahr erreicht haben und sich
 im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte
 befinden.
 Das Legitimationsbuch, oder die
 Legitimationskarte ist am Eingange
 des Wahllokals und bei Abgabe der
 Stimmzettel vorzuzeigen. Die Herren
 Arbeitgeber bzw. Betriebsunter-
 nehmer werden dringend ersucht, die
 zum Zwecke der Wahlen besonders
 angefertigten Legitimationskarten zu-
 vor im Stimmlokal abgeben oder aber
 den Mitgliedern ihre Legitimations-
 bücher — mit dem Tagesstempel des
 Wahltages versehen — an diesem
 Tage ausshändigen zu lassen.
 Um recht zahlreiches und pünktliches
 Erscheinen wird gebeten.

II. Die ordentliche General-
 Versammlung der Vertreter der
 Arbeitgeber und Arbeitnehmer findet
 am Donnerstag, den 21. März
 1907, abends 8¹⁵ Uhr, in Wendts
 Central-Klubhaus, Am Königs-
 graben 11a, statt.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes über das
 abgelaufene Geschäftsjahr, 2. Bericht
 der Revisoren zur Prüfung der
 Jahresrechnung und Erteilung der
 Decharge, 3. Verschiedenes.
 Nach Schluß dieser General-
 Versammlung findet in dem-
 selben Lokal eine General-Ver-
 sammlung der Vertreter der arbeit-
 nehmenden Mitglieder behufs Vor-
 nahme der Wahlen von zwei Vor-
 standsmitgliedern statt.
 III. Die Wahlversammlung der
 Arbeitgeber zur Wahl der Vertreter
 zu den Generalversammlungen vom
 1. April 1907 bis zum 31. März 1908
 findet am Dienstag, den 26. März
 1907, abends von 8-9¹⁵ Uhr,
 im Berliner Ratsteller (Reaktions-
 zimmer), Jüdenstraße, statt.
 Zu wählen sind 60 Vertreter. § 44
 des Statuts. 270/18
 Die Wahlen sind geheim und finden
 mittels Stimmzettel statt.
 Nach Schluß dieser Wahlversam-
 lung findet die

Ordentl. General-Versammlung
 der Vertreter der Arbeitgeber in dem-
 selben Lokale statt.
 Tages-Ordnung:
 Wahl von einem Vorstandsmitgliede
 für die Zeit vom 1. April 1907 bis
 zum 31. März 1910.
 Das Mandat legitimiert.
Anfragen und Beschwerden, zu
 welchen die Einsicht in die Statuten-
 bücher notwendig ist, müssen bis zum
 17. d. M. mündlich oder schriftlich
 behufs Beantwortung derselben in
 der General-Versammlung dem Vor-
 stande mitgeteilt werden.
**Zahlreiches und pünktliches Er-
 scheinen der Herren Vertreter**
 ist sehr erwünscht.
Das Mandat legitimiert.
 Berlin, den 7. März 1907.
 Der Vorstand.
 H. Blank. K. Köster.

III. Wahlkreis.
 Sonntag, den 10. März, abends 6 Uhr, in den **Arminshaller
 Kommandantenstraße 20:**
Versammlung mit Frauen.
 Vortrag des Genossen **Hans Weber** über:
Bilder aus dem Gegenwartstaat.
 Nach dem Vortrag: **Geselliges Beisammensein mit Tanz.**
 Entree inklusive Garderobe und Tanz 20 Pf. Um zahlreiche Beteiligung
 ersucht 240/20* Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Heute Freitag, abends 8¹⁵ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Zentral-Verband der Maurer Deutschlands
 Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.
Gruppe: Rabigpinger und Träger.
 Freitag, den 8. März 1907, abends 8 Uhr,
 im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Redakteurs Genossen **Karl Bernuth** über:
 „Was haben wir vom Reichstag zu erwarten?“
 2. Neuwahl des Zweigvereinsvorstandes.
 3. Verschiedenes.
 Pflicht aller Kollegen ist es, die Gruppenversammlungen desselb
 wie im vergangenen Jahre zu besuchen und rege für einen guten
 Besuch derselben zu agitieren.
 137/6 **Der Gruppenvorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
 Zimmer 34, Amt 4, 3333. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 0679.
Sonntag, den 10. März,
 von 9 bis 1 Uhr:
Stichwahl
 für drei Bureauangestellte.
 Die Wahlhandlung findet in folgenden
 Lokalen statt:
Milbrodts Gesellschaftshaus, Müllerstr. 7.
Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
Wernaus Festsäle, Schwedterstr. 23.
Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
Graumanns Festsäle, Naunynstr. 27.
Wiemers Restaurant, Bolowstr. 58.
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
Metzdorf in Charlottenburg, Potsdamerstr. 44.
Thiel in Rixdorf, Bergstr. 152.
Fritsch in Steglitz, Florastr. 2a.
Böhle in Spandau, Neumeisterstr. 5.
Kaufhold in Ober-Schöneweide, Wilhelminenhotstr. 18.
Tempel in Rummelsburg, Alt-Boxhagen 56.
Gelling in Köpenick, Schönerlinderstr. 5.
Schmutz in Weißensee, König-Chaussee 38.
Gehlhaar in Tegel, Berlinerstr. 92.
 Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.
 Die Stimmzettel werden am Eingange zu den Wahllokalen verteilt.
 Wahlleiter ist der Kollege **Josef Hartmann, Engel-Ufer 15 L.**

Sonntag, den 10. März,
 vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
 der **Elektromonteur- und Helfer Berlins u. Umgegend**
 in Fran: 8 Festsälen (Inhaber Weier), Sebastianstr. 39.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Branchenvertreter und der Kommission.
 2. Bericht vom Sommer- und Wintervergütungen.
 3. Neuwahl des Branchenvertreters und der Kommission.
 4. Verschiedenes.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
 114/11 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Tapezierer.
 Filiale Berlin.
 Freitag, den 8. März, abends 8 Uhr, in den **Sophienkäfen, Sophienstr. 17/18:**
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Situationsbericht und unsere weiteren Maßnahmen. 177/12*
 Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer.
 Filiale Berlin.
 Freitag, den 8. März, abends 8 Uhr, in den **Sophienkäfen, Sophienstr. 17/18:**
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Situationsbericht und unsere weiteren Maßnahmen. 177/12*
 Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer.
 Filiale Berlin.
 Freitag, den 8. März, abends 8 Uhr, in den **Sophienkäfen, Sophienstr. 17/18:**
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Situationsbericht und unsere weiteren Maßnahmen. 177/12*
 Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer.
 Filiale Berlin.
 Freitag, den 8. März, abends 8 Uhr, in den **Sophienkäfen, Sophienstr. 17/18:**
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Situationsbericht und unsere weiteren Maßnahmen. 177/12*
 Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer.
 Filiale Berlin.
 Freitag, den 8. März, abends 8 Uhr, in den **Sophienkäfen, Sophienstr. 17/18:**
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Situationsbericht und unsere weiteren Maßnahmen. 177/12*
 Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Gerichts-Zeitung.

Gegen die Massenflucht aus der Kirche

Ist mancherlei versucht worden, aber die Geistlichen haben weder mit Bitten noch mit Drohungen es verhindern können, daß die Zahl der Austrittserklärungen zunahm.

Wie es dem Auktionator Fiedler ergangen ist, der im Hause Letzte 1. in den Fenstern seiner Parterrewohnung jenes Plakat ausgehängt hatte, darüber haben wir mehrfach berichtet.

nähere Begründung der Auffassung, daß sogar in dem vorliegenden Fall gegen das Preßgesetz verstoßen worden sei.

Die Liebesfälle.

Ein recht eigentümliches System, die neu zu engagierenden weiblichen Angestellten auf ihre sittlichen Qualitäten zu prüfen, bringt die Berliner Präzisions-Werkzeug- und Maschinen-Fabrik, Drontheimerstr. 35, zur Anwendung.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die beklagte Firma zur Zahlung von 150 M. An sich könne ein unfittlicher Lebenswandel wohl zur sofortigen Entlassung berechtigen.

Dauernd unfähig zur Bekleidung eines Stadtverordnetenmandates ist, wer mit Zuchthaus bestraft ist.

So hat das preussische Oberverwaltungsgericht am 5. März entschieden. Es handelt sich dabei um Reichsrecht, nämlich um den § 31 des Reichsstrafgesetzbuches.

Die Beurteilung zu Zuchthausstrafe hat die dauernde Unfähigkeit zum Dienste in dem deutschen Heere und der kaiserlichen Marine, sowie die dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter von Rechtswegen zur Folge.

und das Notariat, sowie der Geschworenen- und Schöffendienst mitbegriffen.

In einem Verwaltungsfreiverfahren wegen Gültigkeit der Wahl des Tischlermeisters Stollberg zum Stadtverordneten von Burg bei Magdeburg stand nun die Frage zur Entscheidung.

Nunmehr hat am 5. März das Oberverwaltungsgericht in Berlin seine Wahl ebenfalls auf Grund des § 31 Str.-G.-B. für ungültig erklärt.

Zur Paragrafenplakerei.

Der Angestellte Becker hatte in gewerkschaftlichem Auftrage auf öffentlicher Straße vor der Bredow-Strittiner Portlandzementfabrik eine größere Zahl von Versammlungseinladungen verteilt.

Advertisement for JOSETTI VERA CIGARETTEN. Includes text: 'Cigaretten „gerade so gut“ kosten zweimal so viel. Keine grössere Befriedigung aller Ansprüche in Bezug auf Reinheit, Milde und Aroma kann durch irgendeine Cigarette zu irgendeinem Preis erreicht werden.' Illustration of a man in a turban and women smoking.

Advertisement for Bären Kaffee. Includes text: 'Bären Kaffee ein kräftiger aromatischer, stets gleichmäßiger Kaffee. Original 1/2 Pfd. Packung zu 60, 70, 80, 90 und 100 Pl. in circa 2000 Geschäften.' Also includes 'Achtung! Vereine!' and 'Greift zu!' sections.

